

Fremdenfeindliche und rechtsextreme Übergriffe auf Imbissbuden im Land Brandenburg.

Ein Forschungsbericht

Vorgelegt von

Thomas Bürk-Matsunami

Beate Selders

Unter Mitarbeit von Ercan Yaşaroglu

Einleitung

1 Fallbeispiele

1.1 Fallbeispiel A

1.2 Fallbeispiel B

1.3 Fallbeispiel C

1.4 Resümee

2 *Doing business in dangerous places* - oder: zugewanderte Imbissbetreiber als Raumpioniere

2.1 Begriffsbildungen

2.2 Betriebe der *ethnischen Ökonomie* in Brandenburg

2.3 Soziale Verhältnisse: Imbissbetreiber, Kundschaft, Nachbarn

2.4 Resümee

3 *Zur falschen Zeit am falschen Ort* – Opfererfahrungen mit Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und rechtsextremer Gewalt

3.1 Täter-Opfer-Beziehungen

3.2 Auswirkungen der Erfahrung auf die Opfer

3.3 Alltagsstrategien

3.4 Erfahrungen mit der Polizei

3.5 Interpretation und Bewertung der Befragungsergebnisse

3.6 Resümee

4 Kontext Rechtsextreme Gewalt: Ausmaß und kommunale Handlungsmöglichkeiten

4.1 *Ein fremdenfeindlicher Hintergrund kann nicht ausgeschlossen werden* – das Ausmaß rechtsradikaler Gewalt gegen Asia- und Döner-Imbisse

4.2 *Unpolitische Schläger, verwirrte Einzel Täter, Trunkenheitstaten* – rechtsextreme Strukturen und die Schwierigkeiten, sie zu identifizieren

4.3 Kommunale Probleme und Handlungsmöglichkeiten

4.4 Resümee

5 Institutionen, Beratungsstellen, Versicherungsschutz, juristische Möglichkeiten

5.1 Behörden

5.2 Versicherungsunternehmen

5.3 Juristische Möglichkeiten, Schadensersatz

5.4 Unterstützende und beratende Institutionen und Organisationen

5.5 Empfehlungen zur Verbesserung der Situation

6 Fazit

7 Literatur

Einleitung

Für viele Menschen stellt der Gang zum Döner- oder Asia-Imbiss eine fast schon alltägliche Gewohnheit dar. Dies ist nicht nur in Großstädten wie Berlin so. Asia-Pfanne, Kebab und Börek sind inzwischen zu einem festen Bestandteil der Ernährung auch in Brandenburg geworden. Gleichzeitig sind Döner- und Asia-Imbisse ins Fadenkreuz von Fremdenfeindlichkeit und Neonazismus geraten. Die spektakulärste Form von Übergriffen sind Brandanschläge. Von Januar 2000 bis zum Abschluss dieser Studie im November 2004 wurden insgesamt 32 in Brandenburg verübte Brandanschläge auf Imbissbetriebe von Zugewanderten öffentlich bekannt. Schlagzeilen machte die Verhaftung einer Gruppe Rechtsradikaler im Sommer 2004, der allein zehn¹ Brandanschläge im Umland von Berlin zur Last gelegt werden.

Das vordringliche Ziel dieser Kurzstudie ist die genaue Ermittlung des komplexen Problemfeldes und möglicher Handlungsoptionen von Betroffenen und von zivilgesellschaftlichen und kommunalen AkteurInnen. Die Fragestellungen konzentrieren sich dementsprechend auf drei Bereiche:

- die Situation der BetreiberInnen von Döner- und Asia-Imbissbetrieben, ihre Erfahrungen mit Fremdenfeindlichkeit und rechtsextremer Gewalt und ihre Umgangsweisen damit,
- die Situation in den Kommunen, Erfahrungen von zivilgesellschaftlichen AkteurInnen und kommunalen Verantwortlichen sowohl bei der Unterstützung von Anschlagsoffern als auch allgemein in der Auseinandersetzung mit rechtsextremer Gewalt und Fremdenfeindlichkeit,
- die Erfahrungen von MitarbeiterInnen in Institutionen.

Im ersten Teil der vorliegenden Arbeit stellen wir drei Fallbeispiele vor. Der Schwerpunkt liegt hier auf der Darstellung von kommunalen und zivilgesellschaftlichen Reaktionen nach einem fremdenfeindlichen Brandanschlag. In den nächsten beiden Kapiteln wird auf der Grundlage von 29 Interviews die soziale Situation von ImbissbetreiberInnen dargestellt. Im Anschluss daran werden deren Erfahrungen mit Fremdenfeindlichkeit und rechtsextremer Gewalt in den Kontext rechtsextremer Organisation eingeordnet. Auf dieser Grundlage werden schließlich kommunale Interventionsmöglichkeiten beschrieben. Im letzten Kapitel geht es um Versicherungsbedingungen, juristische Möglichkeiten, Beratungseinrichtungen und Interessenverbände. Hier wurde keine vollständige Erfassung aller in diesen Bereichen

¹ Neun Anschläge auf Döner- bzw. Asia-Imbisse und einen Brandanschlag auf ein von Vietnamesen betriebenes Textilwaren-Geschäft

tätigen Institutionen und Organisationen angestrebt, sondern nach Ansatzpunkten für die Verbesserung der Situation der ImbissbetreiberInnen geforscht.

Unsere Darstellung und die Einschätzungen stützen sich auf wissenschaftliche Veröffentlichungen, Zeitungsartikel, Prozessbeobachtungen und insgesamt 60 Interviews, die von Juli bis Oktober 2004 geführt, verschriftlicht und ausgewertet wurden.

Die GesprächspartnerInnen sind vier Bereichen zuzuordnen:

- BetreiberInnen von Imbissen bzw. dort Beschäftigte mit Migrationshintergrund (29 Interviews) sowie Hintergrundgespräche mit Großhändlern und VersicherungsvertreterInnen;
- Kommunale und zivilgesellschaftliche AkteurInnen aus denjenigen Städten, die wir als Fallbeispiele gewählt haben. Es wurden auch die jeweils zuständigen MitarbeiterInnen des *Mobilen Beratungsteams MBT* befragt;
- Recherche zu rechtsextremen Strukturen, eingegrenzt auf die Landkreise, in denen die Fallbeispiele liegen. Befragt wurden Beamte der Sonderkommission *TOMEG*, der Staatsanwaltschaft, des Verfassungsschutzes und FachjournalistInnen;
- Justiz, Beratungsstellen und Institutionen: Opferberatungsstellen, Opferschutzbeauftragte der Polizei, RechtsanwältInnen, Beratungsstellen wie *Reistrommel e. V.*, *Lotsendienst für Migranten e. V.*, Interessensverbände und Ausländerbeauftragte.

Die Fragestellungen der Gespräche und Interviews wurden anhand eines Interviewleitfadens geführt und situativ angepasst. Erläuterungen zum Forschungsdesign finden sich in den jeweiligen Kapiteln. Alle Gesprächsprotokolle und Tondokumente liegen dem Auftraggeber der Studie vor. Als Quellen in diesem Bericht sind sie, bis auf wenige Ausnahmen, anonymisiert.

Zum Sprachgebrauch und den Begrifflichkeiten sei hier folgendes angemerkt:

Bereits in den 1990er Jahren war festzustellen, dass rechtsextreme Orientierungen und Einstellungspotenziale eine so große Verbreitung in der Bevölkerung haben, dass eine begriffliche Ansiedelung dieses Phänomens als randständiger *Extremismus* untauglich ist. Auch die Konstruktion einer Bedrohung der verfassungsrechtlichen Ordnung durch *Linksextremisten* und *Rechtsextremisten*, von der der Verfassungsschutz in Anlehnung an Geschichtsbilder der Weimarer Republik und der Totalitarismustheorie ausgeht, wurde als unzutreffend für bundesrepublikanische Verhältnisse kritisiert.² Mit dem Extremismusbegriff

² FUNKE, ALBRECHT (1994): *Der erkenntnisarme Verfassungsschutz. Strukturelle Grenzen bei der Erfassung des Rechtsextremismus*. In: HEITMEYER, WILHELM (Hrsg.): *Das Gewalt-Dilemma. Gesellschaftliche Reaktionen auf fremdenfeindliche Gewalt und Rechtsextremismus*. Frankfurt/Main, S. 340-365

werden all die Kräfte und Einstellungselemente nicht erfasst, die im gleichen Spektrum anzusiedeln sind, sich aber nicht gegen die verfassungsrechtliche Ordnung der BRD wenden.³

In dieser Studie benutzen wir aus den genannten Gründen nicht den Begriff *rechtsextremistisch*, sondern synonym, je nach Kontext, *rechtsextrem* oder *rechtsradikal* und für die national-sozialistische Ausprägung den Begriff *neonazistisch*.

Der Begriff *Fremdenfeindlichkeit* bezeichnet eine diffuse Ablehnung von allem Unbekannten und Fremden. Die Ursache wird im psychologischen Bereich angesiedelt. Der Begriff *Rassismus* bezeichnet die Hierarchisierung des abgelehnten Fremden nach fixen kulturellen und ethnisierten Kriterien als implizites Einstellungsmuster oder explizite politische Überzeugung.

Der Zeitrahmen für diese Studie war knapp bemessen und die materielle Ausstattung gering. Nach vier Monaten Recherche, Transkription, Auswertung und Formulierungsarbeit für den Bericht können nur erste Ergebnisse vorgestellt werden.

Die im Rahmen dieses Forschungsberichtes entwickelten Vorschläge und Anregungen sind folglich als Diskussionsansätze zu betrachten. Sie werden mit dem Ziel formuliert, die Situation der ImbissbetreiberInnen zu verbessern, Wahrnehmungsveränderungen anzuregen und Aktivitäten gegen rechte Gewalt in den Kommunen zu unterstützen.

Danksagung

Dieses Forschungsprojekt wurde in Auftrag gegeben und finanziert von der *Opferperspektive Brandenburg e. V.*, der *Antidiskriminierungsstelle bei der Landesausländerbeauftragten Brandenburg* und dem *Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit*, bei denen wir uns hier an dieser Stelle ganz herzlich bedanken.

Außerdem danken wir unseren InterviewpartnerInnen für ihre Gesprächsbereitschaft und freundliche Offenheit, sowie unserer vietnamesischen Dolmetscherin für die einfühlsame Gesprächsführung und -vermittlung und unserer Lektorin für ihre kritische und konstruktive Unterstützung.

³ GRUMKE, THOMAS (2002): *Einleitung*. In GRUMKE, THOMAS; WAGNER, BERND: *Handbuch Rechtsradikalismus. Personen – Organisationen – Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft*. Opladen

1 Fallbeispiele

Die Mehrzahl der fremdenfeindlichen Brandanschläge auf Imbissbetriebe fand im nördlichen Brandenburg und im Umland von Berlin statt. Auch die folgenden Fallbeispiele sind in dieser Region angesiedelt. Es sind drei Städte, deren soziale Situation sich stark unterscheidet, sodass ein breites Spektrum sozialer Realitäten abgebildet werden kann.

Die Situation im Fallbeispiel A ist gekennzeichnet von hoher Arbeitslosigkeit und Abwanderung und typisch für die ländlichen Regionen an den Rändern Brandenburgs. Im Fallbeispiel B ist die Situation der Stadt geprägt von einer aufstrebenden Tourismusbranche, die sich durch den Bau einer Therme und den angestrebten Titel *Kurstadt* weitere Wachstumschancen verspricht. Fallbeispiel C ist im Einzugsbereich von Berlin angesiedelt, in einer Region, die aufgrund der Großstadtnähe gute demographische Prognosen hat. Entscheidend für die Auswahl war auch, dass Probleme und Handlungsmöglichkeiten für kommunale Verantwortliche und zivilgesellschaftliche AkteurInnen exemplarisch aufgezeigt werden können. Eine Voraussetzung dafür ist die Tatsache, dass die Brandstiftungsfälle aufgeklärt sind und die Gerichtsverfahren Einblick in die Tathintergründe ermöglichen.

1.1 Fallbeispiel A

Im Herbst 2003 wurden zwei Brandanschläge auf ausländische Imbissbetriebe verübt. Der Asia-Imbiss der Familie V. brannte vollständig nieder, der zweite Anschlag auf einen Döner-Imbiss schlug fehl. Hier entstand nur geringer Sachschaden.

Mit 13.681 Einwohnern gilt die Stadt als Mittelzentrum in ihrem Landkreis und ist als industriell-gewerblicher Entwicklungsstandort ausgewiesen. Es gibt einige historische Straßenzüge und Bauten, aber keine touristischen Attraktionen.

Bis zum Beitritt der DDR zum Bundesgebiet gab es zehn große Betriebe, neben Landmaschinenbau vor allem Lebensmittel verarbeitende Industrie. Zusammen mit zwei großen Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften vermittelte diese Wirtschaftsstruktur ein Gefühl der Autarkie, wie einer unserer Gesprächspartner beschreibt: „Über A hätte man eine Glocke machen können und ein bisschen Land dazu, haben wir immer gesagt. Das wurde dann alles zugemacht.“ (F1) Im Jahr 1995 gab es von den früheren Betrieben nur noch zwei.⁴ Zurzeit sind 1.606 Menschen arbeitslos, davon 250 unter 25 Jahre

⁴ Alle folgenden Angaben stammen aus den Quellen: ENDERS, LIESELOTTE (1997): *Historisches Ortslexikon für Brandenburg*. Weimar; telefonische Auskünfte der zuständigen Agentur für Arbeit, des Sozialamtes und des Einwohnermeldeamtes vom 30.09.04; statistisches Jahrbuch des Landkreises 2003; Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Land Brandenburg

alt. Die Arbeitslosenquote liegt bei 21 %. 270 Einzelpersonen und Familien beziehen Sozialhilfe.

Bei der letzten DDR-Volkszählung 1988 hatte die Stadt 12.389 Einwohner. Bis zum Jahr 2001 sank die Zahl auf 10.905. Durch die Gemeindegebietsreform sind einige Gemeinden dazugekommen, sodass die Einwohnerzahl rein rechnerisch wieder gestiegen ist. Die Stimmung ist stark von der zunehmenden Abwanderung geprägt:

Die Gesellschaft redet ja schon seit drei, vier Jahren davon, dass wir alle aussterben werden, wir kleinen Städte. Und das ist massiv zu merken. Wenn man sieht, wie viele erste Klassen eingeschult werden ..., da kriegt man das Grausen, da kriegt man Angst. Hier gibt es keine Lehrstellen, keine Arbeitsplätze, keine Perspektive. Die Leute gehen weg. (F1)

Durch die Abwanderung vor allem junger Menschen mit guten Schulabschlüssen verändert sich die soziale Zusammensetzung der jüngeren Generation. *„Alle, die in der Lage sind, ihre Chance woanders zu ergreifen, tun das.“ (F2)*

Die Auswirkungen des Bevölkerungsrückganges in den nachkommenden Generationen sind in vielen Bereichen zu spüren. Im Landkreis wird eine heftige öffentliche Debatte geführt über Schulschließungen und die verbleibenden Standorte für weiterführende Schulen. Bis zum Jahr 2020 wird für den Landkreis ein weiterer Bevölkerungsrückgang von 16,2 % prognostiziert.

Der Ausländeranteil an der Bevölkerung ist verschwindend gering: Es gibt nach Auskunft der Meldebehörde 85 EinwohnerInnen mit ausländischem Pass (0,6 %). Im gesamten Landkreis liegt der Ausländeranteil bei 1,3 %.

Im Straßenbild sind unterschiedliche Richtungen von Jugendkultur präsent. Es gibt eine linke Szene, von der einige Jahre lang auch antifaschistische Aktivitäten ausgingen. Nach eigenen Aussagen macht sich auch hier eine starke Abwanderung und bei den Verbleibenden Lethargie bemerkbar. Ein gestaltendes, politisches Interesse oder Engagement ist kaum noch vorhanden. Für die resignative Stimmung wird auch die bürokratische Enge der Stadtverwaltung verantwortlich gemacht, die in der Vergangenheit Initiativen und Engagement von Jugendlichen blockierte. (F4)

Musikbands unterschiedlicher Stilrichtungen spielten bisher eine wichtige Rolle für den weltoffen-liberalen Teil der Jugendkultur. Auch hier wird von einem Generationswechsel berichtet, der zunächst einmal Lücken hinterlässt. (F1, 3, 4)

Bei der Landtagswahl vom 19. September 2004 wählten 4,3 % die *Deutsche Volksunion DVU* bei einer Wahlbeteiligung von nur 48,3 %. Die Stadt lag damit unter dem Landesdurchschnitt von 6,08 % *DVU*-WählerInnen. Zahlreiche Studien belegen allerdings, dass rechtsextrem

eingestellte Wähler vor allem im Osten Deutschlands dazu neigen, starke etablierte Parteien zu wählen statt der kleinen Rechtsaußen-Parteien. Die Wahlergebnisse sind also nur wenig aussagekräftig (vgl. PFAHL-TRAUGHBER, ARMIN, 1999:111).⁵ Dem entspricht, dass das rechtsradikale Einstellungspotenzial von der Mehrheit der Befragten als ausgesprochen hoch eingeschätzt wird. (F1, 2, 5)

Rechtsextreme Aktivitäten und Reaktionen in der Stadt

1993 wurde ein Asylbewerberheim mehrfach von Rechtsradikalen bedroht. Daraufhin wurde von der Verwaltung des Altkreises der *Präventionsrat* ins Leben gerufen. Mit der Kreisgebietsreform veränderte sich der administrative Zusammenhang und der *Präventionsrat* "*schlief ein*". (F5)⁶

Im September 1997 geriet die Stadt in die Schlagzeilen wegen eines Skinhead-Überfalls auf eine Punkband mit lebensgefährlichen Verletzungen. Die Skinheads stammten größtenteils aus Potsdam, der Überfall war lange und gut vorbereitet. In die Schlagzeilen geriet auch die Polizei, der zu spätes Eingreifen vorgeworfen wurde.⁷

Im August 1999 fanden sich rund 50 *NPD*-AnhängerInnen aus ganz Brandenburg zu einer Wahlkampfveranstaltung ein, bei der auch der Bundesvorsitzende Udo Voigt sprach.⁸

Im Jahr 2000 wurde auf Initiative des Polizeiwachenleiters der *Präventionsrat* wieder ins Leben gerufen. Anlass war die zunehmende Präsenz der rechten Szene mit gesprühten Parolen und Symbolen, Grölereien und Zeigen von Nazisymbolen. Es häuften sich gewalttätige Übergriffe auf andere Jugendliche.⁹

Der *Präventionsrat* arbeitet seitdem kontinuierlich. Vom Sportverein über den Seniorenclub, die beiden christlichen Kirchen, Schulleitungen und Jugendeinrichtungen vernetzt der *Präventionsrat* alle sozialen und Bildungseinrichtungen mit der Polizei und mit kommunalen Verantwortlichen. Als Verbindung der beiden großen Initiativen im Bundesland nennt er sich *Präventionsrat gegen Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Gewalt*.¹⁰

Im Dezember 2002 wurde ein Obdachloser von drei jungen Männern stundenlang misshandelt. Die Täter traten ihn mit Springerstiefeln ins Gesicht und sprangen von

⁵ PFAHL-TRAUGHBER, ARMIN (1999): *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik*. München

⁶ Alle Flüchtlinge wurden nach der Kreisgebietsreform in der nahe gelegenen Kreisstadt untergebracht.

⁷ siehe u. a. taz vom 22.09.1997

⁸ Diese Information wurde uns zunächst von einem Gegendemonstranten erzählt. Eine Bestätigung fanden wir auf der Internet-Seite: www.mitglied.lycos.de/frente/newsaugust.html-44k.

⁹ Von verschiedenen Überfällen wurden uns in Gesprächen berichtet: F1, 3. Aufgrund der begrenzten Zeit für unsere Recherche können sie hier nicht exakt chronologisch zugeordnet werden.

¹⁰ *Präventionsräte* sind eine Initiative des Innenministeriums mit ordnungspolitischer Ausrichtung. Das *Aktionsbündnis gegen Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus* ist ein unabhängiges gesellschaftliches Bündnis.

Möbelstücken auf den am Boden Liegenden. Die Tat schockierte die Öffentlichkeit durch ihre Brutalität und die Empathielosigkeit einer Zeugin.¹¹

Im Juli 2003 kam es bei einer Veranstaltung zu einer heftigen, gewalttätigen Auseinandersetzung zwischen 15 Personen, die als Mitglieder der rechten Szene gelten, und Mitarbeitern einer Berliner Sicherheitsfirma, die den Rechten den Zugang zur Veranstaltung verwehrt hatten.¹²

Im Herbst 2003 fanden an einem Wochenende mehrere Übergriffe auf nicht-rechte Jugendliche und zwei Brandanschläge auf ausländische Imbissbuden statt.¹³

Anfang diesen Jahres gründete sich die *Bewegung Neue Ordnung BNO*. Als Rechtsaußenabspaltung der *NPD* sind die rund 100 Mitglieder unter Leitung von Mario Schulz großräumig im Westen und Norden Brandenburgs aktiv. In der Stadt A gab es bereits mehrere Propagandaaktionen, u. a. an Schulen.

Bei unserer Befragung war besonders auffällig, dass es keine klare Einschätzung von der Situation in A gibt. Der Sprecher des zuständigen Polizeipräsidiums und auch der Leiter des Präventionsrates bestreiten die Existenz einer rechten Szene in der Stadt. Der Verfassungsschutz schätzt die Situation anders ein und führt in seinen Berichten rechtsextremistische, gewaltbereite Jugendcliquen in A auf.¹⁴

Anfang 2002 nahm die Sonderkommission *TOMEG Nord*¹⁵ ihre Arbeit in dieser Region auf. Gegenüber der *Märkischen Allgemeinen* erklärte der damalige Leiter der Sonderkommission im März 2002, dass in A zehn Personen zum harten rechtsextremistischen Kern gerechnet werden und 30 Personen in der Stadt unter Beobachtung stehen, wobei die Dunkelziffer wesentlich höher läge. Die Szene sei allerdings weniger aktiv als die in der Nachbarstadt, in der die rechte Szene schon seit Jahren eine kulturelle Hegemonie innerhalb der jüngeren Generationen durchsetzen kann. Ein Grund für den Unterschied zwischen den beiden Städten

¹¹ SVZ vom 10.12.2002

¹² MAZ vom 23.07.2003

¹³ MAZ vom 10.11.2003. In unseren Befragungen kamen noch diverse Vorfälle zur Sprache, die sich im Laufe der Jahre ereignet hatten. Jugendliche der alternativen Szene erzählten von einer Morddrohung durch Rechtsradikale und im Jugendzentrum gab es einen Überfall auf einen Aussteiger, um nur einige der berichteten Vorfälle zu erwähnen. Im August 2003 eröffnete ein neues asiatisches Restaurant. Fünf Wochen nach der Eröffnung wurden die Scheiben des Restaurants zerschlagen und Buttersäure an die Wände gegossen. Drei Tage später wurden alle vier Reifen des Pächters zerstoßen. Die Polizei ermittelt gegen unbekannt. (MAZ vom 12.09.2003). Der Hintergrund ist noch unklar.

¹⁴ MINISTERIUM DES INNERN DES LANDES BRANDENBURG (2004): *Verfassungsschutzbericht Brandenburg 2003*. Berlin, S 67.

¹⁵ *TOMEG* steht für *Täterorientierte Maßnahme gegen extremistische Gewalt*. Diese Sonderkommission befasst sich mit auffällig gewordenen Mitgliedern der rechten Szene. Ziel ist die Prävention durch Kontrolle, Repression und Förderung von Ausstiegswilligen.

sei vermutlich die streitbare linke Szene, die es in A gäbe, nicht aber in der Nachbarstadt, in der der rechtsextremistischen Szene nichts entgegengesetzt würde.¹⁶

Diese große Diskrepanz zwischen den Einschätzungen der offiziellen Stellen konnte leider nicht aufgeklärt werden, da uns ausgerechnet in dem Landkreis des Fallbeispiels A, im Gegensatz zu allen anderen untersuchten Landkreisen, keine Gesprächsmöglichkeit mit dem heute zuständigen *TOMEG*-Leiter eingeräumt wurde.

Unserem eigenen Augenschein nach sind rechte Jugendliche und junge Erwachsene, soweit sie an Äußerlichkeiten als solche erkennbar sind, im Stadtbild präsent. Von den üblichen Kleidermarken *Lonsdale*, *Pitbull* und *Dobermann* über den klassischen *Renee-Look* bis hin zu Jacken mit Aufdrucken wie *Kameradschaft Brandenburg* oder *White Power* ist eine breite Palette vertreten von modisch-rechtem Outfit bis hin zu Logos organisierter Neonazis. Ob sie als organisierte Szene zu bezeichnen sind, mit Treffpunkt und gemeinsamen Aktivitäten, wurde von den Befragten unterschiedlich eingeschätzt. Es gäbe zurzeit nicht direkt Probleme mit Rechtsextremen, so eine Einschätzung, aber „*sie sind gegenwärtig*“. (F4)

Über die Demonstration gegen Fremdenfeindlichkeit und rechte Gewalt nach den Brandanschlägen im Herbst 2003 berichtete der Jugendclubleiter:

Es gab viele Jugendliche, die haben sich nicht getraut, da mitzugehen, weil es könnte ja sein, dass irgendwelche sie da sehen, weil sie ängstlich waren. Also, so weit ist das schon mal geschafft worden. (F1)

Auch im Prozess gegen die BrandstifterInnen zeigten sich einige ZeugInnen sehr eingeschüchtert und machten zunächst aus Angst keine Aussagen.¹⁷ Ein rechtsextremes Drohpotenzial ist also offensichtlich vorhanden.

Übereinstimmung bestand darin, dass sich die Situation zwar entschärft habe, aber gewalttätige Auseinandersetzungen unter Jugendlichen bzw. jungen Männern zugenommen hätten, die mit einer politischen Zuordnung nicht mehr in Verbindung gebracht werden. So berichtete der Leiter des Jugendclubs:

Also wie gesagt, mein Eindruck ist, es verschmilzt mittlerweile. Es hat angefangen vor zwei Jahren, wo sich die Äußerlichkeiten ein bisschen angeglichen haben, wo sie nicht mehr in ihren Kampfanzügen aufgetreten sind, sondern in normalen Jeans, auch mit den Haarschnitten, teilweise. Ich krieg nur mit, dass Gewalt an sich völlig normal ist. Die Hemmschwelle ist mit den Jahren runter gegangen. Definitiv. Jemandem Leid anzutun ist nichts besonderes mehr. (F1)

Die zunehmende Gewaltbereitschaft wird nach Einschätzung des Jugendclubleiters forciert durch die Abwanderung des kreativen und kommunikationsfähigeren Teils der jüngeren

¹⁶ MAZ vom 20.03.2002 und MAZ vom 21.03.02

¹⁷ Der Prozess wurde von den AutorInnen beobachtet.

Generation. Es wäre aber auch zu untersuchen, ob es sich bei diesem Phänomen um eine Entwicklung handelt, vor der Pfahl-Traugherber bereits 1999 warnte, nämlich der Etablierung einer "gewaltanwendenden Jugendkultur" als Folge dauerhafter rechtsextremer Einflüsse und Präsenz (PFAHL-TRAUGHBER, 1999: 112).

Die Brandanschläge

Nach den Brandanschlägen auf den Asia-Imbisswagen und auf den Döner-Imbiss im Herbst 2003 ermittelte die Staatsanwaltschaft im ersten Fall wegen vollendeter schwerer Brandstiftung und im zweiten Fall wegen versuchter Brandstiftung in Tateinheit mit versuchtem Mord, weil sich der zweite Imbiss in einem für die Täter erkennbar bewohnten Haus befand.

Kurz nach der Tat wurden drei Männer und eine junge Frau im Alter zwischen 17 und 26 Jahren verhaftet. Identifiziert werden konnten sie durch Kamerabilder der videoüberwachten Tankstelle, bei der sie Benzin für die Anschläge in eine Flasche abfüllten. Im Mai 2004 wurde der Prozess gegen die Angeklagten eröffnet.

Der rechtsextreme Hintergrund der Tat ist mehrfach belegt. So hatten sich die Angeklagten vor den Anschlägen mit Skinhead-Musik hochgeputzt und anschließend die Taten mit „Sieg-Heil“-Rufen gefeiert. Der 20-jährige Ronny L. ist wegen Volksverhetzung und Verwendung von Kennzeichen verfassungsfeindlicher Organisationen vorbestraft. Der 25-jährige Thomas W. ist vermutlich fest in rechtsextremen Strukturen verankert. Ihm war bereits im August 2003 der Prozess wegen maßgeblicher Beteiligung an einer ausgesprochen brutalen Körperverletzung gemacht worden. Ausgangspunkt dieser Tat war eine private Party, bei der die erfolgreiche Unterschriftensammlung für die Zulassung der *NPD* zu den Kommunalwahlen gefeiert wurde.¹⁸ Auch die Jugendliche Christiane B., die einzige, die zur Tatzeit in A wohnhaft war, wurde von zuständigen SozialarbeiterInnen der rechten Szene in A zugeordnet. Nur ein Angeklagter, der 26-jährige André K., hatte keine Bindung ins rechtsextreme Milieu. Er und Christiane B. machten Aussagen, gestanden die Tat und entschuldigten sich bei den Opfern.

Keiner der Geschädigten war beim Prozess mit einer Nebenklage vertreten.¹⁹ Die Eheleute V., die Besitzer des Asia-Imbisses, konnten keine Nebenklage führen, obwohl durch den Anschlag ihre gesamte Existenz vernichtet worden war, denn Sachbeschädigung ist nicht

¹⁸ HOLDINGHAUSEN, HEIKE: *Entfesselte Gewalt*, taz vom 15.03.2004

¹⁹ Mit einer Nebenklage schließt sich das Opfer der Straftat als eigenständiger Prozessteilnehmer der Klage der Staatsanwaltschaft an. Das Opfer erhält so die Möglichkeit, Akteneinsicht zu bekommen, die ZeugInnen und Angeklagten zu befragen und im Verfahren Anträge zu stellen. In der Regel übernimmt diese Funktionen ein Rechtsbestand, den sich das Opfer wählt.

nebenklagefähig (vgl. Kapitel 5). Sie strengten auch kein Adhäsionsverfahren an, mit dem Schadensersatzansprüche im Strafverfahren geklärt werden können. Es erwies sich, wie in den meisten Brandfällen, als ausgesprochen schwierig, eine genaue Aufstellung der zerstörten Gegenstände zu erstellen und mit Quittungen zu belegen. Im Fall des Döner-Imbisses hätte der Besitzer, Herr A., wegen des Vorwurfs des versuchten Mordes Nebenklage führen können, verzichtete aber aus Kostengründen darauf.

Am 24. Mai 2004 wurde das Urteil verkündet. Der Anklagepunkt *Versuchter Mord* wurde fallengelassen. Die höchste verhängte Strafe war drei Jahre Haft ohne Bewährung, das niedrigste Strafmaß zwei Jahre Jugendstrafe auf drei Jahre Bewährung und 150 Arbeitstunden.

Als Tatmotiv stellte das Gericht trotz des eindeutig rechtsextremen Hintergrundes der Tat und der TäterInnen nur ‚latenten Ausländerhass‘ fest.

Situation und Unterstützung der Opfer

Der Besitzer des niedergebrannten Asia-Imbisses, Herr V., kam 1988 als Vertragsarbeiter in die DDR. Nach seiner Entlassung aus der Fabrikarbeit war Herr V. zunächst als Textilhändler auf Märkten unterwegs. (A1) Seit 1998 betreibt er zusammen mit seiner Frau einen Imbiss. Das Ehepaar lebt mit zwei kleinen Kindern im Neubaugebiet der Stadt.

Der niedergebrannte Imbisswagen stand vor einem Discount-Markt im Gewerbegebiet. Der Schaden belief sich auf ca. 30.000 Euro. Wie bereits erwähnt war nicht vollständig rekonstruierbar, welche Werte sich im Wagen befunden hatten (s. dazu auch Kapitel 5). Der Wagen der Familie V. war nicht versichert, weil keine Versicherungsgesellschaft gefunden worden war, die das Risiko übernehmen wollte. Nach dem Brandanschlag war die Existenzgrundlage der Familie vollständig zerstört. Der Weg zum Sozialamt wurde aus Scham nicht beschritten. Die finanzielle Situation erforderte schnelle Abhilfe.

Ein einheimischer Freund der Familie informierte nach dem Anschlag die Presse. Er unterstütze Familie V. bei der Beseitigung des Wracks, für die der Besitzer, auch wenn er Opfer einer Straftat wurde, zuständig ist. Er half auch bei den Verhandlungen über einen neuen Stellplatz. Ein ortsansässiger Unternehmer stellte Familie V. einen gebrauchten Container gegen langfristige Ratenzahlungen zur Verfügung. Herr V. selbst bewerkstelligte mit großem Arbeitsaufwand den Ausbau des Containers, sodass der Imbiss schnell wieder eröffnet werden konnte.

Die Stadtverwaltung richtete ein Spendenkonto ein, um die Familie zu unterstützen. Innerhalb von zwei Wochen gingen 2.693,82 Euro ein.²⁰ Der Leiter des Präventionsrates schaltete umgehend den *Weißten Ring* ein, der zusammen mit dem Verein *Opferperspektive e. V.* die Betreuung der Opfer übernahm. Dazu gehörte auch das Akquirieren von Geldern aus verschiedenen Stiftungstöpfen für den Neuaufbau des Imbisses.

Für die Familie V. ist dank der Unterstützung und des eigenen Engagements kein bleibender finanzieller Schaden entstanden.

Bei dem Döner-Imbiss-Bistro gab es keinen nennenswerten Sachschaden. Herr A. lebt seit zehn Jahren in der Stadt. Er betrieb früher einen Imbisscontainer am Bahnhof, den es heute nicht mehr gibt. Er berichtete von einem Brandanschlag, den er dort vor etwa zwei Jahren erlebt hat. Der Brand sei von Anwohnern entdeckt worden und konnte gelöscht werden. Am nächsten Tag sei ein Wagen vorgefahren, und kurzhaarige Männer hätten ihm zugerufen, „*das haben wir nicht ganz geschafft*“. Das Autokennzeichen habe er der Polizei weitergegeben, die den Wagen auch sofort ausfindig gemacht hätte. Kurze Zeit später hätten zwanzig Neonazis, „*Kunden, ich kenne die alle*“, vor dem Container gestanden, ihn bedroht und seien erst nach Eintreffen der Polizei gegangen. (A2)

Herr A. und sein Angestellter berichteten von alltäglichen Beleidigungen, Bedrohungen und Übergriffen durch Rechtsradikale. Aufkleber seien auf die Fenster geklebt, Hakenkreuze und *Ausländer raus* auf die Scheiben gemalt worden. Zu Silvester werde immer mit Knallkörpern und Leuchtraketen gezielt auf die Fenster geschossen. Herr A. berichtete von Anpöbeleien auf der Straße. Der Angestellte erzählte von Provokationen und einer gewalttätigen Auseinandersetzung, weil er mit einem Freund auf der Straße türkisch sprach. Er sei auch schon auf der Straße mit einem Messer bedroht worden und mit einem Auto auf dem Bürgersteig absichtlich beinahe überfahren worden. Beteiligt seien daran „*dazlak*“, das türkische Wort für Skinheads, gewesen.

Trotz dieser Erfahrungen differenziert Herr A.:

Aber das soll man auch nicht vergessen. Hier in A kann man nicht von allen sagen, die sind rechts. Seit zehn Jahren wohne ich in A und das sind gute nette Menschen ... aber ein paar Leute sind so. (A2)

Nach dem Anschlag auf den Imbiss seien viele Nachbarn und auch Vertreter der Stadt gekommen und hätten ihre Solidarität ausgedrückt, was Herr A. sehr schätzte.

²⁰ Die Stadtverwaltung richtete ein Spendenkonto ein und veröffentlichte einen Spendenaufruf. Bei der Demo gab der Vizebürgermeister bekannt, es seien 2693,82 Euro eingegangen. (MAZ erschienen 22 Tage nach den Anschlägen)

Reaktionen in der Stadt

Es ist wichtig, dass sich die Leute, die hier bleiben wollen und können, zusammenschließen. (F2)

An dem Herbstwochenende 2003, an dem die Brandanschläge stattfanden, gab es mehrere Vorfälle. Am Freitag wurde ein jugendlicher Berliner auf dem Marktplatz zu Boden geworfen und gezwungen, seinen Ledermantel abzugeben. Beteiligt an der Aktion war ein stadtbekannter Neonazi, der gerade zwei Wochen zuvor aus dem Gefängnis entlassen worden war. In der Nacht von Freitag auf Samstag fanden die Brandanschläge auf die Imbissbetriebe statt. Am Samstag wurde, wieder auf dem Marktplatz, ein 16-jähriger Schüler aus einer Gruppe heraus mehrfach ins Gesicht geschlagen und dazu aufgefordert, sein Palästinensertuch öffentlich zu verbrennen. Er wurde solange geschlagen, bis er nachgab und sein Tuch verbrannte. Außerdem nahmen die Angreifer dem Opfer seinen Rucksack mit der Aufschrift *Nazis raus!* ab und zündeten ihn an. Am Sonntag erschien gegen 7.15 Uhr der gerade aus der Haft entlassene Neonazi mit anderen in der Polizeiwache und bat, telefonieren zu dürfen. Dabei fiel den Beamten auf, dass er sich Nazi-Symbole ins Gesicht gemalt hatte (Hitler-Bärtchen und SS-Zeichen). Diese musste er sofort entfernen, es wurde Anzeige wegen Tragens verfassungsfeindlicher Symbole erstattet.²¹

Von der Häufung und der Intensität der Vorfälle waren viele schockiert und gründeten eine Bürgerinitiative, die sich *Gesicht Zeigen* nannte und die noch heute, ein Jahr später, existiert.

Wir waren wie betäubt nach dem Wochenende und an dem Montag danach - die Zeitung war voll davon und dann dieses Gefühl: Hilfe, was ist denn hier los! Wie soll das denn weiter gehen? Das ist dann auch so ein Energieschub, ein enormer Energieschub. Wir haben alle gebraucht, etwas zu machen. Der eine rief den anderen an. In der Woche haben wir uns getroffen. Da hat man sich auf einmal mit so vielen Leuten an einem Tisch gefunden! Wir haben einen Namen gesucht: Gesicht Zeigen. Innerhalb von zwei Wochen haben wir eine Demo auf die Beine gestellt. Da haben uns unheimlich viele Leute geholfen, zum Beispiel die Druckerei. Es waren auch eine Menge Leute auf der Demo, eine positive Überraschung und sehr wirksam. Aber wir waren so naiv! (F4)

Für viele Mitglieder der Initiative *Gesicht Zeigen* war die Demonstration das erste Engagement dieser Art in ihrem Leben.

Der Leiter des Präventionsrates und der Bürgermeister reagierten ebenfalls sofort. Sie veröffentlichten eine gemeinsame Solidaritätserklärung mit den Opfern. In der Erklärung wird der rechtsextreme Hintergrund der Straftaten deutlich benannt, verbunden mit einem Aufruf an die Bevölkerung:

²¹ MAZ erschienen am dritten Tag nach den Anschlägen

Wir fordern zur Unterstützung der Opfer auf und bitten die Bürger der Stadt, Unternehmen, Verbände und politische Parteien dazu beizutragen, dass ganz klar wird: Wir ... Bürger verabscheuen solche Taten und die Gesinnung, die dahinter steckt.²²

Einige Tage nach den Brandanschlägen wurde darüber im *New Yorker Time Magazine* berichtet, und es gab große Ängste, das Image einer rechten Stadt zu bekommen.

Nach dem Anschlag wurde hier gesagt: Das sind doch alles keine aus unserer Stadt, bis auf die junge Frau. Außerdem waren die alle besoffen, und ob das wirklich Rechte waren, das wäre die Frage. Das war dann das Problem, dass viele, die ohnehin immer ein bisschen Angst haben, die Stadt zu beschmutzen, gesagt haben: Am besten reden wir gar nicht drüber, ist ja gar nicht so schlimm. (F5)

Durch eine Demonstration, wie sie die Initiative plante, fürchtete man weiteren Imageverlust, falls zu wenig Leute kämen oder sich Rechtsradikale, die ihr Kommen bereits auf Internetseiten angekündigt hatten, zu Ausschreitungen animiert fühlten, und außerdem würde man mit einer solchen Demonstration nur bestätigen, dass die Stadt ein Problem mit rechter Gewalt hätte. All diese Bedenken wogen nicht mehr so schwer, nachdem sich politische Prominenz aus Potsdam für die Demonstration angesagt hatte.

Zwei Wochen nach den Anschlägen fand die Demonstration *Für Toleranz und gegen fremdenfeindliche Gewalt* statt. 400 TeilnehmerInnen zogen vom Marktplatz durch die Innenstadt. Der Vizebürgermeister, der Landtagspräsident und der Landrat sprachen auf der Kundgebung.

Resümee und Ausblick

Niemand hat das Monopol, gegen rechts zu sein. Man sollte nicht in Konkurrenz zueinander treten. (F5)

Die Initiative wurde schnell groß und sehr vielfältig, und auch aus Nachbarstädten kamen Leute dazu. Von Mitgliedern und dem Pfarrer der *Jungen Gemeinde*, unter deren Dach sich die Initiative immer noch trifft, über SchülerInnen und linke Jugendliche, die Kreis-Ausländerbeauftragte, den Weltladen bis zur Stadtverordneten ist die Initiative bis heute ein altersgemischter und sehr heterogener Zusammenhang. Aus Überzeugung ohne formale Struktur, agiert sie als loses Netzwerk.

Bei uns ist das so: Selbst wenn wir uns mal ein halbes Jahr nicht treffen, wir sind da. Es gibt diese Leute jetzt, und ich glaube nicht, dass das noch mal ganz einschläft. (F4)

²² MAZ erschienen am vierten Tag nach den Anschlägen

Das Ziel der Initiative ist die bürgerschaftliche Gestaltung einer toleranten Gesellschaft. Im Aufruf zur Demonstration heißt es:

Die Region braucht vielfältige, motivierte, menschenfreundliche Einwohner, um Lebensraum attraktiv zu gestalten. Die Demonstration soll die Fraktion derer stärken, die in Zukunft für ein friedliches, tolerantes und gewaltfreies Miteinander ... eintreten. Für eine gemeinsame Zukunft, gegen menschenunwürdige Gewalt wollen wir Gesicht zeigen.

Nach der Demonstration im November 2003 wurden die Treffen und Aktivitäten fortgesetzt.

Wir wollten auf Notwendigkeiten aufmerksam machen, auf die Sachen, die unzufrieden stimmen, die man nicht tolerieren kann. Wir haben uns nach der Demo einmal im Monat getroffen, das immer in der Zeitung angekündigt und ganz viele Kontakte geknüpft. (F4)

Im Rahmen des Stadtfestes 2004 veranstaltete die Initiative ein interkulturelles Festival, das sie *Melting Pot* nannte. In der Kirche wurde die Ausstellung *Hass vernichtet* von Irmela Schramm präsentiert, die anschließend von vielen Schulklassen besucht wurde.

Der bereits seit einigen Jahren bestehende Präventionsrat versteht sich ebenfalls als Netzwerk zivilgesellschaftlichen Engagements:

Der Präventionsrat sollte nicht dienstlich angelegt sein, keine Pflichtveranstaltung, sondern Teil bürgerschaftlichen Engagements. Wir haben das von Anfang an so gemacht, dass die Stadt uns nur logistisch unterstützt. Ansonsten war der Präventionsrat unabhängig. (F5)

Die Art der Zusammenarbeit, die Kommunikationsstrukturen dieser beiden verschiedenen Ansätze im Kampf gegen Rechtsextremismus sind allerdings sehr unterschiedlich. Auch die Zielrichtung ist verschieden. Während im Präventionsrat Institutionen vertreten sind, deren Engagement gegen rechtsradikale Strukturen vorrangig aus dem Interesse entspringt, die öffentliche Ordnung zu bewahren, will die Initiative keine rechtsradikale Ideologie und Gewalt in der Stadt haben. Ihr Ziel ist eine vielfältige, tolerante Zivilgesellschaft, die durch das eigenständige Handeln mündiger BürgerInnen entstehen soll. Solchen ‚mündigen BürgerInnen‘ begegnen VertreterInnen der kommunalen und politischen Ordnungsmacht in der Regel jedoch mit großer Skepsis, denn deren Engagement hat die Tendenz, administrative Routinen und die Kontrolle der kommunalen Abläufe zu stören. Ein zivilgesellschaftlicher Prozess muss deshalb auch von Seiten der Verwaltung gewollt werden, um konstruktiv gestaltend auf das Gemeinwesen wirken zu können. Hier spielt der Präventionsrat als Gremium, in dem verschiedene Interessen und AkteurInnen zusammenkommen, eine wichtige Rolle. In der Vorbereitung der Demonstration haben maßgebliche Mitglieder des Präventionsrates ihre Aufgabe darin gesehen, die Initiative logistisch zu unterstützen und die Türen zur Stadtverwaltung zu öffnen.

Die Koexistenz und punktuelle Zusammenarbeit dieser beiden Strukturen, die sich teilweise personell überschneiden, ist ein spannendes und wegweisendes Projekt. Konflikte, die es auch in der Vorbereitung der Demonstration gab, können dabei eine positive Rolle spielen. In diesem Zusammenhang sei hier noch einmal ein Mitglied der Initiative *Gesicht Zeigen* zur Erfahrung mit dem zivilgesellschaftlichen Engagement zitiert:

Es hilft nicht nur dem eigenen Interesse, sondern auch dem Diskurs: es bringt Leute zum Nachdenken und zur Auseinandersetzung. (F2)

1.2 Fallbeispiel B

Im Laufe des Jahres 2003 gab es drei Versuche, den einzigen Döner-Imbisswagen in B in Brand zu setzen. Beim dritten Versuch entstand ein großer Sachschaden durch die Verrußung des Innenraums.

B ist eine Kleinstadt mit 5.246 Einwohnern im Norden Brandenburgs. Landschaftlich reizvoll gelegen, gehört B traditionell zum Naherholungsgebiet Berlins. Auch die historische Altstadt mit einem restaurierten Schloss und diverse hochwertige Kulturangebote sind touristisch attraktiv. Wie in vielen anderen Städten der neuen Bundesländer versuchte man auch in B, mit der Stadtsanierung an die preußische Geschichte anzuknüpfen und diese wieder zu beleben.

Der Tourismus ist mit 400 Übernachtungsmöglichkeiten der wesentliche Wirtschaftsfaktor der Stadt. Das Wirtschaftsministerium Brandenburgs gibt für das Jahr 2003 über 600.000 Gäste und 68.481 Übernachtungen an.²³ Ein anderer großer Arbeitgeber ist das ehemalige Atomkraftwerk. 1966 wurde es als Lehr- und Versuchskraftwerk eröffnet. Bis zur Stilllegung 1990 hatte es 600 Beschäftigte. 200 Angestellte sind derzeit noch für den Rückbau angestellt, der im Jahr 2011 abgeschlossen sein soll. Im Vergleich zu anderen Kleinstädten im ländlichen Raum hat B durch die ortsansässigen Kulturbetriebe und die WissenschaftlerInnen und TechnikerInnen, die sich mit dem Atomkraftwerk ansiedelten, eine hochqualifizierte, städtische Mittelschicht.

B hat mit allen zugehörigen Gemeinden 9.975 Einwohner. 803 Personen waren im September 2004 arbeitslos gemeldet, davon 112 unter 25-jährige. Die Arbeitslosenquote des Altkreises beträgt 18,7 %. Im gesamten Landkreis leben 753 AusländerInnen (0,7 %), davon 31 in der Stadt B (0,6 %).

Die Kreisverwaltung veröffentlicht kein statistisches Jahrbuch. Die Daten zur Bevölkerungsentwicklung der einzelnen Kommunen sind deshalb nur mit größerem Aufwand zu beschaffen, weshalb im engen Zeitrahmen dieser Studie auf genaue Angaben verzichtet

²³ Wirtschaftsministerium Brandenburg: www.brandenburg.de

werden muss. Für den gesamten Landkreis wird bis zum Jahr 2020 ein Bevölkerungsrückgang von 12 % prognostiziert.²⁴

Mit einer Wahlbeteiligung von nur 48,4 % wählten bei den Landtagswahlen am 19.09.2004 6,9 % die *DVU*.

Rechtsradikale Aktivitäten und Reaktionen in der Stadt

In den 90er Jahren gab es in B und dem Nachbarort B1 eine aktive rechte Szene, die im Stadtbild sehr präsent war. Diese Szene war z. T. in Kameradschaften organisiert und stand im Kontakt mit der Szene in den angrenzenden Städten. Sie trat mit unterschiedlichen Aktionen in Erscheinung:

Es gab mehrere Schändungen des russischen Ehrenfriedhofs in B1. In diesem Zusammenhang wurde eine dort ansässige Bildungseinrichtung des *Deutschen Gewerkschaftsbundes* aktiv, die selber auch Ziel von Angriffen und Bedrohungen war.²⁵

Es gab wiederholt Pöbeleien und Übergriffe auf fremdländisch aussehende Kinder von Berliner Schulklassen, die auf Klassenfahrt die Stadt B und ihr Umland besuchten.

Ein Ostertreffen des schwul-lesbischen Jugendnetzwerkes *Lambda* aus Berlin musste unter Polizeischutz gestellt werden.²⁶ Auch BürgerInnen der Stadt, vor allem Jugendliche, die sich nicht rechts zuordneten, wurden von ‚Glatzen‘ in Autos verfolgt und bedroht. Der Leiter einer Gedenkstätte wurde 1998 auf dem zentralen Platz der Stadt von einem bekannten Rechtsradikalen zusammengeschlagen. Der Platz war Treffpunkt der rechten Szene, und von Touristen wie Einheimischen wurde er gemieden.

Ebenfalls 1998 kam es zu einer bedrohlichen Formierung rechter Jugendlicher gegen die Sonntagsspaziergänge von AtomenergiegegnerInnen, die daraufhin und als Reaktion auf fremdenfeindliche Angriffe ihren nächsten Sonntagsspaziergang umfunktionierten zu einer antifaschistischen Demonstration durch die Stadt.²⁷

Die Übergriffe auf Berliner Schulklassen machten Schlagzeilen in den überregionalen Medien. Als Reaktion darauf ging der Tourismus spürbar zurück. Neben dem allgemeinen Tourismusgewerbe haben auch die Kulturbetriebe mit ihren internationalen MitarbeiterInnen und BesucherInnen ein vitales Interesse an einer weltoffenen, toleranten Atmosphäre in B. Zu potenziellen Opfern rechter Gewalt gehören auch die vielfach Rollstuhl fahrenden Gäste eines

²⁴ Angaben der zuständigen Agentur für Arbeit und der Ausländerbehörde im Sept. 2004; Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Land Brandenburg

²⁵ Wenn nicht anders ausgewiesen, stammen alle folgenden Angaben aus den Interviews F7, F8 und F30.

²⁶ taz vom 05.04.1994

²⁷ taz vom 19.05.1998 und 16.09.1998

großen barrierefreien Hotels, das mit 104 Betten und dem dazugehörigen Pflegeangebot ein großer Arbeitgeber ist.

Es gab verschiedene Versuche, die Situation zu verändern: Die Polizei reagierte mit verstärkter Präsenz auf dem Platz, den die Rechten als Treffpunkt nutzten, die Justiz mit Schnellverfahren zur Abschreckung. Die Schließung eines Jugendclubs in der nahe gelegenen Kreisstadt, der zum überregionalen Treffpunkt organisierter Rechtsextremer geworden war, wirkte sich demobilisierend auch auf die Szene in B aus.

Der Bürgermeister und die Stadtverwaltung nahmen nach medienwirksamen Übergriffen ohne Zeitverzögerung öffentlich Stellung. Mit verschiedenen Angeboten wurde zum Beispiel versucht, die betroffenen Schulklassen in Berlin zu erreichen und mit ihnen ins Gespräch zu kommen.

Die Bildungseinrichtung des Gewerkschaftsbundes in B1 bildete in einem Projekt jugendliche Tutoren aus, die positiv auf die Jugendszene in B wirkten.

Zur Hochzeit der rechtsradikalen Aktivitäten entstand aus einem Runden Tisch die *Arbeitsgemeinschaft Jugend*. Die Arbeitsgemeinschaft initiierte eine seitdem jährlich stattfindende Großveranstaltung für junge Menschen mit einem breiten Kulturangebot, die unlängst vom *Bündnis für Demokratie und Toleranz gegen Extremismus und Gewalt* ausgezeichnet wurde. Außerdem forderte die Arbeitsgruppe die Einrichtung einer dauerhaften Stadtjugendpflegestelle. Wie in vielen anderen Kommunen auch wurde in B Jugendarbeit fast ausschließlich im Rahmen von SAM- und ABM-Stellen oder befristeten bundesgeförderten Projekten finanziert.

Eine weitere Initiative gegen die rechtsradikalen Entwicklungen in der Stadt war die Berufung eines Koordinators gegen Fremdenfeindlichkeit. Von ihm wurden regelmäßige Austauschtreffen für alle Verantwortlichen und Interessierten der Stadt veranstaltet.²⁸

Die Stelle der Stadtjugendpflege konnte im Jahr 2001 durch Einsparungen im Bauhof eingerichtet und besetzt werden. Die koordinierende Tätigkeit der Jugendpflegerin und ihre Initiativen haben sich inzwischen bewährt.

Im Jahr 2002 wurde auf Anregung der Stadtjugendpflegerin und des Koordinators gegen Fremdenfeindlichkeit die *Aktion Noteingang*²⁹ in B durchgeführt, an der sich die Stadtverwaltung engagiert beteiligte. Von den Aufklebern in Fenstern und Türen kommunaler Institutionen und Geschäften geht eine sehr positive Signalwirkung auch auf BesucherInnen der Stadt aus.

²⁸ Die Idee eines kommunalen Koordinators gegen Fremdenfeindlichkeit geht auf Manfred Stolpe zurück. Die KoordinatorInnen wurden von der Koordinierungsstelle Tolerantes Brandenburg betreut.

²⁹ Informationen unter: www.aktion-noteingang.de

Seit November 2002 wird die Funktion des Koordinators gegen Fremdenfeindlichkeit nicht mehr ausgeübt, und die Aufgaben wurden teilweise von der Stadtjugendpflegerin übernommen.

Die Situation wird heute als deutlich entschärft beschrieben. Eine rechte Szene war im Stadtbild einige Zeit lang nicht mehr präsent. Vereinzelt tauchten Rechtsradikale oder kleine Cliques auf und versuchten, nicht-rechte Jugendliche einzuschüchtern. Außerdem geht die Polizei von verdeckten Aktivitäten und Treffpunkten aus. Seit den Landtagswahlen im September 2004 wird berichtet, dass Rechtsradikale auch im Stadtbild wieder sichtbar sind. Eine Jugendliche formulierte es so: *„Es ist wie Karneval, nach den Wahlen haben sie alle ihre Kostüme wieder aus dem Schrank genommen.“* (F2) Es werden auch wieder vermehrt Aufkleber mit nationalsozialistischen und rassistischen Inhalten wahrgenommen.

Aggressives, fremdenfeindliches Verhalten geht allerdings, wie in vielen anderen Orten auch, nicht nur von erklärten Rechtsradikalen aus. Ausländische Gäste der Stadt berichteten von Anpöbeleien, vor allem durch ältere BürgerInnen. Ein ausländischer Einwohner von B fasste seine Erfahrungen mit seinen MitbürgerInnen so zusammen: *„Die Stadt sagt zwar, sie sind nicht gegen Ausländer, die Leute selber sind aber gegen Ausländer.“* (I 2)

Die Anschläge

Anfang 2003 wurde ein Reifen des Döner-Imbisswagens in Brand gesetzt. Der Brand setzte sich auf der Außenwand fort, konnte aber rechtzeitig durch die Polizei gelöscht werden, bevor die Flammen ins Wageninnere vordrangen.

In der Mitte des Jahres wurde dilettantisch mit einer Plastiktüte und Zeitungspapier unter dem Wagen gezündelt.

Im Winter 2003 wurde vor dem Wagen Feuer gelegt. Die Flammen schlugen ins Wageninnere über. Es entstand ein Sachschaden von über 3.000 Euro. Die Teilkaskoversicherung kam nur für die festen Wageneinbauten auf.

Bei allen drei Anschlägen handelte es sich um den gleichen Imbisswagen. Es ist der einzige Döner-Imbisswagen in B, und er steht frei und leicht zugänglich zwischen einem Einkaufszentrum und einer Wohnsiedlung. Der Betreiber, Herr C., kam 1994 als Flüchtling aus der Türkei nach Deutschland. Seit zwei Jahren betreibt er den Imbisswagen. Die beiden anderen Imbissbetriebe, die Döner verkaufen, sind Bistros, die in der Innenstadt liegen.

Nach der ersten Brandstiftung wurde die Polizeipräsenz verstärkt. Herr C. bemühte sich beim Bürgermeister um einen anderen Stellplatz und zog mit dem Wagen um.

Nach dem zweiten Anschlag konnten auf Informationen von Passanten hin zwei junge Männer verhaftet werden. Die Täter fielen u. a. dadurch auf, dass sie sich in ihrer rechten Clique der Tat rühmten und eine Wiederholung ankündigten.³⁰ Nach dem dritten Anschlag konnten noch keine Täter ermittelt werden.

Bei den für den zweiten Anschlag verantwortlichen Tätern handelt es sich um den damals 17-jährigen Ron W. und den 21-jährigen Frank M. Einen Tag bevor sie Feuer legten, hatten sie den Imbissbetreiber als „*Scheiß-Döner*“ beschimpft. Als Tatmotiv für die Brandstiftung gaben sie bei ihrer Verhaftung an: „*Wir können Ausländer nicht leiden.*“ Ron W. wurde im Schnellverfahren von einem Jugendrichter zu vier Wochen Arrest verurteilt. Das Verfahren gegen Frank M., der als mittelgradig debil gilt und seit zwei Jahren unter Betreuung steht, war im September 2004 wegen fehlender psychiatrischer Gutachten noch nicht abgeschlossen.

Ein Adhäsionsverfahren hat Herr C. mangels juristischer Kenntnisse zu spät beantragt. Unterstützt durch den Verein *Opferperspektive e. V.* zieht er nun mit juristischer Beratung die Anstrengung einer Zivilklage in Erwägung, mit dem Ziel, Schadensersatzzahlungen zu erzwingen. Von einer Zahlungsfähigkeit der Täter wird nicht ausgegangen, das Verfahren soll vor allem der Abschreckung dienen.

Herr C. berichtet, dass er nach den Verhaftungen vermehrt von vorbeigehenden Jugendlichen und anderen Passanten als ‚Ausländer‘ beschimpft wurde. Die Polizei, der Herr C. die Vorfälle anzeigte, hätte ihm mitgeteilt, sie könne nichts machen, und gesagt: „*Idioten gibt’s immer.*“ Immer wieder gab es im Laufe des Jahres 2003 Zerstörungen an seinem Wagen. In einer Nacht wurde die Plastikverkleidung des Imbissvorbaus beschädigt und die Rückleuchten des Wagens entwendet. Es gab mehrere Einbrüche, bei denen nichts entwendet, sondern Teile der Einrichtung zerstört wurden.

Im Dezember, so berichtete Herr C., sei er von einem Auto mit ‚Glatzen‘ bis nach Hause verfolgt worden. Herr C. zeigte auch diesen Vorfall bei der Kriminalpolizei an und teilte das Kfz-Kennzeichen mit. Wieder sei ihm gesagt worden, man könne nichts machen, diesmal weil man eine Bedrohung nicht beweisen könne. Mit diesen eher alltäglichen Erfahrungen von rassistischer Beschimpfung und Bedrohung fühlt sich Herr C. allein gelassen und von der Polizei wenig unterstützt. (B1)

Reaktionen

Die Presse berichtete über den ersten Anschlag Anfang 2003. In der Öffentlichkeit wurde der Vorfall aber nicht wahrgenommen. Das änderte sich nach dem zweiten Anschlag. Die

³⁰ Alle Informationen: Interview B1 und MAZ einen Monat nach dem letzten Anschlag und im April 2004

Stadtjugendpflegerin nahm Kontakt zu Herrn C. auf und informierte andere davon, dass es sich bereits um den zweiten Anschlag auf den gleichen Betrieb handelte. Eine Gruppe von SchülerInnen verfasste mit ihr zusammen eine Unterschriftenliste. „*Wir wussten selbst nicht, was wir damit erreichen können, und viele haben uns das auch gefragt. Es ging uns nur darum, zu informieren und den Leuten eine Positionierung abzurufen.*“ (F7) In der Unterschriftenliste heißt es:

Denn: Schweigen ist Zustimmung

- ich distanzieren mich vom Brandanschlag auf den Döner-Stand in B vergangene Woche und von jeglichem fremdenfeindlichen Angriff auf Menschen in dieser Stadt und anderswo
- ich wünsche mir einen freundlichen und offenen Umgang miteinander, faire Auseinandersetzungen bei Problemen und die Wertschätzung jeder einzelnen Person
- ich möchte Begegnungen schaffen und erleben, unabhängig von Kultur und Sprache oder der Herkunft eines Menschen

Diese zunächst aus Hilflosigkeit geborene Aktion erwies sich als erfolgreich. Die Liste wurde in Schulklassen verteilt, in der Bibliothek und der Buchhandlung ausgelegt. Die Anschläge wurden Gesprächsthema in der Stadt. 350 Unterschriften kamen zusammen, die Herrn C., der lokalen Presse und dem Bürgermeister übergeben wurden.

Nach dem dritten Anschlag, vier Monate später, initiierte die Stadtjugendpflegerin einen Runden Tisch als Krisensitzung und lud VertreterInnen der Polizei, der Kirche, den Bürgermeister, Engagierte aus der Stadtverwaltung und engagierte Personen des öffentlichen Lebens, die Schulleitungen, Herrn C. und seine Freunde ein.

Der Bürgermeister schlug eine Demonstration vor mit dem Ziel, öffentlich Solidarität mit Herrn C. auszudrücken und zeigen zu können, dass die BürgerInnen der Stadt gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sind. Der Vorschlag wurde angenommen und die Vorbereitung an die Stadtjugendpflegerin delegiert.

Sofort nach dem dritten Anschlag wurde ein Spendenkonto mit öffentlichem Spendenauftrag zur Unterstützung von Herrn C. eingerichtet, der wegen der Schäden größere Verdienstausfälle zu kompensieren hatte. Außerdem sollte der Wagen durch mehr Licht sicherer gemacht werden. Die Spendenaktion wurde eröffnet mit einer Benefiz-Filmvorführung über kurdische Flüchtlinge in Deutschland, einer Kooperationsveranstaltung

mit dem Verein *Opferperspektive e. V.* und der *Filminitiative*. Auf dem Spendenkonto kamen bis zur Demonstration im Januar 850 Euro zusammen.

Zur Aufklärung und zur Mobilisierung im Vorfeld der Demonstration wurde die Unterschriftenliste erneut verteilt. Weitere 150 Unterschriften kamen zusammen.

Die lokale Presse veröffentlichte ausführliche Artikel, die dann von SchülerInnen in Zusammenarbeit mit der Jugendpflegerin ausgeschnitten, vergrößert und zur Information auf Pappen geklebt und in der Schule aufgehängt wurden. Zur Vorbereitung gab es ein Netzwerk von UnterstützerInnen. Die Stadtverwaltung z. B. erklärte sich bereit, alle OrdnerInnen zu stellen.

Es gab einen Aufruf des Bürgermeisters, für den die Jugendpflegerin UnterstützerInnen warb. Über Vereine, Parteien, Schulen, die Presse und andere Multiplikatoren wurde er breit gestreut.

An alle Bürger der Stadt³¹

Farbe bekennen! Hingucken – Rassismus stoppen!

Auf den Imbiss-Stand eines kurdischen Mitbürgers in B wurden im vergangenen Jahr drei Brandanschläge verübt. Dank aufmerksamer Bürger gelang es der Polizei, die Brände rechtzeitig zu löschen. Die Täter des zweiten Anschlags im August konnten ermittelt werden; der 17-Jährige hat seine fremdenfeindlichen Motive offen zugegeben und wurde zu vier Wochen Jugendarrest verurteilt. Jugendliche der Schule starteten daraufhin eine Unterschriftenaktion, um sich für Toleranz und gegen rechte Gewalt auszusprechen. 350 Unterschriften kamen in wenigen Tagen zusammen. Kurz vor Weihnachten 2003 ereignete sich der dritte Angriff auf den Imbisswagen am Sparmarkt.

Diese Angriffe sind keine Einzelfälle, sondern für uns ein aktueller Anlass, um auf eine besorgniserregende Entwicklung zu reagieren.

Es ist Zeit, dass wir als Bürger dieser Stadt ein deutliches Zeichen setzen und diese Anschläge sowie Bedrohungen gegen den Besitzer verurteilen. Es darf keinen Raum geben für Fremdenfeindlichkeit, Gewalt und Rassismus in unserer Stadt. Den Tätern und ihren Unterstützern muss dies auch durch unsere Präsenz deutlich werden.

Wir rufen auf zur Kundgebung gegen rechte Gewalt und für Zivilcourage

Wir erwarten Sie und alle Bürger der Stadt mit uns vor Ort, um sich deutlich zu positionieren und sich so mit den bekannten und unbekanntem Opfern fremdenfeindlicher Übergriffe zu solidarisieren.

Trotz schlechten Wetters kamen etwa 400 Menschen. Viele Jugendliche und kommunale Vertreter, auch aus der Kreisstadt, nahmen teil. Anschließend wurden als Ausklang im

³¹ Der Text wurde zur Anonymisierung gekürzt und geringfügig verändert.

Gemeindehaus der evangelischen Kirche Videoclips gegen Rassismus gezeigt, die bei der Vorbereitung beteiligte Jugendliche mit ihren Klassen produziert hatten.

Resümee und Ausblick

Die Stadt B braucht eine weltoffene Atmosphäre, und die Abhängigkeit vom Tourismus ist der vitale Garant für Aktivitäten der Stadtverwaltung gegen offenen Rechtsradikalismus.

Statt aus Angst vor Imageverlust rechtsextreme Gewalt zu bagatellisieren und zu ignorieren, wie das in vielen anderen Orten geschieht, gehen die Verantwortlichen der Stadt in die Offensive, eine Strategie, die sich nicht nur in B, sondern nach Einschätzung des *Mobilen Beratungsteams MBT* grundsätzlich bewährt hat (vgl. auch Kapitel 4.3).

Auch die Einrichtung der Stelle einer Stadtjugendpflegerin hat sich für die Stadt B als ausgesprochen sinnvoll herausgestellt. Sie leistet Koordinationsarbeit, sorgt mit Veranstaltungen und Vernetzungen für die Stärkung einer weltoffenen Jugendkultur, die ein Gegengewicht zur rechten Szene bilden und diese zurückdrängen kann. Durch die Arbeit mit Multiplikatoren wird das Wissen über rechtsextreme Strukturen und Denkweisen verbreitert. Diese Funktion und ihre kompetente Ausübung wird von den Verantwortlichen in der Stadt B als sehr wichtig eingeschätzt. In den umliegenden Gemeinden, die jüngst durch die Gemeindegebietsreform administrativ der Stadt B zugeordnet wurden, wird die Stelle dagegen als überflüssig angesehen, weil die Interessen dort völlig anders gelagert sind.

In der Stadt B sind im Laufe der Jahre gute Voraussetzungen für die langfristige Bekämpfung rechtsextremer Strukturen entstanden.

In B gibt es positive Eliten, d. h. Schlüsselfiguren im öffentlichen Leben, die in der Lage sind, einen beachtlichen Teil der Bevölkerung zu mobilisieren. Sie sind relativ gut in der Bevölkerung verankert und haben da ihren Rückhalt. (F30)

Im Unterschied zum Fallbeispiel A gehen allerdings die Aktivitäten und Initiativen ausschließlich von den Stadtregierenden oder von anderen Institutionen aus. Von unten wachsendes bürgerschaftliches Engagement gegen Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit und für ein solidarisches Zusammenleben gibt es nicht. Zivilgesellschaftliches Engagement, das es auch in B immer gab und noch gibt, beschränkt sich auf umwelt- und friedenspolitische Themen.

Es ist oft leichter, sich in einer Gruppe gegen den Staat stark zu machen, als couragiert gegen Rechtsradikale in der eigenen Stadt anzugehen. Außerdem hat rechtes Denken und Handeln den meisten Bürgern persönlich nichts an. (F7)

Aus den Aktivitäten nach den Brandanschlägen hat sich ein loser Zusammenhang Jugendlicher herausgebildet, die zusammen mit der Stadtjugendpflegerin die Ausstellung von Irmela Schramm in die Stadt holten und damit möglicherweise neue Impulse setzten.³²

1.3 Fallbeispiel C

Anfang des Jahres 2004 wird auf ein Döner-Imbiss-Bistro in C ein Brandanschlag verübt. Dabei wird durch ein in die Scheibe geschlagenes Loch ein Brandsatz in den Gastraum geworfen. Ein in einem Hinterzimmer des Bistros schlafender Mitarbeiter wird durch den Lärm von der Straße und des splitternden Glases geweckt und entdeckt, dass in dem Bereich vor dem Tresen alles in Flammen steht. Er kann das Feuer mit Wassereimern löschen. Dabei zieht er sich Schnittverletzungen an den Fußsohlen und leichte Verbrennungen an den Händen zu.

Die Gemeinde C liegt im 60 Kilometerradius von Berlin. Im gesamten Landkreis leben derzeit etwas mehr als 200.000 Einwohner, im Amt C sind es 10.684, ca. 4.000 davon leben in der Stadt C. In der Kreisstadt leben derzeit etwas mehr als 12.000 Personen. Die Bevölkerung im Landkreis ist im Zeitraum 1990 bis 2002 um 42.109 Personen gestiegen. Das entspricht einem Wachstum von 24,46 % gegenüber 0,16 % im Land Brandenburg und 3,49 % im Bund.

Im Juni 2003 gab es statistisch im Landkreis 4.144 SozialhilfeempfängerInnen und 673 AsylbewerberInnen.

Die Stadt C

An Cs baulicher Struktur ist auch heute noch erkennbar, dass sich dieser Ort entlang einer alten Heerstraße entwickelte, im Wesentlichen besteht C auch heute noch aus einem sich über mehrere Kilometer hinziehenden Siedlungsstrang ohne sofort erkennbaren Stadtkern oder Zentrum. Den wirtschaftlichen Schwerpunkt bildet im Bereich des Amtes C, anders als in nahezu allen anderen Kommunen des Landkreises, das produzierende Gewerbe und nicht der Dienstleistungsbereich. Ein zur Stadt gehörendes Gewerbegebiet existiert seit den frühen 1990er Jahren. Hier haben sich verschiedene kleinere und mittlere Unternehmen angesiedelt, der Grossteil der ca. 250 Gewerbetreibenden ist hier ansässig.

In C gibt es derzeit 22 Vereine, von der AWO und der Freiwilligen Feuerwehr über den Sportverein FSV, einen Gewerbe-, Fremdenverkehrs- und Bürgerverein bis hin zum Schützenverein.

³² Das Interesse am Thema und das Bedürfnis, sich zu informieren, scheint bei Jugendlichen groß zu sein und mit zunehmender rechtsextremer Präsenz auch wieder zu wachsen. Veranstaltungen zum Thema wurden gut besucht.

In der Stadt leben derzeit ca. 150 Spätaussiedler, ansonsten sind laut Auskunft des Bürgermeisters „kaum“ Ausländer in C wohnhaft.

Zum Brandanschlag, den Tätern und den Folgen

Der bei dem Brandanschlag geschädigte Herr K. betreibt seit über 10 Jahren einen Döner-Imbiss-Betrieb in C. Zuvor hatte er in Berlin ein Restaurant, er habe aber über einen Bekannten von den guten Geschäftsmöglichkeiten der Döner-Imbisse gehört und dann den dort bereits bestehenden Imbiss-Container übernommen, denn „wenn man in dieser (Gastronomie-) Branche ist, dann versucht man, immer weiter zu kommen.“ (C1) Diesen Döner-Imbiss vor einer ehemaligen Kaufhalle in C betrieb Herr K. über sechs Jahre lang. Als vor vier Jahren die Handelskette das Geschäft aufgab, konnte Herr K. das Gebäude übernehmen und den Imbiss dort eröffnen. Das Gebäude bietet nun weit mehr Platz als der enge Imbisscontainer, die Front zur Hauptstraße hin besteht aus fünf großen Schaufenstern. Hier konnte er nun einen Tresen ausbauen und einen Gastraum einrichten, im hinteren Teil des Gebäudes blieb Platz für eine Küche und ein Büro mit Schlafmöglichkeit. Zwar habe es in dem Bistro bislang noch keine Einbrüche gegeben, doch sei in den vorherigen Container drei, vier Mal eingebrochen worden. (C1) Somit hätten er oder ein Mitarbeiter aus Angst vor Einbruchsdiebstählen dort auch regelmäßig übernachtet.³³ Auch in der Nacht des Brandanschlages schlief ein Mitarbeiter von Herrn K. im hinteren Teil des Bistros.

Laut Herrn K. hatte es aber bereits mehrere, wenn auch nicht so schwere Vorfälle gegeben. So wären es zwar Kleinigkeiten gewesen, dass seit Jahren immer wieder

jemand mit Farbe an unseren Container oder an den Glasscheiben ein paar Zeichen gemacht hat, auch an die Fensterscheibe hat jemand mit Lack gesprüht, und damals an den Container haben sie in der Silvesternacht etwas an die Fenster gemacht oder etwas beschädigt, aber der letzte Fall war etwas doll. (C1)

Bereits im vergangenen Jahr seien dies auch Hakenkreuze gewesen, was er dann auch bei der Polizei gemeldet habe.

Nach dem Brandanschlag traf nur wenig später die Polizei am Tatort ein, auch die Spurensuche begann noch in derselben Nacht. Bereits am nächsten Morgen wurden drei heranwachsende Tatverdächtige³⁴ aus C vorläufig festgenommen. Zwei der Beschuldigten wurden in Untersuchungshaft genommen, die dritte Person wurde mangels dringenden Tatverdachts wieder entlassen. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen versuchten Mordes beziehungsweise versuchten Totschlages in Tateinheit mit schwerer Brandstiftung. Die

³³ Prozessbeobachtung der AutorInnen und F12

³⁴ MAZ, erschienen sieben Tage nach dem Anschlag

Tatverdächtigen werden der auf ca. sieben Mitglieder beschränkten rechten Szene in C zugerechnet.

Solidarisierungen und Hilfsangebote nach dem Anschlag

Ich habe mich echt gefreut, dass die Schulkinder gekommen sind, so ungefähr zwanzig, dreißig Stück mit ein paar Lehrern zusammen, dass sie mir gute Besserung wünschten mit einem Blumenstrauß, da war ich dann sehr gerührt. (C1)

Am Morgen nach dem Anschlag besuchte der ehrenamtlich tätige Bürgermeister von C, der Gastwirt Herr B., mit einer Gruppe von städtischen Beschäftigten und engagierten BürgerInnen das Imbiss-Bistro. Sie seien dort hingegangen, um „*Hilfe anzubieten und die Solidarität der Einwohnerschaft mit dem Tatopfer zu bekunden*“. (F13) Dies freute auch den Geschädigten:

Ja die haben dann ihre Hilfe angeboten, dass wenn ich etwas brauche, ob sie mir dann helfen können. Da habe ich gesagt: vielen Dank, nach zehn Jahren freue ich mich. (C1)

Neben dieser kommunalen Delegation besuchten aber auch VertreterInnen der Presse den Imbiss in C und berichteten über den Anschlag in lokalen und überregionalen Medien. Zudem kamen AnwohnerInnen vorbei und erkundigten sich nach dem Lauf der Dinge. Auf Anregung des Bürgermeisters wurde im städtischen Gemeinderat eine Resolution eingebracht, die sich eindeutig von diesem Vorfall distanzierte. Hinter diese Resolution stellten sich die VertreterInnen sämtlicher Fraktionen.

Das Bistro war über den Vermieter des Gebäudes gegen den entstandenen Schaden versichert, so dass Herr K. zumindest keine finanziellen Einbußen hinnehmen musste.

Zu den Tätern

Gegen die aus C stammenden Tatverdächtigen Fabian Th. (19 Jahre), Mario H. (20 Jahre) und Gregor H. (21 Jahre) wurde sechs Monate nach der Tat vor dem Landgericht Potsdam der Prozess eröffnet. Ihnen wird vorgeworfen,

aufgrund fremdenfeindlicher Gesinnung versucht zu haben, den Döner-Imbiss des türkischen Staatsangehörigen K. in Brand zu setzen, um K. zu schädigen und ihn sowie seine ausländischen Mitarbeiter aus C zu vertreiben.³⁵

Aufgrund des Vorwurfs *Versuchter Mord* konnte der Mitarbeiter von Herrn K. die Nebenklage beantragen und wurde dabei vom Verein *Opferperspektive e. V.* unterstützt. Indirekt ist somit auch Herr K. am Prozessgeschehen beteiligt, was ihm ausgesprochen

³⁵ Aus der Pressemitteilung des Landgerichtes Potsdam.

wichtig ist. Die Dauer des Prozesses wurde zunächst auf sechs Verhandlungstage angesetzt, aber bereits nach dem dritten Prozesstag aufgrund der vielen zu befragenden ZeugInnen ein erstes Mal verlängert. Mit einer Urteilsverkündung kann vor Abschluss dieser Studie nicht gerechnet werden.

Im Prozessverlauf bewegt sich die Ursachensuche für die Motivationen der mutmaßlichen Täter zwischen Ratlosigkeit und paternalistischer Fürsorge für die aus dem Ruder laufenden Kinder. Werden zumindest bei einem der Angeklagten noch zerrüttete familiäre Verhältnisse als Erklärung zitiert, so kann bei den anderen dies nicht als Ursache angeführt werden. Dabei handelt es sich bei allen dreien, zumindest nach Angaben der Polizei und örtlicher engagierter Bürger, um seit Jahren bekannte Personen der rechten Szene in C.

Ja, also die drei sind mir konkret schon seit sechs, sieben Jahren bekannt, also die haben schon relativ früh angefangen, als sie Jugendliche wurden. Die waren als 14-, 15-Jährige das erste Mal in Erscheinung getreten. (F26)

Sie waren damals dem Polizisten bereits aufgefallen, weil sie sich *szenetypisch* kleideten, aber auch wegen Körperverletzung und anderen Delikten und wegen ihren guten Kontakten zu anderen Rechtsextremen beispielsweise in der Kreisstadt. Einer der Beschuldigten wurde bereits vor Jahren aus dem örtlichen Fußballverein verwiesen, weil er sich geweigert hatte, sich anders zu kleiden. Daraufhin schickte er einen fremdenfeindlichen Drohbrief an den Trainer des Vereines (Zitat Bürgermeister: „*der hat eine farbige Frau*“), was zu einem Verfahren wegen Volksverhetzung führte. (F26)

Der Brandanschlag auf den Imbissbetrieb mit dem Anklagepunkt des versuchten Mordes bildet einen aktuellen Höhepunkt einer seit Jahren stattfindenden Brutalisierung dieser Jugendlichen. Immer wieder war der Imbiss Ziel ihrer Aktionen, einer der Tatverdächtigen hatte seit Monaten Hausverbot, weil er von Herrn K. als Werfer einer Flasche auf sein Gaststättendach erkannt wurde und Mitarbeiter des Imbisses beleidigt hatte. Ob sie in dem Bedrohungsszenario gegen die weiter unten beschriebene Familie B. involviert waren, kann hier nicht belegt werden.

Situation in C

Mit der Festnahme der Tatverdächtigen habe sich die Lage in C beruhigt, betont ein Beamter des zuständigen *TOMEG*-Schutzbereiches: „*Wir haben da offenbar die Richtigen.*“ (F26)

Der Bürgermeister von C bremst hingegen den Optimismus des *TOMEG*-Mitarbeiters. So bemerke auch er, dass die gewalttätigen Zwischenfälle seitdem zurückgegangen seien, doch sehe er die Lage insgesamt nicht so positiv. Gerade unter Jugendlichen, auch bei Mädchen und jungen Frauen, seien auffällige Sympathien zur rechten Szene sichtbar.

Es gibt in C einen Jugendclub, der von einer Sozialarbeiterin betreut wird. Hier gäbe es zurzeit keine Probleme mit rechten Jugendlichen, „*da passen wir schon uff*“. (F13)

Der Bürgermeister schätzt die Arbeit an den Schulen als besonders wichtig ein. Dafür seien in C gute Voraussetzungen gegeben, gäbe es doch neben der Grundschule auch eine Gesamtschule im Ganztagesbetrieb. Hier könne besonders gut bereits prophylaktisch gearbeitet werden. Sehr gute vorbeugende Jugendarbeit würden darüber hinaus die lokalen Vereine anbieten. In C gibt es derzeit 22 Vereine, der größte ist derzeit der Fußballverein. Die Vereine würden auf ihr Image achten und versuchen, ein Zeichen gegen Rechtsextremismus zu setzen. Als ein Beispiel dieser konsequenten Praxis betont er den bereits erwähnten Vereinsverweis. Auch erwähnt er, dass bereits zwei jugendliche Spätaussiedler im Verein seien und damit erste wichtige Schritte Richtung Integration stattgefunden hätten.

In einer ehemaligen Offizierssiedlung in C leben derzeit ca. 150 Spätaussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion. Anfängliche Versuche der Gemeindeverwaltung, diese zu kommunalen Veranstaltungen einzuladen, hatten nur mäßigen Erfolg. Darum sei man nun dazu übergegangen, die Betreuung und Beratung direkt in der Siedlung anzubieten. Dies habe den Vorteil der kurzen Wege und der vertrauten Umgebung, und nun werde das Angebot gut angenommen. Zum Beispiel wird den Spätaussiedlern an zwei Wochentagen bei der Bearbeitung von Formularen und sonstigem Schriftverkehr geholfen.

Die klare Positionierung des Bürgermeisters gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus hat sich bei ihm auch durch Vorfälle vor ca. drei Jahren bestärkt. Damals sei Herr B., ein Bürger des Ortes, der in Moskau studiert und dort seine russische Frau kennen gelernt hatte, massiv von rechtsradikalen Jugendlichen bedroht worden, seine Kinder seien angegriffen und misshandelt worden. In einem Gespräch schildert Herr B. seine Erfahrungen und auch seine Ideen für zivilgesellschaftliches Engagement in C.

Besonders schlimm sei für ihn gewesen, keine Unterstützung von Nachbarn zu erfahren. Das Wegschauen oder gar versteckte Sympathie mit den Tätern machten ihn zunächst ratlos. Auch die Versuche, mit den jugendlichen Neonazis oder mit ihren Eltern zu sprechen, scheiterten.

Inzwischen engagiert er sich als Mitglied der Initiative *Pro C*, ein *Haus des Bürgers und der Vereine* zu eröffnen. Hier soll sich zivilgesellschaftliches Engagement in Ausstellungen, Veranstaltungen und Diskussionsforen artikulieren, es soll ein Treffpunkt werden für einen *Dialog der Generationen* oder, mit anderen Worten: „*Man muss sich engagieren und was tun - es gibt viele Gleichgesinnte, auch in C.*“ (F13)

Verbindung der rechten Szene zwischen C und der Nachbarstadt D

Die gebietsübergreifenden Aktivitäten der lokalen Neonazi-Szene fassen Beobachter der Situation wie folgt zusammen:

In unserem Bereich liegt der Schwerpunkt momentan in D. Der Personenkreis von C hat enge Kontakte mit denen gehabt. (F26)

Ich persönlich ordne die Ereignisse, wie sie in C gewesen sind, durchaus inhaltlich den Sachen zu, die hier in D laufen, weil das dort eigentlich parallel gelaufen ist mit innerer Stärkung der Naziszene hier in D - und es wurden auch verstärkt Neonazis aus C auf den Demos gesehen. (F14)

Die Masse der rechten Leute, der rechten Szene, die leben in D, die dort auch recht offen auftreten. (F26)

Die Nachbarstadt hat bereits seit den frühen 1990er Jahren ein Problem mit rechtsradikalen Jugendlichen und militanten Neonazis. Durch die Arbeit verschiedener antifaschistischer Initiativen, durch die Gründung eines *Forums gegen Rechtsextremismus und Gewalt*, aber auch durch Verhaftung einzelner Schlüsselpersonen durch die Polizei oder deren Tod durch einen Autounfall wurden diese allerdings immer wieder in ihrem Ausbreiten gebremst.

Durch unsere Arbeit gelang es uns eigentlich in den letzten fünf Jahren, das bis auf einen kleinen Bodensatz von ein bis zwei Hand voll Unverbesserlichen einzudampfen. (F14)

Vor einigen Monaten wurde allerdings der für fünf Jahre verurteilte Pascal S. aus dem Gefängnis entlassen. Er war verurteilt worden, weil er im Jahr 1997 bei einem besonders brutalen Überfall auf eine Punk-Band einen Musiker schwer verletzt hatte:

Angefangen hat das eigentlich wieder, als (Pascal) S. aus dem Knast raus kam. Der hat die alten connections wieder reaktiviert, die haben wieder Aufwind bekommen, haben neues Selbstbewusstsein bekommen und haben dadurch eben auch nach außen eine stärkere Attraktivität. (F14)

Das aktive rechtsradikale Personenspektrum besteht in D derzeit, laut Einschätzungen eines Polizeibeamten, aus zwanzig von der *TOMEG* erfassten Personen. Darüber hinaus gibt es einen Kreis von rechtsradikalen Jugendlichen,

die wir gelegentlich wegen Sachbeschädigung und so aufgegriffen haben, das sind bestimmt noch mal so 50 Jugendliche drum herum, also das ist schon eine relativ hohe Zahl. (F26)

Dieses Anwachsen einer rechtsextremen Jugendsubkultur in der Nachbarstadt fand u. a. seinen Ausdruck in mehreren rechtsextremen Demonstrationen zu Beginn des Jahres 2004. Immer wieder wurden zudem „*alternative Jugendliche von Rechtsradikalen in und vor der*

Diskotheek ... angegriffen“.³⁶ Dabei spielt die Auseinandersetzung um Orte und Treffpunkte eine wichtige Rolle. Ein besonders neuralgischer Ort scheint das Wohngebiet *Lerchenhöhe* (Name verändert) darzustellen. Hier wohnt die Hälfte der Bevölkerung, hier gab es in der letzten Zeit die meisten Auseinandersetzungen zwischen rechtsradikalen Jugendlichen und z. B. jugendlichen Spätaussiedlern.

Resümee und Ausblick

Der Brandanschlag auf das Imbissbistro hat für den Betreiber Herrn K. nach eigenen Aussagen die Unsicherheiten verstärkt, ob er weiterhin in C ein Imbissbistro betreiben kann und will. Versuche, sein Ladenlokal zu verkaufen, sind allerdings bisher gescheitert. Herr K. vermutet einen Zusammenhang mit dem Anschlag. Auch die lokalen Stammgäste würden weniger häufig bei ihm zum Essen kommen, weil der Imbiss in der Kleinstadt nun den Ruf eines gefährlichen Ortes habe. Unter Berücksichtigung aller Fakten scheint der Kundenrückgang allerdings in einem anderen Zusammenhang zu stehen: Die Angehörigen der Angeklagten, von denen sich aufgrund der Prozessbeobachtung sagen lässt, dass sie in der Stadt eine starke soziale Position und viele Kontakte haben, haben das Verfahren sehr engagiert begleitet und sich im Vorfeld in C um Entlastungszeugen bemüht. Im Gerichtssaal wurde ein Angehöriger mit dem Satz zitiert: *„Und so einer (gemeint war Herr K.) bringt unsere unschuldigen Kinder in den Knast.“* Es ist davon auszugehen, dass sich in der Stadt seit den Verhaftungen eine Stimmung verbreitet hat, die aus Loyalität zu den Angehörigen oder aber aus vermeintlicher Unparteilichkeit zu einer Distanzierung von Herrn K. führte.

Am sozialen Klima in C scheint der Anschlag ansonsten wenig verändert zu haben. Die Initiativen öffentlicher und kommunaler Solidarisierung mit dem Opfer waren engagiert aber kurzlebig und nach außen hin wenig sichtbar. Die Besuche von Schulklassen und städtischen Delegationen scheinen temporäre Ereignisse gewesen zu sein. Fraglich bleibt, ob der kurze Kontakt zwischen Herrn K. und anderen BürgerInnen als seiner kleinen Stammkundschaft zu einer intensiveren und persönlicheren Wahrnehmung und z. B. zu Einladungen zum lokalen Gewerbeverein oder anderen kommunalen Gremien führt. Positiven Effekten der Solidarisierung steht zudem die beschriebene Stimmungsentwicklung bei Teilen der Einwohnerschaft negativ gegenüber. Bei einer Verurteilung könnte sich die Situation für Herrn K. paradoxer Weise sogar verschlechtern, weil er in den Augen dieses Teils der Bevölkerung vom Opfer des Anschlags zum Schuldigen am Schicksal der ‚eigenen Leute‘ würde.

³⁶ Diese in einem Industriegebiet liegende Diskothek war immer wieder Ort von Übergriffen rechtsradikaler Jugendlicher.

Durch die Festnahme der drei mutmaßlichen Täter scheint die lokale rechtsextreme Jugendszene einen herben Verlust auch an Aktionsfähigkeit erfahren zu haben. Für die Initiative zur Schaffung eines *Hauses des Dialoges und der Kulturen* könnte diese relative Ruhe nun auch eine Bestätigung für die Notwendigkeit dieses Kommunikationsortes und des weiteren gesellschaftlichen Engagements darstellen. Wünschenswert wäre zudem eine engere Zusammenarbeit nicht nur der örtlichen, sondern auch der überlokalen Initiativen. Der Weg nach D (und umgekehrt) sollte nicht nur für die Rechtsradikalen zur Stärkung ihrer Strukturen selbstverständlich sein.

1.4 Resümee

Die hier vorgestellten Beispiele zeigen verschiedene Handlungsmöglichkeiten auf, die in den Kapiteln 4 und 5 noch eingehender betrachtet werden. Auch wenn die Bedingungen und Situationen von Kommune zu Kommune unterschiedlich und sehr spezifisch sind, so gibt es doch einige Übereinstimmungen:

In allen drei Beispielen wurden die Brandanschläge von Mitgliedern der rechten Szene verübt. Die Brandanschläge sind darüber hinaus im Zusammenhang mit anderen Formen von Fremdenfeindlichkeit zu sehen. Bis auf die Familie V. in Fallbeispiel A berichten alle Geschädigten von fremdenfeindlichen bzw. rechtsextremen Übergriffen, die vor den Brandstiftungen stattfanden und in zwei Fällen bereits auf den gleichen Täterkreis zurückgingen.

Von Seiten der kommunalen Verantwortlichen folgte der Tat umgehend die Solidarisierung mit den Opfern und ein entsprechender Aufruf an die Bevölkerung zur Unterstützung. Diese Reaktion ist ein wichtiges Signal nicht nur für die Opfer, sondern auch gegenüber den Tätern und ihren SympathisantInnen. Die Schritte, die dieser ersten Solidarisierung folgten, fielen sehr unterschiedlich aus. Auffallend ist an allen drei Beispielen, dass nach der Unterstützung der Imbissbetreibenden als Opfer der Anschläge keine weitere aktive Integration in das Gemeinwesen erfolgte, z. B. durch Einladungen zu den Treffen der Gewerbetreibenden, zu Initiativen gegen Fremdenfeindlichkeit oder zu kulturellen Aktivitäten. Das heißt, dass sich über die kurze Zeit des Engagements für die Zugewanderten als Opfer an deren grundsätzlich randständiger sozialer Situation nichts geändert hat. Ohne das Engagement für die Opfer in einem der hier geschilderten Fälle schmälern zu wollen, scheint uns gerade die nachhaltige Verbesserung der sozialen Position der zugewanderten Imbissbetreiber zentral zur Vorbeugung solcher Gewaltakte zu sein, wie wir im Folgenden zeigen werden.

2 *Doing business in dangerous places* - oder: zugewanderte Imbissbetreiber als Raumpioniere

In diesem Kapitel geht es darum, die spezifischen Geschäfts- und Existenzbedingungen in einer für die BetreiberInnen gefährlichen Umgebung zu beleuchten. Es wird zunächst die Begriffs- und Theoriebildung für den Bereich der von MigrantInnen geführten Gewerbebetriebe skizziert. Die sozialwissenschaftlichen Positionen unter dem Stichwort *Ethnische Ökonomie* sollen am konkreten Beispiel solcher Unternehmen in Brandenburg überprüft werden.

Als Grundlage für diese Studie wurden alle Döner- und Asia-Imbissbetriebe in den Städten der bereits dargestellten Fallbeispiele befragt. Weiter wurden Betriebe rund um Berlin in unterschiedlichen Ortslagen nach den Kriterien unterschiedlicher sozialräumlicher Strukturen und der Entfernung zur Großstadt ausgesucht.

In den insgesamt 29 Interviews mit Angestellten und/oder BetreiberInnen von Imbissbetrieben spiegelt sich aufgrund der geringen Fallzahl keine statistisch verwertbare Größe wider. Die Ergebnisse geben aber einen guten Einblick in die Lebenssituation der Befragten, und es lassen sich Aussagen ableiten, die allerdings in einer umfassenderen Studie zu überprüfen wären.

Fragen wurden gestellt zu Herkunft und Berufsbiografie, der allgemeinen sozialen Situation, der Zusammensetzung der Kundschaft, den sozialen Kontakten und der Einbindung im Ort, den Erfahrungen mit Fremdenfeindlichkeit und den Umgang damit, den Erfahrungen mit Polizei und Behörden und zur Versicherungssituation. Auf dieser Datengrundlage konnte eine höchst interessante, heterogene und komplexe Welt von Kleingewerbetreibenden, oft am Rande des Existenzminimums, abgebildet werden.

In der Mehrzahl der Befragungen gab es eine Übersetzung. Die Gespräche fanden dann meist im Wechsel zwischen Deutsch und Muttersprache statt. Die Auskunftsbereitschaft war sehr unterschiedlich. Neben Freude über unser Interesse begegneten wir auch Vorsicht und Misstrauen. Oft gab es Hinweise darauf, dass unsere Fragen sehr zurückhaltend beantwortet wurden. Um quantifizierbare Ergebnisse zu erhalten, wären weitere Gespräche notwendig gewesen. Da das im Zeitrahmen dieser Studie nicht möglich war, wird auf eine Quantifizierung in der Auswertung weitgehend verzichtet. Die Auszählungsergebnisse, die im Text angegeben werden, sollen der Orientierung dienen und müssen mit der beschriebenen Einschränkung bewertet werden. Einige Interviewpassagen bzw. uns berichtete

Begebenheiten werden unter verschiedenen Gesichtspunkten betrachtet und somit mehrmals erwähnt.

2.1 Begriffsbildungen

Wer sich mit dem Bereich der von ZuwandererInnen betriebenen Imbissbuden beschäftigt, wird schnell große Schwierigkeiten mit den gängigen Begriffsbildungen bekommen. Die umgangssprachlich üblichen Formulierungen orientieren sich zumeist am angebotenen Produkt wie *Döner(-Kebab)*, *Asiapfanne* oder *Gyros*. Verbreitet ist ebenso die Bezeichnung *ausländische Imbissbetreiber*, die mehr über die Fremdwahrnehmung aussagt, als über die so bezeichneten Personen, deren tatsächliche Nationalität oder konkreten Migrationshintergrund. Ebenso verbreitet sind die mit oft pejorativem Klang unterlegten Zuordnungen der ImbissbetreiberInnen zu Ländern und Weltregionen im Kontext mit rassistischen Klischees (,Chinamänner', ,beim Türken' ...).³⁷

In dieser Recherche beziehen wir uns auf die sozialwissenschaftlichen Topoi der *ethnischen Ökonomie*.³⁸ Dies geschieht weniger aus Übereinstimmung mit dieser Konzeption, denn aus Gründen sprachlicher Vereinfachung und wissenschaftlicher Anschlussfähigkeit, da unter diesem Begriff ein Großteil der relevanten sozio-ökonomischen Forschungsfelder angesiedelt ist. Wahlweise wird allerdings auch auf die Form des Betriebes (Bude, Container oder Bistro) bzw. auf die am Einzelfall orientierte Migrationsbiographie zurückgegriffen. Am überzeugendsten erscheinen uns hier Formulierungen, die Zuwanderungsbegriffe beinhalten, auch um damit ein weniger gespreiztes und missverständliches Konzept zu favorisieren.

³⁷ Auch von BetreiberInnenseite wird mitunter dieses Ethno-Camouflage betrieben, die meisten China- oder Hong-Kong-Imbisse beispielsweise werden von Menschen aus Vietnam betrieben..

³⁸ Die breitere Einführung der Begriffe *Ethnos*, *Ethnie* und *Ethnizität* lässt sich vereinfacht wissenschaftshistorisch auf den sog. *cultural turn* der 1970er Jahre im angloamerikanischen Raum bzw. der 1980er Jahre in Deutschland verorten. Die Begriffsbildungen rund um die Ethnie gehen bis weit in das 18. Jahrhundert zurück und referieren hier vor allem auf in Deutschland geführte Diskussionen einer frühen Anthropologie und Volkskunde. In den USA wurde nach WILLIAMS (1983:119) der für unverfänglicher gehaltene Ethnizitäts-Begriff im Vergleich zur 'Rasse' als Herkunfts- und Identitätskategorie eingeführt. „*Ethnics came to be used as what was described in 1961 to find a polite term for Jews, Italians and other lesser breeds.*“ (S. 119) Seit dieser Zeit erlebten begriffliche Derivate rund um die Ethnizität allerdings eine geradezu steile Karriere. Zusammengefasst lassen sich hinter den begrifflichen Spielarten der Ethnos-Semantiken zwei Strategien feststellen: a) die Ablehnung kultureller Differenz und b) der Kampf um soziale Anerkennung. Geht der frühe Ethnos-Begriff noch auf die Behauptung mangelnder zivilisatorischer Entwicklung und kultureller Reife ,anderer' Völker, Stämme und sonstiger tribalisierter Gruppen zurück, dient er seit den 1980er Jahren zunehmend oft einzelnen Eliten dieser kulturchauvinistisch stigmatisierten Bezugsgruppen für eine Identitätspolitik der kollektiven Selbstversicherung. Beide strategischen Setzungen bestehen aber aus der Annahme kultureller Essentialismen und Kerneigenschaften von wie auch immer lokalisierbaren Abstammungsgemeinschaften und Herkunfts- oder Merkmalskollektiven. Soziale Kategorien werden durch kulturalisierte Aussagen über Gruppen oder einzelne Akteure ersetzt.

Wissenschaftlicher Hintergrund: Stichwort *Ethnische Ökonomie*

Das in verschiedenen sozialwissenschaftlichen Disziplinen vertretene, stark angloamerikanisch geprägte Konzept der sog. *ethnischen Ökonomie* wurde in Deutschland u. a. durch das *Berliner Institut für vergleichende Sozialforschung* mit dem dort angegliederten *Europäischen Migrationszentrum* aufgegriffen und popularisiert. Nach Aussagen des Institutsmitarbeiters und Spezialisten für diesen Bereich, Ahmed Ersöz, ist der Begriff für die Forschung in Deutschland lediglich als Arbeitsbegriff zu verstehen. Eine Begrifflichkeit, die der Komplexität des Gegenstandes gerecht wird, sei noch nicht gefunden. So würden auch andere Begriffsbildungen wie beispielsweise *Migrantenökonomie* oder *Unternehmen mit Migrationshintergrund* leicht von dem Umstand ablenken, dass viele der sog. MigrantInnen hier geboren und aufgewachsen sind. (F32)

Das Konzept der *ethnischen Ökonomie* wird in der deutschsprachigen Literatur paradigmatisch durch vier Grundannahmen (HILLMAN, 1998: 4)³⁹ gekennzeichnet:

- eine vertikale (Logistik, Vertrieb) und horizontale (Filialen) Vernetzung der Unternehmen
- die vorrangige Beschäftigung von Angehörigen derselben Herkunft
- die Zielgruppe ist die jeweilige *community*
- die kontinuierliche Mitarbeit von Familienangehörigen

Migrantische Enklaven, so wird angenommen, funktionieren als eine ‚Ersatzumgebung‘, in der soziale Netzwerke auf der Solidarität innerhalb der *community* aufbauen und somit eine der Grundlagen der *ethnischen Ökonomie* bilden. Die Orte dieses Wirtschaftens werden als Vehikel des sozialen Aufstieges von MigrantInnen angesehen. Sie könnten für Zuwanderergruppen zu einem Katalysator der ökonomischen Integration in die sog. Aufnahmegesellschaft werden.

Das Konzept der *ethnischen Ökonomie* bezieht sich außerdem auf die räumlichen Komponenten einer Clusterbildung von Unternehmen (HILLMAN, 1998: 4)⁴⁰. Stadtteilbezogene Untersuchungen (Hamburg, Berlin) betonen deren Lokalisierung in *community*-Strukturen.

In ökonomisch orientierten Untersuchungen wird darauf verwiesen, dass diese MigrantInnenökonomie mittlerweile ein volkswirtschaftlich relevantes Volumen erreicht hat. Die Selbständigkeit von ‚Ausländern‘ nehme in dem Maße zu, wie die Chancen auf

³⁹HILLMAN, FELICITAS (1998): *Türkische Unternehmerinnen und Beschäftigte im Berliner Ethnischen Gewerbe*. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

⁴⁰Dies bekommt eine besondere Bedeutung bei der hier zu beobachtenden Pendlermobilität migrantischer Gewerbetreibender von Berlin nach Brandenburg.

Lohnarbeit sinken. Hier wird die besondere Rolle der *ethnischen Ökonomie* als Überlebensstrategie unter veränderten, post-fordistischen Produktionsbedingungen deutlich.⁴¹ In der Literatur zur *ethnischen Ökonomie* wird darüber hinaus betont, dass Unternehmensgründungen oft problematisch sind, da es keine oder nur ungenügende Kenntnisse über die Rechtslage, das Steuersystem oder zumindest über unterstützende Institutionen gibt.

2.2 Betriebe der *ethnischen Ökonomie* in Brandenburg

Diese kurze Darstellung des aktuellen Standes der Forschung im Bereich *ethnischer Ökonomien* zeigt deutlich die Wahrnehmungslücken und die Probleme für eine Analyse im suburbanen oder kleinstädtischen Raum vor allem Ostdeutschlands auf. Hier kann weder von der Existenz umfassender *community*-Strukturen noch von einer Clusterbildung durch vertikale oder horizontale Organisation ausgegangen werden. Oft sind die BetreiberInnen die einzigen ‚Ausländer‘ vor Ort, und ihre Betriebe erscheinen weniger als Katalysatoren der Integration in die lokale Gesellschaft, sondern eher als Kristallisationspunkte der Exklusion und der fremdenfeindlichen Gewalt.

Imbiss-Typologie

Der Kulturwissenschaftler von Wetzlar unterscheidet in seinem 2003 veröffentlichten Band *Urbane Anarchisten - Die Kultur der Imbissbude*⁴² drei unterschiedliche Typen von Imbissbetrieben: den *nativen*, den *entwickelten* und den *definitiven* Typ. Der Autor trifft diese Einteilung in erster Linie nach dem Erscheinungsbild der Stände. Die entworfene Entwicklungslinie verweist vom Straßenverkauf in der Garküchentradition Asiens, über erste Ansätze einer beständigeren Lokalisierung, bis hin zu festen Betriebsorten in einem festen Gebäude.

Im Rahmen dieser Studie haben wir uns wenig an dieser entwicklungstheoretischen Typologie orientiert, sondern an der baulichen Beschaffenheit, die maßgeblich Arbeitsbedingungen, Status und wirtschaftliche Möglichkeiten der BetreiberInnen beeinflusst. Es werden *Buden*, *Container* und *Bistros* unterschieden:

Bude: Ein auf Wochenmärkten und Straßenfesten üblicher, mobiler Verkaufsstand oder temporär feststehender Verkaufswagen; oft werden die Wagen umgebaut, überdacht, eingezäunt.

⁴¹ Viele der heute in Berlin und Brandenburg in Unternehmen der *ethnischen Ökonomie* Beschäftigten arbeiteten bis zum Ende der 1980er Jahre noch in industriellen Produktionsbetrieben West-Berlins und der DDR.

⁴² VON WETZLAR, JON (2003): *Urbane Anarchisten - Die Kultur der Imbissbude*. Berlin

Container: Ein feststehender, ausgebauter Verkaufsstand, meist aus Metall, ähnlich einem Frachtcontainer, mitunter tatsächlich ein solcher.

Bistro: In festen Gebäuden lokalisiert, kann dort nur eine Nische oder aber den ganzen Raum einnehmen. Hier wird der Übergang zum Restaurant unklar. Kriterien sind der Tresen, die Selbstbedienung und der Charakter einer offenen Küche.

Bei sämtlichen Typen handelt es sich um höchst dynamische Erscheinungen. Viele BetreiberInnen bauen ständig an ihrem Betrieb. Das Ziel scheint immer ein Restaurant zu sein, zumindest wurde uns die Imbissbude als Übergangsform auf dem Weg zur Verwirklichung des Wunsches von der eigenen Gaststätte geschildert.

Standorte

Die Standorte von Imbissbetrieben sind abhängig von der kommunalen Genehmigungs- und Zuweisungspraxis von Sondernutzungsrechten im öffentlichen Raum. Wo ein Imbisswagen oder -container aufgestellt werden kann, hängt von vielen unterschiedlichen Faktoren ab (siehe Kapitel 5 zur Versicherungsproblematik). Die Hypothese, dass Stellplatzgenehmigungen für Döner- und Asia-Imbisse nach anderen Kriterien vergeben werden als für Imbisse mit traditionelleren Angeboten, hat sich nicht bestätigt. Es gab zwar einige BetreiberInnen, die bei der Stellplatzsuche Probleme hatten, dabei handelte es sich aber immer um Probleme mit privaten GrundstückseignerInnen. Allgemein lässt sich sagen, dass die häufige Randständigkeit der Buden und Container mit der randständigen Lage von Einkaufszentren zusammenhängt, die wegen des Publikumsverkehrs in den Geschäftszeiten als wirtschaftlich gute Standorte gelten. Nach Geschäftsschluss sind die Plätze in der Regel völlig unbelebt und die Imbisse ungeschützt. Das gleiche gilt häufig für Bahnhofsvorplätze.

Auch tagsüber gibt es in den Wagen und Containern wenig Schutz, mangels Rückzugsräumen sind die Beschäftigten dort Beleidigungen und anderen Angriffen offen ausgeliefert. Kurzfristig kann man sich einer Bedrohungssituation nur durch Verlassen des Imbisses entziehen, langfristig nur durch die Aufgabe des Betriebes. Deswegen kommt dem Verhalten des sozialen Umfeldes große Bedeutung zu. Eine unterstützende Umgebung, die Schutz bietet wie die *Migranten-communities* in den großen Städten, gibt es in der Regel nicht. Die Wichtigkeit des Umfeldes verdeutlichte ein Betreiber in seinem Bericht über die Erfahrungen in einer Stadt, die eine große, gewaltbereite rechtsradikale Szene hat. Privat sei er mehrfach angegriffen worden, seinem Imbisswagen sei aber nie etwas passiert und bei der Arbeit habe er auch immer Ruhe gehabt, weil auf dem Gelände ein Haus gestanden habe, in dem alternative Jugendliche wohnten, die sozusagen als ‚Schutzmacht‘ respektiert wurden. (I 18)

Verbreitung

Eine zunächst als einfach angesehene empirische Frage hat sich im Verlauf der Arbeit als Problem erwiesen, nämlich einen zuverlässigen und vollständigen Überblick darüber zu bekommen, wie viele von MigrantInnen betriebene Imbisse in den untersuchten Landkreisen angesiedelt sind und wie ihr proportionales Verhältnis zu ‚deutschen‘ Betrieben ist. Angestrebt war eine flächendeckende Erfassung mit dem Ziel einer Kartierung zur Interpretation sozialräumlicher Lagen und regionaler Standortfaktoren. Es hat sich aber als schwierig herausgestellt, vollständige Listen der Imbissbetriebe und ihrer InhaberInnen zu bekommen.⁴³

Zudem waren Aussagen über die Nationalität bzw. den Migrationshintergrund der BetreiberInnen aus den Listen der Lebensmittelaufsicht, die uns zur Verfügung gestellt wurden, nicht sicher abzuleiten. So muss ein Döner-Imbiss nicht in jedem Fall türkische oder kurdische BetreiberInnen haben. In mehreren Fällen begegneten wir von Deutschen betriebenen Döner-Imbissen. Somit sind die angegebenen Zahlen mit Einschränkungen zu betrachten. Die Auszählung einer Betreiberliste der Lebensmittelaufsicht des Landkreises von Fallbeispiel A⁴⁴ ergibt 26 Einträge, die Betreiber mit Migrationshintergrund vermuten lassen, bei insgesamt 70 Imbissbetrieben.. Im Landkreis von Fallbeispiel B stehen 33 Imbissen von BetreiberInnen mit angenommenem Migrationshintergrund 100 ‚deutsche‘ Betriebe gegenüber. Im Landkreis von Beispiel C werden von der dort zuständigen Lebensmittelaufsicht 34 Imbisse ‚ausländischer‘ Betreiber aufgeführt ohne vergleichbare Zahlen der ‚deutschen‘ Imbissbetriebe. Leider wurden uns von einem vierten Landkreis, in dem wir im Umland von Berlin auch diverse ImbissbetreiberInnen befragten, keine Listen zur Verfügung gestellt.

Vertikale Vernetzung und Logistik und Zustand der Imbissbetriebe

Die Zuliefererstrukturen der Imbissbetriebe sind stark am Berliner Angebot ausgerichtet. Oft fahren die BetreiberInnen in ihrer Freizeit und am Wochenende in die Großstadt, um dort

⁴³ Von der *Industrie- und Handelskammer IHK* werden nur die Imbissbetriebe erfasst, die mindestens zwei Angestellte haben. Ein anderer Weg über die kommunalen Gewerbe- oder Ordnungsämter hat sich zwar als punktuell aufschlussreich, aber insgesamt als sehr zeitaufwendig erwiesen. Auf einer größeren organisatorischen Ebene werden alle Imbissbetriebe von den Kreisveterinärämtern, denen die Lebensmittelaufsicht obliegt, erfasst. Die Veterinärämter erhalten ihre Informationen von den städtischen Gewerbeämtern bzw. bei Planungen auch von den Bauämtern. Immerhin konnten so dank des Engagements einzelner SachbearbeiterInnen Listen für die Untersuchung herangezogen werden. Andernorts wurden uns solche Listen mit dem Verweis auf den

⁴⁴ Stand aller Listen: Sommer 2004

Einkäufe für den laufenden Betrieb zu tätigen.⁴⁵ Auch die Zulieferer haben sich seit 1990 auf diese großräumigere Situation eingestellt. (F27) Der jeweilige ökonomische Vernetzungsgrad der 29 Befragten variiert stark, einfache Zuordnungen gemäß der Herkunft der Geschäftsinhaber, wie im Konzept der *ethnischen Ökonomie* unterstellt, lassen sich nicht bestätigen. Nur einzelne der aufgesuchten Betriebe waren Filialen einer Imbisskette oder eines Betreibers mit mehreren Geschäftsstandorten.⁴⁶ Bei der Mehrheit der Imbissbetriebe, die wir befragten, handelte es sich um Einzelunternehmen.⁴⁷

Vor allem vietnamesischen Geschäftsleuten wird ein hohes Maß an „*unternehmerischem Einsatz bei bescheidenen Lebensverhältnissen*“ und „*sehr geringem*“ Anfangskapital attestiert.⁴⁸ Verallgemeinerbare Aussagen zum ökonomischen und finanziellen Hintergrund der BetreiberInnen lassen sich aber nicht machen. Auch bei vietnamesischen Gewerbetreibenden variiert der Imbisstyp zwischen Bude, Container und Bistro je nach persönlichen Ressourcen und biographischen Entwicklungspfaden der jeweiligen InhaberInnen.

Herkunft der ImbissbetreiberInnen

Sämtliche BetreiberInnen der zehn untersuchten Asia-Imbisse hatten einen nordvietnamesischen Herkunftshintergrund. Mehrere waren, meist in den 1980er Jahren, bereits in der DDR als VertragsarbeiterInnen beschäftigt.⁴⁹ Sie arbeiteten in den großen Produktionszentren Ostberlins, aber auch in den Textil- und Elektrogerätefabriken von Karl-Marx-Stadt und Gera. Mit der sog. Wende war ihr Status plötzlich ungeklärt. Die Bundesregierung strebte die schnelle Rückführung aller VertragsarbeiterInnen an. Mit politischem Druck konnte jedoch für die Bleibewilligen eine Aufenthaltserlaubnis und die Erteilung von Gewerbe genehmigungen erreicht werden. Danach betätigten sich viele zunächst als HändlerInnen in der Textilbranche, begannen aber auch bald, sich im Bereich der Schnellimbisse zu etablieren.

Bei den türkischen und kurdischen BetreiberInnen ist die Gründungsmotivation nicht so zu verallgemeinern. Ein Teil war bereits in Westberliner Fabriken und Montagezentren

⁴⁵ Dies konnte bei Besuchen in vor allem von vietnamesischen Geschäftsleuten frequentierten Großmärkten wie beispielsweise dem *Asia-Business-Center* in der Berliner Rhinstraße und der Storkower Straße beobachtet werden. Siehe F 25

⁴⁶ Läden einer Imbisskette: Imbiss 9, Imbiss 14

⁴⁷ Wie weit ein Franchise-System einzelnen Betrieben zugrunde liegt, kann nur vermutet werden.. Eine große Berliner Döner-Produktion scheint zunehmend auf dieses Konzept zu setzen. Sie will ihre neuen Verkaufsbetriebe in Polen nach diesem System an polnische PartnerInnen vermitteln.

⁴⁸ F 32: „*Der hohe persönliche Einsatz der vietnamesischen Betreiber ermöglicht das Überleben, sonst nichts.*“

⁴⁹ Vietnamesische Vertragsarbeiter in der DDR gab es seit den frühen 1980er Jahren. Waren es zunächst lediglich 3.000-4.000 ArbeiterInnen, so wurde das Kontingent bis zum Ende der 1980er Jahre auf nahezu 60.000 Menschen aufgestockt.

beschäftigt. Mit der Schließung, Umstrukturierung und Verlagerung dieser Betriebe zu Beginn der 1990er Jahre wurden viele arbeitslos. Imbissbetriebe, welche ein geringes Startkapital erfordern, stellten auch hier die Möglichkeit der Existenzgründung dar. Im Land Brandenburg bot sich ein großer, aber auch unbekannter Markt.

In den wenigen Betrieben mit Angestellten kann davon ausgegangen werden, dass, wie in der Gastronomie verbreitet, diese Arbeitsverhältnisse oft prekär sind, das heißt Arbeitsverhältnisse ohne Verträge und entsprechende Sicherheiten, niedrige Löhne und unregelmäßige Arbeitszeiten. In einem der Fallbeispiele wurde ein Landsmann beschäftigt, der keinen Aufenthaltstatus und keine Arbeitserlaubnis hatte.

2.3 Soziale Verhältnisse: Imbissbetreiber, Kundschaft, Nachbarn

Als Ergebnis unserer Befragung lässt sich festhalten:

1. Asia- und Döner-Imbissbetriebe haben oft die soziale Funktion von Gaststätten bzw. Treffpunkten.
2. Die dort Beschäftigten sind aufgrund dieser Funktion mit sozialen Konflikten konfrontiert, denen sie oft verständnislos gegenüberstehen. Außerdem befinden sie sich in einer widersprüchlichen Situation: Ihre Dienstleistung ist zentral und bedeutend, sie selbst als Personen werden aber nur bedingt akzeptiert und immer wieder fremdenfeindlich oder rassistisch abgewertet und aus dem sozialen Kollektiv ausgeschlossen.

Die Kundschaft, das Alkoholproblem und Ethno-Food

Die hassen uns und kaufen auch bei uns. Ich sage immer, wenn du uns hasst, brauchst du hier keinen Döner und auch kein Bier kaufen. Da ist ein deutscher Laden, geh mal da hin (zeigt auf die benachbarte Gaststätte). Trotzdem haben wir immer Schuld (lacht). Verkaufst du, bist du schuld, arbeitest du, bist du schuld, arbeitest du nicht, bist du auch schuld. (I 9)

Alkoholisierte Gäste sind für alle gastronomischen Betriebe eine Belastung. Bei einem islamisch geprägten Hintergrund kommt eine große kulturelle Distanz zum Alkoholkonsum und seinen Auswirkungen dazu. Werden z. B. in vielen türkischen Imbissen in Berlin keine alkoholischen Getränke zum Verkauf angeboten, kann ein Döner-Imbiss in Brandenburg ohne das Angebot von Bier und Spirituosen kaum existieren. Bei manchen Imbissen scheint gar der Verkauf von alkoholischen Getränken das ökonomische Standbein zu sein. Ein Imbissbetreiber in Strausberg, der keinen Alkohol mehr verkaufen wollte, erzählte: „*Ich wollte meine Ruhe haben, die sind aggressiv geworden. Ein Jahr hab ich kein Bier verkauft, aber ich bin nicht klargekommen.*“ (I 9)

Die enthemmende Wirkung von Alkohol begünstigt fremdenfeindliche Ausbrüche. Von Beschimpfungen, Bedrohungen und gewalttätigen Angriffen in Verbindung mit Alkohol wurde uns mehrfach berichtet.

Ja, Stress, so nach dem zweiten oder dritten Bier ist normal, viele Leute sind so. (I 9)

Wenn die natürlich bisschen trinken, dann zeigen sie dir ihr Gesicht. Am Anfang sind sie freundlich, aber wenn sie betrunken sind, dann fängt es schon an. (I 17)

Die schwache soziale Position der MigrantInnen als ‚Ausländer‘ begünstigt Zechprellerei, wie folgende Beispiele zeigen:

Ein Gesprächspartner berichtete von regelmäßigen Beleidigungen und Beschimpfungen am Arbeitsplatz wie z. B. *„geh nach Hause, das ist Deutschland hier;“* und ständigen *„Bemerkungen über Döner“*. Mittlerweile habe der Chef angeordnet, auch bei höheren Beträgen Zechpreller nicht mehr zu verfolgen, ein *„Auge zudrücken und das gehen lassen“*, weil dies zu gefährlich geworden sei. Erst vor ein paar Tagen, am späten Abend, da sei einer gekommen, *„isst, trinkt und geht weg“*. Er sei hinter ihm her gelaufen und habe versucht, ihn einzuholen: *„Er kommt mit so einer Tasche und er holt eine Kette raus,“* und habe versucht, ihn anzugreifen. Sein Chef habe ihm dann gesagt, er solle sich wegen 20 oder 50 Euro nicht in Gefahr begeben. (I 10)

Ein anderer Gesprächspartner berichtete von offenen Forderungen in Höhe von 400 Euro. Gerade am Ende des Monats ließe er häufig anschreiben, um keinen Ärger zu bekommen. (I 20)

Das Verhältnis zwischen Kundschaft und BetreiberInnen stellte sich in der Mehrzahl der Fälle als ambivalent dar. Das Dienstleistungsangebot wird in Anspruch genommen, Döner-Kebab und Asia-Pfanne gehören zum lokalen Speisezettel. Gleichzeitig gibt es die Ablehnung der GastronomInnen und Misstrauen gegen das Essen der ‚Ausländer‘. Es handelt sich hierbei nicht um harmlose Nörgeleien an Qualität und Provenienz der Gerichte. Konnten wir über die Bemerkungen einer Schülerin aus Rheinsberg noch schmunzeln, als diese betonte, dass sie kein Döner bei einem türkischen Anbieter esse, weil dort die Soßen nicht gekühlt würden und sie deshalb den ‚deutschen Döner‘ vorziehe, verliert diese Art Mythenbildung bei den Aussagen eines mittlerweile verurteilten Brandstifters völlig ihren humoresken Gehalt. Als Begründung dafür, dass er sich am Brandanschlag auf einen Asia-Imbiss beteiligt hatte, gab er u. a. die uneindeutige Zusammensetzung der dort verkauften Gerichte an.⁵⁰

⁵⁰ vgl.: Prozess gegen die Täter in Fallbeispiel A

Soziale Einbindung

Die Deutschen halten eben zusammen, die helfen nicht. (I 23)

In ländlichen Gebieten sind die Döner- oder Asia-Imbissbetreibenden in der Regel die einzigen ‚Ausländer‘ im Ort. Das Pendeln in Städte mit einer *community* ist deshalb weit verbreitet. Besonders betont wurden beispielsweise die Vorzüge des Wohnortes Neuruppin (und des Pendelns dorthin) aufgrund einer dort existierenden größeren vietnamesischen Zuwanderergemeinde. (I 20) Türkische und kurdische ImbissbetreiberInnen haben zumeist einen sozialräumlichen Bezug nach Berlin.

Die PendlerInnen unter den Befragten haben außer zur Kundschaft kaum Kontakte und keine freundschaftlichen Beziehungen im Ort.⁵¹ Aber auch von denen, die im Ort wohnen, wurden die Kontakte zu den NachbarInnen selten als zufrieden stellend oder gar als gut bezeichnet. Sechs Befragte sagten, dass sie deutsche Freunde hätten. Dabei handelte es sich mit einer Ausnahme um Kunden, zu denen ein freundschaftliches Verhältnis entstanden war.

Eine auffällige Ausnahme stellt ein kurdischer Betreiber dar, der in einer Kleinstadt südlich von Berlin lebt. Er sei vor sieben Jahren aus der Türkei direkt dorthin gekommen, betreibe seitdem Imbissbuden und fühle sich sehr wohl. Er betonte sein gutes Verhältnis zu den NachbarInnen, die auch den wesentlichen Teil seiner Kundschaft ausmachen würden. (I 15)

Auch ein anderer Döner-Kebab-Verkäufer bezeichnete seine nachbarschaftlichen Beziehungen als gut. Er lebe seit mehreren Jahren in einer größeren Stadt im nordwestlichen Brandenburg, zusammen mit einer deutschen Frau und den gemeinsamen Kindern. Erst an der Betonung, dass die Leute dort bis jetzt noch nicht aggressiv geworden seien („*bis jetzt noch nicht, bloß Sprüche*“), lässt sich ablesen, dass ihm das gute Verhältnis nicht als selbstverständlich erscheint und Beleidigungen auch für ihn alltäglich sind. (I 16)

Im Laufe der Befragungen lernten wir, skeptisch zu werden, wenn uns berichtet wurde, es gäbe keine Probleme mit Fremdenfeindlichkeit und alles sei gut. Kleinigkeiten machten hellhörig. So erzählten wir einem Betreiber, der für seinen Ort keinerlei Probleme angab, von Vorfällen, die wir von einem anderen Ort gehört hatten, woraufhin er lachte und sagte: „*Ja, da ist es noch schlimmer.*“ (I 8)

Dass die positiven Aussagen sehr relativ aufzufassen sind, zeigt auch folgendes Beispiel: Ein Interviewpartner ist mit seinem Betrieb mehrmals umgezogen und hat so Vergleichsmöglichkeiten. Er betonte, dass es an seinem jetzigen Wohnort gut sei. Im Laufe des Gesprächs wurde deutlich, an welchem Maßstab er die Situation misst. In der Stadt, in der

⁵¹ So Imbiss 8, Imbiss 22 und Imbiss 26, die alle betonen, wegen des Pendelns zum Arbeitsort keine oder nur sehr wenige Kontakte zur lokalen Bevölkerung zu haben.

er vorher lebte, sei er mit seiner deutschen Freundin („*Was bist du mit einem Türken zusammen?*“) vor einer Diskothek zusammengeschlagen worden. „*Sie sagten, ‚es ist Hitlers Geburtstag‘. Ich weiß doch nicht, wann Hitler Geburtstag hat.*“ Über seinen jetzigen, als gut empfundenen Wohnort sagte er: „*Ein bisschen Ärger ist normal. Wenn jemand sagt, ‚hey du Penner‘, sag ich zu ihm auch ‚du Penner‘. Das ist normal, da kann man nicht sagen, dass das gleich Nazis wären*“. An diesem Wohnort hat er aber zwei Brandanschläge erlebt und diverse andere Übergriffe. Die Tatsache, dass er im Ort viele deutsche Freunde hat, scheint seine schlechten Erfahrungen aufzuwiegen. (I 18)

Weit häufiger waren Aussagen über soziale Isolation und Ausgrenzung durch die Kundschaft oder NachbarInnen im Wohngebiet. Diese Erfahrung drückt sich in allgemeinem Rätseln über Unfreundlichkeit und fremdenfeindliche Ablehnung aus, wie dies beispielsweise ein türkischer Imbissverkäufer formulierte: „*Wir sind alle Menschen, warum sind Menschen so unfreundlich zueinander. Warum helfen die mir nicht?*“ (I 7) Wenn er nicht das Bedürfnis hätte, für Frau und Kinder einen finanziellen Rückhalt zu schaffen, würde er „*nicht eine Minute*“ in dem Ort bleiben.

Der Umgang mit Alkohol kann auch ein Grund für soziale Ausgrenzung sein. Wer nicht trinkt, ist vor allem unter Männern sozial nicht anschlussfähig. „*Ich wollte gerne etwas mit den Jugendlichen machen, aber die wollten nicht. Ich trinke nicht, aber die wollten immer trinken und kiffen.*“ (I 12)

Einer der wohlhabenderen Imbissbetreiber hat aufgrund der wiederholten schlechten Erfahrungen selbst kein Interesse mehr an Kontakten. Er berichtete, Kunden hätten ihn immer wieder unter Druck gesetzt, sie umsonst essen und trinken zu lassen. Mehrfach sei sein Auto, ein Mercedes, schwer beschädigt worden. Es gab zwei Brandanschläge auf seine Imbissbude, die beide Male komplett abbrannte. In keinem der Fälle hätte er Unterstützung bekommen. Stattdessen sei er von der Stadtverwaltung aufgefordert worden, für den Ersatz eines Baumes aufzukommen, der bei dem einen Brandanschlag zu Schaden kam. Dauernd werde bei ihm eingebrochen. An einen Einbruch könne er sich noch besonders gut erinnern. Im Frühjahr 1998 hätten die Täter Getränke, Ketchup, Soßen usw. auf dem Platz vor dem Container und dem benachbarten Supermarkt ausgeschüttet und verteilt. Es sei eine „*große Sauerei*“ gewesen. Wütend gemacht habe ihn aber vor allem der Leiter des Lebensmittelmarktes, der dann von ihm auch noch verlangt habe, er solle die Sachen wegräumen und den Platz sauber machen. Es seien auch immer wieder Hakenkreuze und *Ausländer Raus, Kanaken raus, Türken Raus* an die Fassade und die Tür gesprüht worden, und er sollte das auf eigene Kosten entfernen, hätte der Verpächter verlangt. Er habe sich geweigert, bis irgendwann das Amt die

Sachen gereinigt hätte. Diese Erfahrungen hätten ihn so frustriert und sauer auf den Ort gemacht, dass er keine Freundschaften mit Ansässigen hier oder mit seiner Ladenkundschaft schließen wolle. Er vertraue den Leuten aus der Gegend überhaupt nicht mehr und beschäftige nun auch keine Ortansässigen mehr, sondern hole Angestellte aus Berlin. (I 14)

In insgesamt drei Fällen wurde von gewalttätigen Angriffen außerhalb des Imbissbetriebes berichtet. Der eine ereignete sich auf der Straße, der andere bei einem Diskothekenbesuch. Im dritten Fall wurde eine Situation geschildert, die für die ganze Familie traumatisierend ist: Nicht nur bei seinem Arbeitsplatz, einem Imbiss auf einem Bahnhofsvorplatz *„ist es gefährlich, hier kann jederzeit abends irgend etwas passieren,“* erzählte ein Imbissangestellter. Schlimm sei auch die Situation in seinem Wohnviertel, eine S-Bahn-Station vom Imbissbetrieb entfernt. Seine Frau sei vom Hund der Nachbarin gebissen worden. Als sie mit der Polizei diese Frau zur Rede stellen wollte, hätte diese durch die verschlossene Wohnungstür gerufen: *„Die Kanaken, schickt die nach Hause! Die sollen nicht herkommen! Ihretwegen komm ich nicht runter!“* Die Lage mit den deutschen Nachbarn habe sich so zugespitzt, dass seine ganze Familie darunter leide: *„... und die Angst: So abends ab 18 Uhr dürfen die Kinder ohne Sicht von der Familie nicht raus.“* Er selber habe bereits drei Mal Angriffe mit *„Flaschen und Ketten“* erlebt. (I.10)

Neid wurde von einigen Befragten als ein Merkmal des sozialen Verhältnisses der Kundschaft und Nachbarschaft zu ihnen beschrieben. Ein Asia-Imbissbetreiber kauft sich z. B. nur alte Autos, aus Angst, die Leute könnten sonst *„Probleme machen“*. (I 19) Auch in dem oben geschilderten Fall berichtete der Betreiber vom Neid der Leute. Dass er einen Mercedes fährt, werde als Provokation empfunden. Es ist aber offensichtlich nicht so, dass jedem Unternehmer der Gewinn geneidet würde. Ein Mercedes gilt normalerweise als Statussymbol, weist den Besitzer als erfolgreich aus und steigert sein Ansehen. Sobald aber dieser nicht zum *Wir* gehört, wird ihm das Recht darauf streitig gemacht. Das Statussymbol wird zum Symbol ‚unrechtmäßig‘ angeeigneten Wohlstandes und deshalb zur Provokation. So geht es hier nicht um Neid, sondern um die Behauptung von Exklusivrechten gegenüber den aus der Anspruchsgemeinschaft Ausgeschlossenen.⁵²

⁵² *„Die Zugehörigkeit qua Geburt erfüllt regressive Sehnsüchte, weil sie dem Einzelnen psychisch und sozial nichts abverlangt. Die Zugehörigkeit begründet dann Ansprüche an wirtschaftliche und staatliche Gratifikationen, die nicht mehr an Leistung, Engagement und individuellen Einsatz gebunden sind. Diese Ansprüche sind exklusiv gemeint; andere, die Nicht-Deutschen, sollen die Verteilungsleistungen nicht erhalten.“* ERB, R. (1999: 2)

2.4 Resümee

Bei einer Ausländerquote von unter einem Prozent in den meisten brandenburgischen Ortschaften sind zugewanderte ImbissbetreiberInnen oft die einzigen sichtbaren ‚Ausländer‘ vor Ort. Es gibt keine großen *communities*, in die sie ökonomisch oder sozial eingebunden sein könnten. Die Grundvoraussetzungen, die dem Konzept der *ethnischen Ökonomie* zugrunde liegen, sind hier nicht zu finden. Auch die Annahme, die Selbstständigkeit der Zugewanderten könnte die soziale und ökonomische Integration beschleunigen, trifft hier nicht zu. Wie bei der Interviewauswertung in diesem Kapitel bereits gezeigt wurde (und im folgenden Kapitel noch eingehender gezeigt wird), handelt es sich hier eher um Kristallisationspunkte der Exklusion und der fremdenfeindlichen Gewalt, bedingt durch die sozial marginale aber gleichzeitig exponierte Position.

Das Verhältnis zwischen den BetreiberInnen und der Kundschaft ist sehr ambivalent. Die BetreiberInnen haben als ‚Fremde‘, noch dazu als Fremde aus kulturell abgewerteten Herkunftsländern, eine schwache soziale Position. Gleichzeitig bieten sie eine Dienstleistung an, die in vielen Ortschaften eine wichtige soziale Funktion als Treffpunkt und Kneipenersatz hat.

Die BetreiberInnen sind abhängig von einer Kundschaft, von der sie aufgrund ihrer Herkunft oft beleidigt werden, besonders unter Alkoholeinfluss. Für die Mehrheit der BetreiberInnen mit islamisch geprägtem Hintergrund ist Alkohol ein Konsumartikel und eine Droge, die sie selbst nicht konsumieren, aber aus ökonomischen Gründen verkaufen müssen.

Das Betreiben eines Döner- oder Asia-Imbisses bedeutet in Brandenburg ein hohes persönliches und ökonomisches Risiko. Die BetreiberInnen erscheinen in dieser sozial unwirtlichen, oft feindlichen Umgebung als wahre Raumpioniere, deren hohe Risikobereitschaft bei gleichzeitiger sozialer Marginalisierung bisher kaum gesellschaftlich anerkannt und gewürdigt wird.

3 Zur falschen Zeit am falschen Ort – Opfererfahrungen mit Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und rechtsextremer Gewalt

In der deutschsprachigen Literatur zum Thema *Viktimologie* finden sich bisher „lediglich vereinzelt Informationen auch über Opfer fremdenfeindlicher Gewalt“⁵³. Eine Ausnahme bilden hier die Arbeiten von Strobl (1998)⁵⁴ und Luzar (2002)⁵⁵.

Mit dem Themenschwerpunkt *Opferforschung* des vom Bielefelder Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung herausgegebenen *Journals für Konflikt- und Gewaltforschung* liegen nun allerdings mehrere Artikel vor, die eine gute Grundlage zur Thematisierung viktimologischer Fragestellungen bilden können.

Auf unterschiedliche Opfererfahrungen und Viktimisierungsformen verweisen Strobl, Lobermeier und Böttger⁵⁶ in einer Auswertung zweier qualitativer Studien über stellvertretende und kollektive Viktimisierungen. Die Autoren fragen hier, wie sich Taten „auf den Glauben der Opfer an eine sichere und berechenbare Welt“ auswirken, für die es „keinen anderen Grund gibt, als eine von dem Täter registrierte oder konstruierte Gruppenzugehörigkeit“.⁵⁷ Sie verweisen auf den nachhaltigen Effekt von Angriffen, bei denen die angegriffene Person nicht als Individuum wahrgenommen wird, sondern als Teil einer tatsächlichen oder imaginierten Gruppe gemeint ist. Denn es werden nicht nur die davon direkt Betroffenen, sondern „auch andere Menschen aus derselben Gruppe, demselben Milieu oder mit ähnlichen Merkmalen durch die Taten stark verunsichert“.⁵⁸ Auf diesem Hintergrund entfaltet rechtsextreme Gewalt ihre politisch funktionale Wirksamkeit, wie im nächsten Kapitel beschrieben wird.

An dieser Stelle sollen zunächst die Erfahrungen der befragten ImbissbetreiberInnen dargestellt werden, geordnet nach den Gesichtspunkten Täter-Opfer-Beziehung, Auswirkungen der Erfahrung auf die Opfer, Alltagsstrategien und Erfahrungen mit der Polizei.

⁵³ WILLEMS, HELMUT; STEIGLEDER, SANDRA (2003): *Jugendkonflikt oder hate crime? Täter-Opfer-Konstellationen bei fremdenfeindlicher Gewalt*. In: *Journal für Konflikt- und Gewaltforschung*, 1/2003, S. 5-28

⁵⁴ STROBL, RAINER (1998): *Soziale Folgen der Opfererfahrungen ethnischer Minderheiten*. Baden-Baden

⁵⁵ LUZAR, CLAUDIA (2002): *Fallstudie Henningsdorf: Eine Analyse rechtsextremer Gewalt aus der Opferperspektive*. Unveröffentlichte Diplomarbeit am OSI der FU-Berlin

⁵⁶ STROBL, RAINER; LOBERMEIER, OLAF; BÖTTGER, ANDREAS (2003): *Verunsicherungen und Vertrauensverluste bei Minderheiten durch stellvertretende und kollektive Viktimisierungen*. In: *Journal für Konflikt- und Gewaltforschung*, 1/2003, S. 29-48

⁵⁷ ebd.: (2003: 29)

⁵⁸ ebd.: (2003: 29)

Anschließend werden diese Erfahrungen auf dem Hintergrund der Untersuchungsergebnisse von Helmut Willems und Sandra Steigleder ausgewertet, die sie 2003 unter dem Titel *Jugendkonflikt oder hate crime? Täter-Opfer-Konstellationen bei fremdenfeindlicher Gewalt* im *Journal für Konflikt- und Gewaltforschung*⁵⁹ veröffentlichten.

3.1 Täter-Opfer-Beziehungen

Von 29 Befragten berichteten 14 über Erfahrungen mit unterschiedlichen Formen fremdenfeindlich motivierter Übergriffe: Bedrohungen, Nötigung, Beleidigung, Besprühen des Wagens mit Hakenkreuzen und Parolen, Brandstiftungen und Angriffe auf die Person. Zehn Betroffene berichteten von Problemen mit Neonazis oder rechtsradikalen Jugendlichen. Bis auf drei persönliche Angriffe geschahen alle Ereignisse nach Ladenschluss und in Abwesenheit der ImbissbetreiberInnen. Trotzdem wurden uns in mehreren Fällen sehr konkrete Hintergründe mitgeteilt:

In der Nacht nach einem Streit, in dem der Gast den Betreiber auf sehr derbe Art rassistisch beleidigt hatte und daraufhin rausgeflogen war, wurde in den Imbiss eingebrochen, und diverse Dinge wurden gestohlen. Dem Betreiber war klar, dass das eine Racheaktion des Gastes war. Die Polizei konnte diesem auch tatsächlich den Einbruchsdiebstahl nachweisen. Der Betreiber hat mehrere ähnliche Auseinandersetzungen erlebt, nach denen nachts die Scheiben eingeschmissen wurden. Nachweisen konnte er einen Zusammenhang nicht. (I 7)

Auch ein anderer Geschädigter kannte den Täter bereits durch vorausgegangene rassistische Beschimpfungen und Streit. (I 14)

In Fallbeispiel B war einem der drei Brandanschläge die rassistische Beschimpfung durch die später verhafteten Täter vorausgegangen. (I 2)

Konflikte gibt es in ‚deutschen‘ Kneipen und Imbissbetrieben auch. Spezifisch anders ist bei den hier beschriebenen Fällen, dass Auseinandersetzungen fremdenfeindlich und rassistisch unterlegt sind. In Verbindung mit Zeichen und Sprüchen wie Hakenkreuzen, *Türken raus* etc. auf Wagen oder Fensterscheiben gemalt entsteht ein diffuses Bedrohungsszenario, das sowohl den Gästen als auch den Betreibern bewusst ist und von Gästen zur Durchsetzung ihrer Interessen benutzt werden kann.

⁵⁹ WILLEMS, HELMUT; STEIGLEDER, SANDRA (2003): *Jugendkonflikt oder ‚hate crime‘? Täter-Opfer-Konstellationen bei fremdenfeindlicher Gewalt*. In: *Journal für Konflikt- und Gewaltforschung*, 1/2003, S. 5-28

3.2 Auswirkungen der Erfahrung auf die Opfer

Die Befragten hatten einen sehr unterschiedlichen Erfahrungshintergrund und Kenntnisstand zu den Themen *Rassismus* und *Rechtsextremismus*. In manchen Gesprächen hatten wir den Eindruck, dass die beleidigten, bedrohten oder verletzten Angegriffenen nur eine diffuse Vorstellung davon hatten, mit wem bzw. was sie konfrontiert waren. Sie ordneten ihre Erfahrungen resignativ ein in die Schlussfolgerung, „*die mögen halt keine Ausländer,*“ oder äußerten Unverständnis darüber, dass die Leute so unfreundlich zu ihnen seien.

Solche Erlebnisse mit Fremdenfeindlichkeit und rassistischer oder rechtsextremer Gewalt werden in der Literatur als *stellvertretende Viktimisierung* bezeichnet. Die Beleidigung, der Angriff richtet sich gegen das Opfer „*nicht als Person, sondern als Mitglied einer bestimmten Gruppe, als deren Stellvertreter es von den Tätern betrachtet wird*“.⁶⁰

Diese Art der Ablehnung und Gewalt führt häufig zu einem grundsätzlichen Vertrauensverlust in die soziale Umgebung. Die Verhaltensweisen der Angreifer werden nicht vom Opfer beeinflusst, stehen nicht einmal im Zusammenhang mit der Person des Opfers, und das Risiko einer Wiederholung kann deshalb auch nicht beeinflusst werden. Vor diesem Hintergrund verstehen viele im Wortsinn ‚die Welt nicht mehr‘.

Jugendliche, Alte und Junge, alle lieben keine Ausländer. Das ist viel Arbeit hier, wir bezahlen unsere Steuern, wir machen alles, und die Leute arbeiten extra nicht, saufen immer und bezahlen auch keine Steuern! Und wir sind die schlechten Menschen. Das verstehe ich nicht! Wir bezahlen Steuern für die, wir arbeiten für Deutschland, wir leben hier genau wie ihr, und trotzdem sind wir noch immer schlecht. Ich verstehe nicht warum! (I 9)

Ein Anderer versucht, auf dem Hintergrund seiner Lebenserfahrung Erklärungen zu finden:

Ich glaube, dass liegt am Neid, oder sie haben etwas von Ausländern gehört, die hier herkommen und die Arbeit wegnehmen. Ich war auch in Frankreich, da waren die Leute viel freundlicher... Das liegt an den Familien, es wird nichts für die Weiterbildung der Jugendlichen getan... Sie (die Jugendlichen) wissen nicht, was sie mit ihrer Freizeit anzufangen sollen, anders als in Kurdistan... Die kennen ja keine Fremden, und die wissen doch von Hitler gar nichts. Ich hab ihnen gesagt, kommt, ich kann's euch erklären. (I 2)

⁶⁰ KIEFL, WALTER; LAMNEK, SIEGFRIED (1986): *Soziologie des Opfers. Theorie, Methoden und Empirie der Viktimologie*. München. nach LUZAR (2002: 7), S. 77

3.3 Alltagsstrategien

Die unterschiedlichen Alltagsstrategien zur Abwehr oder zumindest der Prävention von Angriffen lassen sich nach unseren Erfahrungen wie folgt differenzieren:

Gegenwehr

Dann haben wir ein paar Türken zusammengelockt und die verhauen. Das musst du machen, sonst hast du morgen alle Scheiben kaputt. Im Ort gibt es zwei bis drei Nazis, aber die sagen nichts, weil es viele Türken und Kurden gibt. Das Kräfteverhältnis ist einfach anders. (I 16)

Immer wieder wurde uns von der Notwendigkeit eines auch militanten Auftretens gegenüber rechtsextremen Jugendlichen und anderen Angreifern berichtet. Das Aktionsspektrum reicht von Wache halten oder Auflauern, um potenzielle Angreifer oder Diebe auf frischer Tat zu erwischen und zu bestrafen (I 14), über das Drohen mit Werkzeugen des alltäglichen Gebrauchs im Imbissbudenbetrieb (Messer, Schleifstahl), das mitunter erfolgreich gewesen sein soll, bis hin zur Installation einer Videokamera in einem Asia-Bistro, das mehrfach bedroht worden war. (I 23)

Der türkische Wirt eines Bistros beschrieb seine Erfahrungen im Umgang mit den oft stark trinkenden Gästen. Man müsse die Leute nur zu nehmen wissen, dann gäbe es keine Probleme. Wenn doch, dann würde er sich wehren, und zwar sofort, um sich wieder Autorität zu verschaffen.

Du hast nur dann deine Ruhe, wenn die Leute Angst vor dir haben. Es gibt Leute, die haben nichts zu tun, die sind neugierig und gucken, ob du Geld in der Tasche hast, und die leben von Sozialhilfe und machen dummes Zeug - dann mache ich patsch-patsch, und der ist dann ruhiger als alle anderen. (I 4)

Fälle von Selbstschutz oder auch Selbstjustiz scheinen, zumindest im Umland von Berlin, häufig zu sein. Das lässt sich aus dem Umstand schließen, dass die Kriminalpolizei in Potsdam darauf reagierte. Mehrere Imbissbetreiber berichteten uns von einem Kripobeamten, der sie aufgesucht habe, um für Vertrauen in die Polizei zu werben und vor den Konsequenzen von handgreiflichem Selbstschutz zu warnen. Wie weit diese Initiative Erfolge gezeigt hat, entzieht sich mangels Auskunft der dafür zuständigen Stellen unserer Kenntnis.

Als Gegenwehr kann auch das bloße Dableiben, Sich-nicht-vertreiben-Lassen angesehen werden:

Zwei Imbissbetreiber, die unter anderem auch Brandanschläge erlebt hatten, nach denen sie keinerlei Unterstützung aus der Bevölkerung oder von Institutionen erhalten hatten, bezeichneten ihre bloße Anwesenheit in der feindlichen Umgebung als Widerstand.

Der Betreiber von Imbiss 10, der durch alltägliche Gewalterfahrungen stark unter Druck steht, sagte, wenn er weggehen würde, wäre das eine Niederlage. Er müsse sich hier behaupten, seine Kinder könnten nach Berlin gehen, aber er müsse bleiben. (I 10) Ähnlich der Betreiber von Imbiss 14. Er fühlt sich als stolzer Gewinner, denn er habe es geschafft! Er wurde nach zwei Brandanschlägen, diversen Sachbeschädigungen und vielem anderen „*hier nicht vertrieben!*“ (I 14).

Harmonisierung und Beschwichtigung

Ich kann schon mit denen umgehen. Du darfst nicht schlagen, sondern musst reden. Man braucht aber Zeit, bis das klappt. (I 14)

Als alltägliche Verhinderungsstrategie werden nach unserer Erkenntnis Formen der Harmonisierung eingesetzt: Vermeidung von Konflikten durch Beschwichtigungsversuche und eine hohe Resistenz gegenüber Diskriminierungen, Beleidigungen und Demütigungen.

Wenn ich alle Sprüche ernst nehmen würde, würde ich verrückt. (I 17)

Ein paar (rechte) Leute sind ein oder zwei Mal gekommen, haben sie ihr Bier getrunken und ihre Musik angehört, weiter nichts. Also ich hab auch so ein bisschen vorsichtig die Leute angesprochen, dass sie bei mir so nicht weiter kommen. (I 3)

Die Glatzköpfe sind hier viel, und das kann böse enden, kann Böses passieren. Deshalb, wenn die irgendwie das Essen und Trinken nicht bezahlen, lass das, sozusagen Auge zudrücken und gehen lassen. (I 10)

Ein Imbissbetreiber antwortete auf die Frage, ob es Probleme mit Fremdenfeindlichkeit gegeben habe, dass sein Vorgänger aus dem Grund aufgegeben hätte. Dem seien immer die Scheiben eingeworfen worden. Aber seine Familie habe gute Freunde im Ort, und diese seien wiederum mit den ‚Nazis‘ befreundet, und deshalb gäbe es keine Probleme. (I 12)

Flihen und Ausweichen

Eine weitere Strategie potenzieller Opfer ist die Flucht vor den Bedrohern, das Ausweichen vor beleidigenden oder gewalttätigen Situationen. Das kommt für ImbissbetreiberInnen jedoch kaum in Frage.

Eine spezielle Variante der Vermeidungsstrategie stellt die Tarnung/Camouflage des persönlichen oder geschäftlichen Hintergrundes dar. So versicherten uns Geschäftsleute mit türkischem Migrationshintergrund, die seit mehreren Jahren einen Einzelhandel betreiben, sie hätten erst wirtschaftlichen Erfolg, seit sie sich als Italiener ausgeben und ihre Waren keine türkischen Etiketten mehr haben. Außerdem würden sie nun nicht mehr beleidigt und

beschimpft, und die Fassaden würden nicht mehr mit neonazistischen Zeichen und Sprüchen beschmiert.

Es wurde auch davon berichtet, dass Gespräche auf der Straße in der Muttersprache vermieden oder sehr leise geführt werden, um nicht aufzufallen. (I 18)

Als Schutz vor fremdenfeindlichen Übergriffen wurde von einem Döner-Lieferanten bei seinen Fahrzeugen auf die üblichen Firmenlogos und Aufschriften wie *Döner-Produktion* verzichtet. Die Lieferwagen seien in den letzten Jahren verstärkt beschädigt worden. „*Scheiben werden eingeschlagen, Farbe zerkratzt, Reifen zerstoßen.*“ (F27)

3.4 Erfahrungen mit der Polizei

Das Verhältnis zur Polizei war in unseren Gesprächen als sehr ambivalent zu erkennen. Es gab bei allen Befragten den oft sehr vehement formulierten Anspruch, die Polizei müsse sich kümmern, wenn es Probleme gäbe. Gleichzeitig gibt es schlechte Erfahrungen, die sich herumsprechen, sodass eine negative Erwartungshaltung entsteht. „*Die glauben mir ja doch nicht.*“ (I 20)

Die Polizei müsse korrekt sein, sagte ein anderer Befragter, doch manchmal gäbe es auch Rechte bei der Polizei. „*Man merkt es am Blick. Aber langsam, langsam wird es besser.*“ (I 2)

Es sind selber Rassisten. Die haben nach meinem Ausweis gefragt, aber so unfreundlich. Die dachten, ich bin Asylbewerber, sind rein gekommen und haben mich erst mal beschimpft. (I 6)

Besonders nachhaltig wirken Erfahrungen mit Interesselosigkeit und nicht gewährtem Schutz. „*Die Polizei kommt, hört kurz und geht weg.*“ (I 9) Dabei spielt es für die Betroffenen keine Rolle, ob die Beamten im Einklang mit geltendem Recht handeln, eventuell tatsächlich nichts unternehmen können, oder ob ihnen der Schutz unrechtmäßig verweigert wird.

In vier Fällen wurde uns berichtet, Anzeigen seien von der Polizei nicht verfolgt worden. Nach angezeigten Bedrohungen wiegt die Tatenlosigkeit der Polizei besonders schwer. Es findet im Erleben des Opfers eine doppelte Viktimisierung statt: es wird bedroht und zudem dieser Bedrohung schutzlos ausgeliefert. Wie auch schon im vorherigen Kapitel in einigen Fällen erwähnt, kommt dem Verhalten der Umwelt oft eine größere Bedeutung zu als dem der Täter. Der Grad von Vertrauensverlust und emotionaler Verletzung hängt von der Unterstützung durch die Umgebung ab. Das zeigen die positiven Beispiele in Kapitel 1. Eine negative Variante soll im Folgenden exemplarisch dargestellt werden.

Ein Imbissbetreiber, der von mehreren Neonazis niedergeschlagen worden war („*sie sagten, es ist Hitlers Geburtstag*“ s. o.), berichtete, er habe sich, als er wieder aufstehen konnte, ins Auto geflüchtet und sei sofort zur Polizei gefahren. Der Beamte dort hätte gesagt, er könne

nichts machen, und ihn weggeschickt, obwohl er stark verletzt gewesen sei und gesagt hätte, dass er verfolgt würde. Dieses Verhalten des Beamten hat ihn bitterer gemacht, als das der Schläger. (I 18)

3.5 Interpretation und Bewertung der Befragungsergebnisse

Zur Bewertung der geschilderten Erfahrungen mit Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und rechtsextremer Gewalt werden im Folgenden die Ergebnisse der Studie von Willems und Steigleder⁶¹ hinzugezogen.

Die AutorInnen haben auf Grundlage von 284 polizeilichen Ermittlungsakten aus den Jahren 2000 bis 2002 eine vergleichende quantitative Analyse von Opfer-Täter-Konstellationen und -Interaktionen bei fremdenfeindlichen Gewalttaten erstellt. Alle Daten, die Willems und Steigleder auswerteten, stammen aus Nordrhein-Westfalen, einem Bundesland mit langer Einwanderungsgeschichte und einem verglichen mit Brandenburg hohen Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund.

Bei der Mehrzahl der untersuchten fremdenfeindlichen Gewalttaten handelte es sich zwar um jugendliche Straftäter, aber nicht um typische Jugenddelikte. Die Taten waren dezidiert rassistisch motiviert. Es handelt sich somit, so Willems und Steigleder, um eine spezifische Form von *hate crime*.

Der aus dem angloamerikanischen Bereich stammende und dort etablierte Begriff *hate crime* umfasst „jene Straftaten, die gegen bestimmte soziale und ethnische Minderheiten und Gruppen gerichtet und in erster Linie durch negative Stereotype, Emotionen und politische Ideologie bestimmt sind“⁶². Die zentrale Ursache für die Gewalttaten liegt in den meisten Fällen

*... nicht in einem Interessenskonflikt zwischen Gruppen, einer persönlichen Konfliktsituation oder in einer vorausgegangenen Provokation durch die Opfer begründet, sondern allein in dem Willen der Aggressoren, ihre Macht, ihre Ablehnung und ihren Hass gegenüber meist anonymen Personen zu demonstrieren, sofern sie von ihnen bestimmten gesellschaftlichen, politischen oder ethnischen 'Feindgruppen' zugeordnet werden können.*⁶³

⁶¹ WILLEMS, HELMUT; STEIGLEDER, SANDRA (2003): *Jugendkonflikt oder ‚hate crime‘? Täter-Opfer-Konstellationen bei fremdenfeindlicher Gewalt*. In: *Journal für Konflikt- und Gewaltforschung*, 1/2003, S. 5-28

⁶² WILLEMS, HELMUT; STEIGLEDER, SANDRA (2003 :7, FN8): Auch der bundesdeutsche Verfassungsschutz hat mittlerweile (nach Luzar seit 01.01.2001) den an *hate crime* orientierten Begriff *Hasskriminalität* eingeführt. Unter dieser Bezeichnung werden neben der politisch motivierten Tat auch fremdenfeindliche und antisemitische Straftaten erfasst (LUZAR, 2002: 19, verweist auf BUNDESKRIMINALAMT, 2001)
Siehe dazu auch: FLINT, COLIN [ED.] (2004): *Spaces of Hate. Geographies of Discrimination and Intolerance in the U.S.A.* New York/ London: Routledge

⁶³ ebd.: (2003: 26)

Dies drückt sich auch darin aus, „*dass sich Täter und Opfer vor der Tat in den meisten Fällen (60 %) unbekannt waren*“⁶⁴. In nur 10 % der untersuchten Fälle habe ein gezieltes Aufsuchen der Opfer durch die Täter vorgelegen.⁶⁵

Die dargestellten Fälle fremdenfeindlicher Gewalterfahrungen von ImbissbetreiberInnen geben ein anderes Bild:

Selbst bei Brandanschlägen gab es erstaunlich viele Fälle, in denen die Täter sich im gleichen sozialen Raum bewegten wie das Opfer: Christiane B. aus A waren die Opfer vom Sehen her bekannt, „*beim Türken*“, so gab die junge Frau an, habe sie einmal gegessen und sich „*angemacht*“ gefühlt. In B war ein verhafteter Täter vorher durch Beleidigungen aufgefallen. In C waren die Täter dem Betreiber bekannt, und in einem Fall, der hier bisher noch nicht besprochen wurde, wurde ein bekannter Rechtsextremer verurteilt, der einen Imbiss aus Rache für seine Unterlegenheit in einer vorausgegangenen Auseinandersetzung angezündet hatte.

Bei gewalttätigen Angriffen gegen Personen handelte es sich bei den Tätern in zwei der drei berichteten Fälle um Kunden. Außerdem wurde mehrmals berichtet, dass sich nach sichtbaren Beschädigungen der Imbisse Gäste oder Passanten zustimmend und drohend mit Sprüchen, Zurufen oder Zeichen darauf bezogen.

Von den Untersuchungsergebnissen von Willems und Steigleder weichen auch die Fälle ab, in denen einem Konflikt ein Racheakt folgte. Fremdenfeindlichkeit spielte hier in unterschiedlicher Ausprägung und verwoben mit anderen Konfliktebenen eine Rolle. Entweder waren fremdenfeindliche Bemerkungen der Auslöser für einen Rauswurf, der anschließend gerächt wurde, oder aber ein Racheakt war implizit rassistisch motiviert. Implizit heißt, der Rauswurf oder die Unterlegenheit werden nicht als solche übel genommen. ‚Gerächt‘ wird vielmehr die Tatsache, dass der Macht ausübenden Person aus rassistischen Gründen diese Macht nicht zugestanden wird.

Der fremdenfeindliche bzw. rassistische Gehalt der Taten wird von den Opfern gespürt. Es ist ihnen bewusst, dass ihre Autorität als Geschäftsleute, ihr Hausrecht oder ihre körperliche Überlegenheit wegen ihrer Herkunft nicht anerkannt werden. Racheakte z. B. für die Ausübung des Hausrechtes wurden uns immer im Kontext mit Fremdenfeindlichkeit geschildert.

Ähnlich gelagert ist der Neid, der in unterschiedlichen Kontexten als Motiv für Fremdenfeindlichkeit angeführt wird. Egal ob es sich um den Neid auf beruflichen Erfolg, den Arbeitsplatz (auch wenn er selbst geschaffen ist) oder auf Hilfsleistungen nach

⁶⁴ WILLEMS, HELMUT; STEIGLEDER, SANDRA (2003: 17)

⁶⁵ ebd.

Brandanschlägen bezieht, in keinem dieser Fälle handelt es sich um den Ärger über die Besserstellung einer anderen Person, sondern, wie in Kapitel 2 beschrieben, um die Behauptung von Exklusivrechten. Das Gefühl von Neid entsteht nur, weil die vermeintlich begünstigte Person ‚Ausländer‘ ist.⁶⁶

3.6 Resümee

Mit Bezug auf die Forschungsergebnisse von Willems und Steigleder lässt sich auch für die Viktimisierungserfahrungen der befragten Imbissbetreibenden feststellen, dass sie sich in einer sehr spezifischen Situation befinden. Beleidigungen und Gewalttätigkeiten spielen sich in einem engen sozialen Raum ab. Zu einem großen Teil entstehen fremdenfeindliche Auseinandersetzungen unmittelbar aus der ambivalenten Beziehung der Gäste zu den BetreiberInnen. Andere Gewalttätigkeiten finden nachts nach Geschäftsschluss statt. In den aufgeklärten Fällen handelte es sich aber auch hier mehrheitlich um Täter, die sich im gleichen sozialen Raum bewegten.

Unsere Befragungsergebnisse verweisen auf einen starken Zusammenhang zwischen fremdenfeindlichen bzw. rechtsextremen Gewalttaten und der schwachen sozialen Position der Opfer, gekennzeichnet durch soziale Ausgrenzung und die Verweigerung gesellschaftlicher Anerkennung. Dies drückt sich unter anderem darin aus, dass ihnen gegenüber allgemein geltende Verhaltensnormen relativiert werden. Das Recht dazu bis hin zur Aufweichung des Gewalttabus vermittelt sich atmosphärisch. Ein halb debiler Täter wie im Fallbeispiel B spürt in seinem sozialen Umfeld sehr genau, wer gesellschaftlich ausgegrenzt ist und als Gewaltopfer in Frage kommt.

Erhärtert wird dieser Zusammenhang durch die Tatsache, dass alle Befragten, die sich durch die eine oder andere Form der Selbstverteidigung ‚Ruhe‘ verschaffen konnten, in Orten leben, in denen es ‚viele‘ Türken, Kurden oder Vietnamesen gibt, die zusammen ein soziales Gewicht bilden können.

Die durch eine eigene Leistung nicht zu beeinflussende schwache soziale Position, unterlegt mit der Drohung, dass die Verweigerung sozialer Anerkennung jederzeit in Gewalt umschlagen kann, stellt für die Betroffenen einen stark belastenden Dauerstress dar. Die Umgangsweisen damit sind sehr unterschiedlich, und die Befragungen ergeben das Bild einer kreativen Vielfalt von Strategien.

⁶⁶ Mitarbeitende der *Opferperspektive e.V.* und des *Weißes Ringes* berichteten von der schwierigen Situation, die oft durch die finanzielle Unterstützung der Opfer ausgelöst werde. Die Solidarität der einen rufe oft den Neid und die verstärkte Ablehnung des Opfers bei den anderen hervor.

4 Kontext Rechtsextreme Gewalt: Ausmaß und kommunale Handlungsmöglichkeiten

Mit den Wahlergebnissen bei den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen und bei den Kommunalwahlen in NRW im Herbst 2004 ist die Dimension des rechtsextremen Einstellungspotenzials in der Bevölkerung deutlich geworden. Der aktuelle Bezug dieser Studie ist nicht nur der Dramatik dieser Situation geschuldet, sondern ergibt sich auch durch die konzeptionelle und personelle Verwobenheit von Cliques, Szenen, Kameradschaften und der *NPD/DVU*.

In den beiden vorherigen Kapiteln standen die Erfahrungen der ImbissbetreiberInnen aus ihrer subjektiven Sicht im Mittelpunkt. Hier soll zunächst versucht werden, objektivierbare Aussagen über das Ausmaß fremdenfeindlicher und rechtsextremer Gewalt gegen Kleingewerbetreibende zu machen.

Im Weiteren wird rechtsextreme Gewalt und ihre Funktion in den Kontext neonazistischer Organisation eingeordnet. Abschließend werden die Fallbeispiele und die Gespräche, die wir in dem Rahmen führten, in Hinblick auf verallgemeinerbare Probleme und Handlungsoptionen ausgewertet.

4.1 Ein fremdenfeindlicher Hintergrund kann nicht ausgeschlossen werden – das Ausmaß rechtsradikaler Gewalt gegen Asia- und Döner-Imbisse

Seit Jahren gibt es, im Internet zugänglich, mehrere fortlaufende Dokumentationen rechtsradikaler Übergriffe und Gewalttaten. Verschiedene Gruppen und Organisationen recherchieren regelmäßig. Die Quellen sind Pressemeldungen, Informationen von Opferberatungsstellen, lokalen Initiativen oder Informationen der Opfer selbst. In diesem Bericht wird mit der Dokumentation des Vereins *Opferperspektive e. V.* gearbeitet, die auf der Auswertung eines sehr umfangreichen Quellenmaterials, u. a. aller Pressemeldungen, beruht. Selbst diese umfangreiche Dokumentation ist nicht vollständig und gibt nur Hinweise auf das tatsächliche Ausmaß. Gerade im Bereich rechtsradikaler Gewalt ist die Dunkelziffer sehr hoch. In unserer Befragung leiteten zwei Mitglieder des *Weißes Ringes* ihre Berichte häufig mit Sätzen ein wie: „Immer wenn wir Gespräche führen, kriegen wir ja Informationen, was noch so alles ist ...“, und „bei solchen Gesprächen kommen dann auch Dinge zu Tage, die sonst gar nicht so konkret angesprochen wurden.“ (F18) Ein Grund dafür ist die Tatsache, dass die Opfer rechtsradikaler Gewalt in der Regel zu Gruppen gehören, die auch in der Gesellschaft diskriminiert werden und als Einzelne oder als soziale Gruppe die Erfahrung gemacht haben, dass ihnen nicht geglaubt oder sogar die Schuld an der Gewalttätigkeit

angelastet wird. „Was soll ich denen erzählen, die glauben mir doch nicht,“ (I 20) war wiederholt die Antwort auf unsere Frage an ImbissbetreiberInnen, ob sie nach einer Straftat die Polizei eingeschaltet hätten. Bei ausländischen Opfern wirken sich außerdem der Aufenthaltsstatus und die Sprachkenntnisse auf das Anzeigeverhalten aus. Menschen, die einen prekären Aufenthaltsstatus haben, meiden häufig den Kontakt mit der Polizei aus der Befürchtung heraus, ihre Situation könnte sich dadurch verschlechtern.⁶⁷

Aber selbst bei angezeigten Straftaten kann nicht davon ausgegangen werden, dass sie öffentlich bekannt oder als fremdenfeindlich motiviert zugeordnet werden. Ein Vergleich der Brandstiftungsfälle in der Dokumentation der *Opferperspektive e. V.* mit den Fällen, die im Erfassungssystem *PMK (Politisch Motivierte Kriminalität)* als fremdenfeindlich motiviert aufgeführt werden, ergab: In der *PMK*-Erfassung 2002 werden mehr Fälle aufgeführt als in der Dokumentation.⁶⁸ Da für die Dokumentation alle Presseberichte ausgewertet werden, ist davon auszugehen, dass diese Fälle bzw. ihr fremdenfeindlicher Kontext nicht öffentlich bekannt wurden.

Im Rahmen der jüngsten Verhaftungen von Mitgliedern der Gruppe *Freikorps* (s. u.) tauchen ebenfalls Fälle auf, die bisher öffentlich nicht bekannt waren.⁶⁹

Es gibt auch das umgekehrte Phänomen: Ein Fall, der als eindeutig fremdenfeindlich motiviert bereits juristisch abgeschlossen ist, taucht in der *PMK*-Erfassung nicht auf.⁷⁰

Die Fragwürdigkeit der polizeilichen Einschätzung von rechtsradikaler Gewalt und der Charakterisierung von Delikten nach Motivation als fremdenfeindlich, rassistisch und antisemitisch in polizeilichen und Staatsschutzerfassungssystemen ist in der Literatur zum Thema Rechtsradikalismus ausführlich erörtert worden.⁷¹

⁶⁷ Viele diskriminierende Erlebnisse liegen außerdem ausschließlich im zwischenmenschlichen Bereich, sodass sie nicht strafrechtsrelevant sind. So erzählten die OpferberaterInnen von einer Begebenheit, die ihnen im Rahmen der Unterstützung einer Familie nach einem rassistischen Mord berichtet wurde: „Ja, gucken Sie sich dieses Mädchen an (sagte uns eine der Frauen, B. S.), die geht ins Gymnasium hier in W. und alle machen denn so (hält sich die Nase zu): Du stinkst! Aber wie kommt das? Wenn sie zur Toilette gehen will, dann wird von den deutschen Kindern – also, dass sie sie nicht drauf lassen, zur Toilette. Dann kam es eben dazu, dass sie ein paar Mal in die Hose gemacht hat, und wenn sie zur Lehrerin gegangen ist, dass die dann gesagt hat: Also, du bist doch groß genug, das kannst du alleine klären. So was! Obwohl die das wusste! Die hat sich also hinter diese Klasse gestellt. Solche Dinge sind dann eben auch angesprochen worden.“ (F18)

⁶⁸ Für das Jahr 2002 werden im *PMK*-Erfassungssystem zehn solcher Brandstiftungen angegeben, in der Dokumentation sind es im gleichen Zeitraum nur sechs Fälle.

⁶⁹ Den Angeklagten werden drei Brandanschläge und zwei andere Angriffe auf Döner- und Asia-Imbisse zur Last gelegt, die in keiner der uns bekannten Dokumentationen auftauchen.

⁷⁰ Der Brandanschlag auf den Asia-Imbiss der Familie V. im Fallbeispiel A, der eindeutig fremdenfeindlich motiviert war, wird in der *PMK*-Erfassung nicht aufgeführt. Auch zwei der Brandanschläge aus dem Jahr 2003, die der Gruppe *Freikorps* zugeordnet werden, sind nicht aufgeführt. Insgesamt weist die *PMK*-Erfassung für den Zeitraum 01.01.2003 bis 30.06.2004 zehn fremdenfeindlich motivierte Brandstiftungen aus, während in der Dokumentation der *Opferperspektive e. V.* neunzehn Brandstiftungen mit vermutlich fremdenfeindlichem Hintergrund aufgeführt werden.

⁷¹ vgl.: BUNTENBACH, ANNELIE (1999): *Gesellschaft gegen rechts? Zum politischen Umgang mit dem Rechtsextremismus*. In: MECKLENBURG, JENS (HRSG.): *Was tun gegen rechts?* Berlin, S. 26-37

Ein Versuch, im Rahmen dieser Studie Verallgemeinerungen über den Hintergrund von Straftaten gegen Asia- und Döner-Imbisse treffen zu können, bestand in einem Vergleich der Art und der Anzahl der Delikte gegen ‚deutsche‘ und ‚ausländische‘ Imbissbetriebe. Insbesondere in Imbisswagen und -container wird wegen der meist ungeschützten Lage und der leichten Zugänglichkeit oft eingebrochen. Auch Brände mit zunächst ungeklärter Ursache sind nicht selten. Dies betrifft die Thüringer Wurstbude ebenso wie den Döner-Imbiss. Wenn die Straftaten nicht in einem eindeutig rechtsradikalen oder fremdenfeindlichen Kontext verübt werden, ist das Motiv zunächst unklar.

Freundlicherweise erhielten wir vom Landeskriminalamt eine Aufstellung aller Delikte ‚rund um Imbisse‘ im *PASS-System (Polizeiliches Auskunftssystem Straftaten)*, der Eingangsstatistik der Kriminalpolizei, aufgeschlüsselt nach der Nationalität der Opfer und der Täter. Das Material erwies sich aber bereits durch folgende Auffälligkeit als untauglich: Im Jahr 2003 werden im Landkreis des Fallbeispiels A vier Brandstiftungsfälle im Zusammenhang mit Imbissbetrieben registriert, aber nur ein ausländisches Opfer angegeben. Im zweiten Brandstiftungsfall von A taucht kein ausländischer Geschädigter auf, vermutlich weil er eine deutsche Staatsangehörigkeit hat.

Ein anderer Versuch war die Durchsicht aller Meldungen im Archiv der *Märkischen Allgemeinen Zeitung*, die mit Regionalredaktionen im gesamten Bundesland vertreten ist und somit über den umfassendsten Informationspool verfügt. Unter dem Stichwort *Imbiss* wurden für den Zeitraum 01.01.2003 bis 01.05.2004 alle Berichte aufgerufen und gesichtet. Dabei fiel auf, dass es sich bei allen Meldungen über Vandalismus immer um Asia- oder Döner-Imbissbetriebe handelte, obwohl diese zahlenmäßig im Vergleich zu anderen Imbissbetrieben in der Minderheit sind (vgl. Kapitel 2). Von der Polizei werden nicht alle angezeigten Straftaten an die Presse gemeldet. Deshalb ist das Ergebnis dieser Archivrecherche nur begrenzt aussagekräftig. Es ist aber ein starkes Indiz dafür, dass diese Art der nicht funktionalen Gewalt einen fremdenfeindlichen Hintergrund hat. Offensichtlich handelt es sich nicht um ziellose Beschädigung von Sachen, wie sie Vandalismus ansonsten auszeichnet, denn dann wären, begünstigt durch die meist ungeschützte Lage, alle Imbissbetriebe gleichermaßen betroffen. Die Konzentration dieser Delikte bei Döner- und Asia-Imbissbetrieben verweist vielmehr auf den Charakter der Gewalt als eine absichtsvolle

FUNKE, HAJO (1999): *Strategien gegen rechts – aus der Perspektive der Opfer*. In: Mecklenburg, Jens. (Hrsg.): *Was tun gegen rechts?* Berlin, S.38-45; hier S.40

WILLEMS, HELMUT (2002): *Rechtsextremistische, antisemitische und fremdenfeindliche Straftaten in Deutschland: Entwicklung, Strukturen, Hintergründe*. In: GRUMKE, THOMAS; WAGNER, BERND (HRSG.): *Handbuch Rechtsradikalismus. Personen – Organisationen – Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft*. Opladen S. 141ff.

Schädigung des Opfers durch Zerstörungen, oft in Kombination mit dem Ausdruck von Verachtung, wenn z. B. Müll in den Laden gekippt oder der Inhalt einer Ketchupflasche im Raum verteilt wird. Auffällig war bei der Durchsicht der Pressemeldungen außerdem, dass bei Asia- und Döner-Imbissbetrieben auch häufig Bistros von Sachbeschädigungen jeder Art betroffen sind. Hier können die leichte Zugänglichkeit und die ungeschützte Lage, die die Imbisswagen in der Regel auszeichnen, als Tatanlass vollständig ausgeschlossen werden.

Den zuverlässigsten Hinweis auf den Hintergrund von Gewaltdelikten gegen Asia- und Döner-Imbisse geben die Täter in den bereits ermittelten Fällen. In allen aufgeklärten Fällen, über die wir im Rahmen dieser Studie Informationen einholen konnten, handelt es sich bei den Tätern entweder um organisierte Rechtsradikale, Mitglieder der rechten Szene oder wie in B um Einzeltäter mit ausländerfeindlicher Motivation.

Trotz der jüngsten spektakulären Verhaftungen und den Presseberichten über Prozesse gegen rechtsradikale Brandstifter hält sich ein Vorurteil hartnäckig, wie der Kommentar einer Verwaltungsangestellten zu unserer Recherche anschaulich zeigt: „*Wenn was war, dann waren die das doch bestimmt selbst.*“ Opferberatungsstellen berichten, dass sie diese Reaktion oft erleben, und auch ein Brandstiftungsopfer erzählt, dass ihm diese Haltung als Tratsch aus der Bevölkerung zugetragen worden sei. Meist wird unterstellt, es handele sich um die Tat eines Konkurrenten oder um ‚kalten Abriss‘, also Versicherungsbetrug. So auch im Fall unseres Gesprächspartners, „*obwohl ich gar nicht versichert war*“. (I 14)

Die Staatsanwaltschaft Neuruppin, zuständig für die Landkreise Prignitz, Ostprignitz-Ruppin, Oberhavel und Uckermark, hat einen Überblick über alle internen Polizeiberichte. Dieser Überblick ist nicht systematisiert und dokumentiert, sondern dient der allgemeinen Lageeinschätzung. Auf diesem Hintergrund wurde uns mitgeteilt, dass seit Anfang des Jahres 2000 in nur drei Brandstiftungsfällen zum Schaden von Asia- und Döner-Imbissbetrieben gegen Tatverdächtige ermittelt wurde, bei denen eine fremdenfeindliche bzw. rechtsextreme Motivation ausgeschlossen ist. (F23)

Ein anderer Hinweis auf die Motivation ist der soziale Kontext, in dem die Brandstiftungen stattfinden. Er ist geprägt von Fremdenfeindlichkeit, rechtsradikaler Gewalt und Bedrohung, wie in den vorherigen Kapiteln geschildert und durch die folgende Zusammenstellung aus der Dokumentation der *Opferperspektive e. V.* ergänzend verdeutlicht wird:

Meyenburg, 28.1.00: Ein türkischer Imbiss wurde mit Steinen angegriffen. Zwei Schaufensterscheiben und die Eingangstür gingen zu Bruch. (Jungle World, 09.02.00) **Kyritz**, 29.1.00: Ein türkischer Imbisswagen wurde durch einen Brandanschlag stark beschädigt. (ADN, 31.01.00) **Velten**, 25.03.00: Auf einen Asia-Imbiss wurde ein Brandanschlag verübt. Der 42-jährige vietnamesische Besitzer konnte das Feuer rechtzeitig löschen. (Jungle World, 05.04.00) **Wittstock**, 01.04.00: Die Schaufensterscheibe eines türkischen Restaurants wurde von einem faustgroßen Granitstein zertrümmert und die Außenscheibe eines Hongkong-Imbisses durch Tritte beschädigt. (BerlZ, 03.04.00) **Guben**, 21./22.04.00: Die Fensterscheiben eines asiatischen Restaurants wurden mit Pflastersteinen eingeworfen und das Lokal mit Hakenkreuzen beschmiert. (BerlZ, 25.04.00) **Kyritz**, 20.08.00: Zwei 18 und 27 Jahre alte Deutsche demolierten einen Döner-Imbiss. Sie rissen Preisschilder ab, warfen Stehtische umher und beleidigten den Inhaber "in übler volksverhetzender Art", wie die Staatsanwaltschaft mitteilte. (ORB-Videotext, 25.09.00) **Eberswalde**, 11.08.00 Zwei Mitarbeiter eines türkischen Imbissstandes wurden von drei Deutschen rassistisch beleidigt und gewürgt. (Junge Welt, 15.08.00) **Teltow**, 09./10.09.00: Unbekannte haben den Imbissstand einer Vietnamesin verwüstet. Sie schütteten Lebensmittel aus und beschmierten den Verkaufstresen mit einem Hakenkreuz und SS-Runen. (BerlZ-Ticker, 11.09.00) **Frankfurt (Oder)**, 16./17.09.00: Auf einen türkischen Imbiss wurde ein Brandanschlag verübt. Das Bistro war mit Hakenkreuzen und der Aufschrift "NSDAP" beschmiert worden. Die Lebensgrundlage des Besitzers, des 26-jährigen Akif Kaya, wurde zerstört. (ddp, 21.09.00) **Stahnsdorf**, 21.09.00: Ein türkischer Dönerstand wurde durch einen Brandanschlag vollständig vernichtet. (ORB-Videotext, 21.09.00) **Klosterfelde**, 22.09.00: Ein kurdischer Imbiss-Besitzer wurde bereits mehrfach von rechtsextremen Jugendlichen bedroht. Ein 15-Jähriger forderte ihn auf, eine Anzeige gegen ihn und andere wegen Bedrohung, Sachbeschädigung und Beleidigung zurückzunehmen. Sonst werde «ein Molotowcocktail durch die Scheibe fliegen». (Berliner Morgenpost, 24.09.00) **Bernau**, 07.10.00: Auf ein indisches Spezialitätenrestaurant wurde ein Anschlag verübt. Ein 19-jähriger Jugendlicher aus der rechten Szene soll eine Fensterscheibe des Lokals eingeschlagen und mit einer Schreckschusspistole mehrere Schüsse in die Luft abgegeben haben. (ORB-Videotext, 08.10.00) **Trebbin**, 27./28.12.00: Ein türkischer Imbisswagen wurde vermutlich von Rechtsextremen in Brand gesetzt. (ddp, 28.12.00) **Königs Wusterhausen**, 26.02.01: Vier italienische Mitarbeiter einer Pizzeria wurden von zwei 33-jährigen Deutschen rassistisch beschimpft und mit einer Pistole bedroht. (dpa, 27.02.01) **Potsdam**, 29./30.03.01: Ein türkischer Wirt wird in der Innenstadt von zwei 25 und 28 Jahre alten Männern mit

ausländerfeindlichen Parolen beschimpft und bedroht. (PNN, 31.03.01) **Müncheberg**, 01.06.01: Der Betreiber eines China-Imbisses wurde von einem 45-jährigen betrunkenen Deutschen rassistisch beschimpft. Dann demolierte der Mann den Imbiss. Ein Schaden von 1000,- DM entstand. (ddp-lbg, 02.06.01) **Parstein**, 27.07.01: Ein türkischer Imbissbesitzer wurde von zehn Rechtsradikalen tätlich angegriffen. (MOZ, 30.07.01) **Senftenberg**, 15.09.01: Zwei türkische und ein kurdischer Mann werden vor einem Döner-Imbiss rassistisch beschimpft und geschlagen. (PM der AfOrG, 25.09.01) **Wittstock**, 06.03.02: Vermutlich rechtsradikale Täter brachen in einen chinesischen Imbiss ein, beschädigten die Kasse, stahlen 30 Euro, ließen Getränke mitgehen und versprühten einen Feuerlöscher. Es entstand ein Sachschaden von ca. 500 Euro. (MAZ, 07.03.02) **Hennigsdorf**, 10.03.02: Der Besitzer und ein Angestellter eines türkischen Imbisses wurden geschlagen und das Mobiliar demoliert. Die beiden Opfer mussten ambulant behandelt werden. (MoPo, 12.03.02) **Wittenberge**, 21.04.02: Auf einen Döner-Imbiss wurde ein Brandanschlag verübt. (MAZ, 22.04.02) **Perleberg**, 30.04.02: Ein Döner-Imbiss wurde Opfer eines Brandanschlags. Er brannte vollständig nieder. (ORB-Videotext, 02.05.02) **Wittstock**, 08./09.06.02: Zwei Fensterscheiben eines türkischen Restaurants wurden mit faustgroßen Feldsteinen eingeworfen. (ddp, 10.06.02) **Lehnitz**, 04.07.02: Auf einen türkischen Imbiss wurde von drei Rechtsradikalen im Alter von 17- bis 19 Jahren ein Brandanschlag verübt. (MAZ, 09.07.02) **Eisenhüttenstadt**, 25.07.02: Auf einen Döner-Imbiss am Busbahnhof wurde ein Brandanschlag verübt. (infortiot, 02.08.02) **Vetschau**, 14./15.09.02: Auf einen Döner-Imbiss wird ein Brandanschlag verübt. (LR, 16.09.02) **Perleberg**, 19.10.02: Ein Dönerstand in der Hamburger Straße wurde gegen 1.45 Uhr durch eine direkt neben dem Wagen platzierte brennende Mülltonne beschädigt. (MAZ, 21.10.02) **Rheinsberg**, 08.02.03: Ein Döner-Imbiss wurde gegen 21 Uhr von Unbekannten angezündet. Der oder die Täter setzten einen Reifen des Verkaufswagens in Brand, dieser breitete sich über den Radkasten auf die darüber liegende Außenwand aus. Dadurch, dass der Brand schnell gelöscht werden konnte, blieb das Inventar unversehrt. (MAZ, 10.02.03) **Potsdam**, 24.03.03: Mit „Heil Hitler“-Rufen schmissen Jugendliche aus einer 26 Personen umfassenden Gruppe Steine gegen den Döner-Imbiss in der Kastanienallee. (MAZ, 24.03.03) **Wittstock**, 08.04.03: Der Betreiber des Döner-Imbisses in der Königstraße wurde aus einer fünfköpfigen Gruppe Jugendlicher heraus beschimpft und mit einem Messer bedroht, nachdem sie ein Papierkorb gegen seinen Laden geworfen hatten. Bei der Verhaftung wurden verfassungsfeindliche Symbole sichergestellt. (OPP, eigener Bericht) **Potsdam**, 28.04.03: Ein 28-jähriger türkischer Imbissbesitzer wurde gegen 22 Uhr in der Waldstadt von drei Männern rassistisch beschimpft und ins Gesicht geschlagen, nachdem

er die Gäste wegen Trunkenheit des Lokales verwiesen hatte. Außerdem beschädigten die Täter die Einrichtung des Imbissstandes. (MAZ, 29.04.03) **Potsdam**, 18.05.03: Der 28-jährige Besitzer eines Imbisses in Waldstadt wurde von einem Rechtsradikalen als "Scheiß-Ausländer" beschimpft und geschlagen. Er war bereits am 28.04.03 angegriffen worden. (OPP) **Templin**, 31.07.03: Auf ein China-Restaurant in der Friedrich-Engels-Str. wurde ein Brandanschlag verübt. Es entstand ein Schaden von ca. 30.000 Euro. (OPP, eigener Bericht) **Rheinsberg**, 11.08.03: Auf einen Döner-Imbiss in der Paulshorster Straße wurde am späten Abend ein Brandanschlag verübt. Das Feuer aus Zeitungspapier verursachte geringen Sachschaden. Die Polizei löschte das Feuer und nahm mehrere tatverdächtige Rechtsradikale fest. (MAZ, 15.08.03) **Nauen**, 15.08.03: Auf einen Asia-Imbiss in der Dammstraße wurde von der Gruppe "Freikorps" ein Brandanschlag verübt. Ein Müllcontainer wurde angezündet. (OPP) **Biesenthal**, 31.08.03: Rechtsextreme Jugendliche haben zum neunten Mal innerhalb eines Jahres das Geschäft einer Vietnamesin in Biesenthal angegriffen. Dabei zerschlug ein glatzköpfiger Mann mit einem Stein die Scheibe. Eine Clique von sechs bis acht Rechtsextremen, darunter der Steinewerfer, skandierten zudem in der Innenstadt "Sieg-Heil"-Rufe. (MOZ, Niederbarnim-Echo, 06.09.03) **Nauen**, 31.08.03: Auf einen Imbiss in der Raiffeisenstraße wurde von der Gruppe "Freikorps" ein Brandanschlag verübt. Das Feuer griff auf einen Norma-Supermarkt über. (MAZ, 01.09.03) **Hennigsdorf**, 03.09.03 Auf einen türkischen Imbiss wurde ein Brandanschlag verübt. Der 26-jährige Karsten Giese (einst Vorsitzender der rechtsextremistischen "Kameradschaft Oberhavel", die 1997 vom Innenminister verboten wurde) hatte gegen 20 Uhr versucht, mit einem brennenden Molotowcocktail in die Imbissbude zu gelangen. Als ihm der Zutritt verwehrt wurde, warf er einen zweiten Brandsatz gegen die Tür des Dönerstandes und flüchtete. (BLZ, 05.09.03) **Templin**, 12.09.2003: Drei Rechtsradikale im Alter von 14, 15 und 21 Jahren randalierten in einem China-Restaurant in der Friedrich-Engels-Straße, wobei sie die Einrichtung beschädigten. Dann versuchten sie, mit Steinen die Scheiben einzuwerfen. (Nordkurier, 16.09.03) **Hennigsdorf**, 27.09.2003: Der Besitzer eines türkischen Imbisses wurde von drei Rechtsradikalen mit Besenstielen geschlagen und verletzt. (OPP) **Pritzwalk**, 07.11.03: Auf zwei Imbissstände wurden Brandanschläge verübt. Ein Asia-Imbiss in der Rostocker Str. brannte vollständig nieder, bei einem Imbissstand in der Ross Straße kam es zu Verrußungen an der Außenwand. (MAZ, 07.11.03) **Wusterhausen**, 27.11.03: Auf einen vietnamesischen Imbisswagen vor dem Lidl-Markt wurde um 20 Uhr ein Brandanschlag verübt. Der Wagen brannte völlig aus. (MAZ, 28.11.03) **Lauchhammer**, 29.11.03: Ein indischer Pizza-Lieferant wurde gegen 22 Uhr von zwei Jugendlichen mehrere Minuten lang verprügelt und rassistisch

beschimpft. (LR, 01.12.03) **Rathenow**, 04.12.03: Drei Rechtsradikale warfen gegen 3:30 Uhr die Scheiben des von Kurden betriebenen "Mendogrills" in der Goethe Straße mit einem Fahrradständer ein. (Antifa Westhavelland) **Brieselang**, 13./14.12.03: Auf einen Imbisswagen am Markplatz wurde von der Gruppe "Freikorps" ein Brandanschlag verübt. Die Täter hatten die Eingangstür aufgebrochen und einen Brandsatz gelegt. Die Inneneinrichtung des Wagens wurde durch Flammen sowie Rauch und Ruß stark beschädigt. (MAZ, 16.12.03) **Rheinsberg**, 20.12.03: Auf einen Döner-Imbiss in der Paulshorster Straße wurde ein Brandanschlag verübt. Die Täter hatten einen vor dem Imbiss liegenden Kunstrasenteppich in Brand gesetzt. Am Imbiss entstand leichter Sachschaden durch Rußablagerung. (MAZ, 22.12.03) **Falkensee**, 28.12.03: Auf einen Döner-Imbiss in der Falkenhagener Straße wurde von der Gruppe "Freikorps" ein Brandanschlag verübt. Die Täter hatten Unrat hinter dem Wagen in Brand gesteckt. (MAZ, 29.12.03) **Hörlitz**, 28.01.04: Auf einen Döner-Imbiss in der Kreuzstraße wurde in der Nacht zum Sonnabend durch zwei 18- und 20-jährige Rechtsradikale ein Brandanschlag verübt. Der Imbisswagen brannte vollständig nieder. (LR, 03.02.04) **Brück**, 06.02.04: Auf einen Döner-Imbiss in der Bahnhofstraße wurde gegen 3:10 Uhr durch zwei Rechtsradikale ein Brandanschlag verübt. Die Täter warfen einen Molotow-Cocktail durch ein Fenster es Imbisses. Der im Imbiss schlafende Angestellte wurde wach und löschte den Brand. (PP Potsdam, 06.02.04) **Cottbus**, 08.02.04: Der türkische Betreiber eines Döner-Imbisses wurde von mehreren Rechtsradikalen rassistisch beschimpft und mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Er erlitt einen Nasenbeinbruch. (OPP) **Fürstenwalde**, 21.02.04: Auf einen Döner-Imbiss wurde ein Anschlag verübt. Die Täter brachen in den Imbiss ein, zerschlugen eine Fensterscheibe und verwüsteten anschließend nahezu den gesamten Innenraum. Einer der Täter öffnete eine Propangasflasche und legte mehrere angezündete Zigaretten in dem Verkaufsstand ab. (Nordkurier, 25.02.04) **Angermünde**, 25.02.04: Der Betreiber eines Döner-Imbisses wurde von einem Rechtsradikalen angegriffen und verletzt. (OPP) **Falkensee**, 26.03.04: Auf einen Döner-Imbiss in der Falkenhagener Straße wurde von der Gruppe "Freikorps" gegen 0:30 Uhr ein Brandanschlag verübt. Das Dach des Imbisses wurde beschädigt. (MAZ, 27.03.04) **Schönwalde**, 27.03.04: Auf einen Döner-Imbiss in der Fehrbelliner Straße wurde kurz vor Mitternacht von der Gruppe "Freikorps" ein Brandanschlag verübt. (MAZ, 30.03.04) **Brieselang**, 30.04.04: In der Nacht wurde von der Gruppe "Freikorps" ein Brandanschlag auf einen Asia-Imbiss verübt. Es entstand leichter Sachschaden. (MAZ, 30.04.04) **Falkensee**, 05.05.04: Auf einen vietnamesischen Imbiss in der HansasträÙe wurde von der Gruppe "Freikorps" ein Brandanschlag verübt. Es entstand leichter Sachschaden. (MAZ, 05.05.04) **Nauen**, 26.06.04: Auf einen Imbiss in der

Marktstraße wurde ein Brandanschlag verübt. (MAZ, 29.06.04) **Trebbin**, 14.07.04: Auf einen Döner-Imbiss in der Berliner Straße wurde ein Brandanschlag verübt. (MAZ, 14.07.04) **Wriezen, Neuhardenberg, Letschin**: 22.-24.08.04: Am 26.08. wurden drei Männer im Alter zwischen 18 und 19 Jahren festgenommen, denen in fünf Fällen Sachbeschädigungen in Höhe von insgesamt 9000 Euro an fünf Asia- und Döner-Imbissständen vorgeworfen wird. (MAZ, 27.08.04) **Velten**, 13.11.04: Der Besitzer eines türkischen Bistros wird bei einer Auseinandersetzung mit einem rechtsextremen Jugendlichen verletzt. Das Bistro wurde schon mehrere Male mit Hakenkreuzen beschmiert. (OPP, eigener Bericht)

4.2 Unpolitische Schläger, verwirrte Einzeltäter, Trunkenheitstaten – rechtsextreme Strukturen und die Schwierigkeiten, sie zu identifizieren

Es sind mehr Einzeltäter und so Leute, die nicht richtig wissen, was sie machen, wenn sie ‚Heil Hitler‘ grölen. (F5)

Im Jahr 2000 gab es zwei organisierte Brandanschläge auf ‚ausländische‘ Imbisse in Stansdorf und Trebbin. Die Imbissbuden brannten vollständig nieder. Verantwortlich dafür erklärte sich eine Gruppe, die sich *Nationale Bewegung* nannte und Bekennerschreiben in Geldkassetten am Tatort hinterließ. Der Text des einen Schreibens lautete: *„Kauft nicht bei Türken!!! Schluss mit der Schändung des deutschen Volkskörpers durch Ausländer und ihre Mutikulti-Küche. Die nationale Bewegung.“* Im zweiten Bekennerschreiben ist vom *„Kampf gegen unarische Überbevölkerung und Kanakenfraß“* die Rede und davon, *„allen Unschlüssigen“* ein *„leuchtendes Zeichen“* zu setzen und zur Nachahmung anzuregen. Dreizehn weitere Anschläge werden der Gruppe zugeschrieben, u. a. der Anschlag auf die Trauerhalle des jüdischen Friedhofs in Potsdam. Verhaftungen gab es bisher keine.⁷²

Im Juli 2004 wurden sieben junge Männer verhaftet. Sie sind im Alter zwischen 16 und 20 Jahren, Schüler, zum Teil Abiturienten, zwei Arbeitslose. (Die Zahl der Angeklagten wuchs bis zum Abschluss der Studie auf zwölf Personen an). Ihnen werden die Bildung einer terroristischen Vereinigung und neun Anschläge auf Döner- und Asia-Imbisse im nördlichen Umland von Berlin (Nauen, Brieselang und Falkensee) zur Last gelegt. Die Gruppe nennt sich *Freikorps*, in Anlehnung an die antikommunistischen Paramilitärs der 20er Jahre des letzten Jahrhunderts. Sie hat eine ausgefeilte Satzung und das Ziel, ‚Ausländer‘ durch Gewaltakte zu vertreiben.

⁷² Quelle: www.verfassungsschutz-brandenburg.de/sixcms_upload/media/17/nationale_bewegung.pdf, S. 3. Das zweite Bekennerschreiben wurde durch den Brand beschädigt.

Solche Vereinigungen, die ein Programm oder zumindest eine nachvollziehbare Programmatik haben, diszipliniert organisiert sind und systematisch vorgehen, entsprechen den traditionellen Vorstellungen von politischer Organisation und politisch motivierter Gewalt. Sie stellen aber nicht den Prototyp der rechtsextremen Gewalttäter dar. Auch bei der Mehrzahl der aufgeklärten Brandanschläge handelt es sich um ein völlig anderes Täterspektrum und einen anderen Tathergang.

Die Brandstifter aus dem Fallbeispiel A sind in vielerlei Hinsicht der Prototyp nicht nur im hier untersuchten Kontext, sondern für rechtsextreme Gewalttäter überhaupt. Das einzig Untypische war die (noch dazu maßgebliche) Tatbeteiligung einer jungen Frau, denn 90 % der rechten Gewalttäter sind Männer.⁷³

Die Anschläge in A wurden zwar von Leuten verübt, die in der einen oder anderen Form in die rechte Szene eingebunden waren, sich aber an besagtem Abend zufällig in dieser Konstellation zusammenfanden. Man trank zusammen, hörte rechtsradikale Musik und kam irgendwann auf die Idee, den Asia-Imbiss anzuzünden. Im Rausch des Erfolgs wollte man mit dem Restbenzin gleich noch einen Döner-Imbiss anzünden. Es gab zwar Vorsichtsmaßnahmen - als die Täter in die Strasse fuhren, in der sich der Döner-Imbiss befindet, wurde das Licht ausgeschaltet - insgesamt stellte sich die Gruppe aber sehr dilettantisch und dumm an, weshalb es auch zur schnellen Verhaftung kam. So wurde z. B. beim wiederholten Bierholen an der Tankstelle eine Plastikflasche mit Benzin betankt – auffälliger hätte der Brennstoff nicht besorgt werden können. Eine solche spontane Tat ist der Prototyp rechtsextremer Gewalt.

Die politische Überzeugung von Szenemitgliedern wirkt auf Außenstehende diffus. Sie umfasst oft nicht mehr als eine radikal-sozialdarwinistische Grundüberzeugung, ein völkisches Weltbild und klare Feinddefinitionen.

Das Motiv für die Gewalt ist der Wille zur Vernichtung oder zumindest Vertreibung von ‚Feinden‘. Im rechtsradikalen Weltbild sind die Hauptfeinde ‚Kanaken‘ und ‚Zecken‘. *„Die ersteren sind phänotypische ‚Undeutsche‘, die zweiten ‚Undeutsche‘ nach Ideologie und Kultur.“* Sie gelten als *„apokalyptische Verderber des Deutschen“*. (WAGNER, 2002: 114)⁷⁴

Auf dem Hintergrund des sozialdarwinistischen Weltbildes, in dem es nur Starke gibt, die herrschen, und Schwache, die beherrscht werden, ist die Gewaltbereitschaft in der Szene

⁷³ Dieser Umstand wird in der Rechtsextremismusforschung zwar immer wieder erwähnt, aber selten umfassend analysiert. In den vorhandenen Konzepten der Sozial- und Jugendarbeit wird dieser geschlechtsrollenspezifische Aspekt in der Regel überhaupt nicht berücksichtigt. Eine Ausnahme stellt das Jugendarbeitskonzept des Vereins *Mittendrin e. V.* in Neuruppin dar.

⁷⁴ WAGNER, BERND (2002): *Die Szene rechtsextremer Gewalt in den neuen Bundesländern*. In: BENZ, WOLFGANG, (Hrsg.): *Auf dem Weg zum Bürgerkrieg?* Frankfurt/Main, S. 102-117

ständig sehr hoch. „Alkohol ist dabei eine begünstigende Bedingung, aber nicht die Ursache.“ (WAGNER, 2002: 113) Die Täterinterviews von Willems und Steigleder ergaben, dass der kollektive Alkoholkonsum sogar „eine gezielte Vorbereitung der Gruppe auf der Suche nach Feinden und Auseinandersetzung“ darstellt. (WILLEMS / STEIGLEDER, 2003: 3)

Moralisch erscheint Gewalt den ‚völkisch Bedrohten‘ als Notwehr. Gewaltanwendung ist sowohl Folge dieses rechtsextremen, neonazistischen Weltbildes, als auch ein attraktives Erlebnisangebot, das die Mitglieder an die Szene bindet. „Rechtsextreme Gewalt ist nur zu einem Teil politisch motivierte Gewalt, wie sie die Behörden der inneren Sicherheit definieren,“ stellt der Kriminologe Bernd Wagner fest (WAGNER, 2002: 114), und der Journalist Anton Maegerle kommt zu dem Schluss: „Eine klare Unterscheidung zwischen spontanen Gewaltakten Einzelner und geplantem ... Terror ist heute nicht mehr zu halten.“ (MAEGERLE, 2002: 159)⁷⁵

Auch eine Trennung zwischen rechter Szene und organisierten Neonazis wird weder von Professionellen, die sich mit dem Thema befassen, noch in der wissenschaftlichen Literatur gesehen. Die Übergänge werden als fließend bezeichnet.

Im Alltag wird diese Unterscheidung jedoch immer wieder getroffen aus dem Bedürfnis heraus, die Vielfältigkeit und die Dimension des Problems einzugrenzen und je nach Interessenlage beschönigend klein zu reden oder in guter Absicht handhabbar zu machen.

Dabei kommt es zu entgegen gesetzten Einschätzungen:

Aus polizeilicher Sicht zählen nur Straftäter, ‚ordentliche‘, gesetzestreue Rechtsradikale werden als Gefahr nicht wahrgenommen. Diese Einstellung ist auch in der Mehrheit der Bevölkerung zu finden. Ein leitender Polizeibeamter äußerte im Gespräch die Meinung, es gäbe in seinem Aufgabenbereich kein Problem mit Rechten. Der Chefideologe und Organisator der *Bewegung Neue Ordnung BNO*, Mario Schulz, der im Wirkungskreis dieses Beamten aktiv ist, stellt aus seiner polizeilichen Sicht kein Problem dar, weil „der sein Nest Gott sei Dank nicht allzu sehr beschmutzt“. (F22) Aus ordnungspolitischer, polizeilicher Sicht sind nur die rechtsextremen Straftäter ein Problem.

⁷⁵ MAEGERLE, ANTON (2002): *Rechtsextreme Gewalt und Terror*. In: GRUMKE, THOMAS; WAGNER, BERND (HRSG.): *Handbuch Rechtsradikalismus. Personen – Organisationen – Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft*. Opladen, S. 159-172. Zur Bedeutung von Gewalt im Aufbau der rechtsextremen Subkulturen schreibt Wagner: „Rechtsextreme Gewalt wurde (in den 1990er Jahren B. S.) ein integrierendes Moment und Aufbaustoff für das individuelle Ich eines großen Teils der jugendlichen rechtsextremen Szene. Insofern zog sie beständig vielfältige Persönlichkeitstypen an, darunter auch psychopathologische, weil der durch Drohung und Gewalt erzeugte Machtkontext wirkte. Den einen war er Ausdruck ihrer aggressionsgeladenen Gewordenheit, den anderen verhiess er Schutz durch die Teilhabe an der Macht, wieder anderen gab er die Illusion von Persönlichkeit und Omnipotenz.“ WAGNER, BERND (2002): *Kulturelle Subversion von rechts in Ost- und Westdeutschland: Zu rechtsextremen Entwicklungen und Strategien*. In: GRUMKE, THOMAS; WAGNER, BERND (HRSG.): *Handbuch Rechtsradikalismus. Personen – Organisationen – Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft*. Opladen, S. 19

Bei den meisten anderen Befragten, die nicht zur Zielgruppe rechtsextremer Gewalt gehören, war die Einschätzung genau umgekehrt: Jugendliche, die „Heil Hitler“ rufen, Hakenkreuze sprühen, saufen und gelegentlich gewalttätig werden, galten als fehlgeleitete Ruhestörer, die ein soziales Problem haben und sind, weniger ein politisches. *„Es sind eher Einzeltäter, die sich in einem Umfeld bewegen, das soziale Probleme hat,“* so die weit verbreitete Sichtweise. (F5) Als ernsthaft politisch werden Rechtsradikale und Neonazis erst angesehen, wenn sie politisch ambitioniert und argumentationsfähig sind.

Diese Sichtweise wie auch der verengte Blick des Ordnungshüters verkennen das brisante Zusammenwirken von Organisierten und Szene. Die Journalistin Heike Kleffner, die sich seit Jahren mit rechtsextremen Strukturen beschäftigt, schilderte uns den Zusammenhang exemplarisch für die Region Nord Brandenburg und südliches Mecklenburg-Vorpommern wie folgt:

Für die rechten Szenen gilt: Die Angebote der Organisierten sind leicht erreichbar und verfügbar. Offen, wie in dem Tattoo-Laden Walhalla in Ludwigslust nahe der Autobahn zwischen Berlin und Hamburg, oder verdeckt. In Wittstock verkaufte ein Kleiderhändler in den Jahren 2000 und 2001 auf dem Markt unterm Tisch verbotene CDs. Jeder weiß das und es geht ganz einfach. Der Austausch zwischen Organisierten und losen Szenen läuft viel über eine Erlebniswelt, die so klassisch ist, wie sie in der Literatur zum Thema immer beschrieben wird: Man hängt in den gleichen Clubs ab, geht in Diskos, wo andere, die nicht wie Rechte aussehen, tatsächlich gar nicht reinkommen oder -wollen, und ab und an ein verbotenes Konzert, das es in dieser Gegend immer wieder gibt. So werden Inhalte ausgetauscht. Und wenn es nur ein Kern von fünf Leuten ist, die Punkte setzen, um die anderen anzufixen oder dabei zu halten. Nicht dabei in dem Sinne, dass sie an Kameradschaftsabenden teilnehmen, sondern in dem Sinn, dass da immer wieder ideologisch was rein gegeben wird und die Leute an ein bestimmtes Lebensgefühl gebunden werden, egal ob in Form von neuen CDs oder von einem Konzert. Das weiß man ja auch: Brandenburger und Wittstocker Rechte sind seit Mitte der 90er Jahre auf die großen Konzerte gefahren nach Ost-Vorpommern, und das hat sich für die nicht verändert. Teilweise ist es schwieriger geworden, aber nicht wirklich. So spielt das heute auch noch zusammen. (F11)

Bindeglied zwischen Szene und Organisierten sind Kameradschaften, die völlig unterschiedliche Formen haben können: von kleinen Freundeskreisen bis hin zu straffen Organisationen mit Vernetzungsfunktion wie die *Kameradschaft 'Märkischer Heimatschutz'*, die vor allem in Oberhavel aktiv ist. Rechtsextreme Bands, deren Mitglieder nicht selten selbst militant politisch aktiv sind wie im Fall der Gruppe *Landser*, sind das Verbindungsglied zwischen den Organisierten und den Szenemitgliedern.

Die *NPD* und ihre Jugendorganisation haben seit 1997 versucht, die *Freien Kameradschaften* und die rechte Szene an sich zu binden. Da wo ihnen das gelungen ist, ist die Gewalttätigkeit zum Teil zurückgegangen und damit aus dem öffentlichen Interesse verschwunden. Der

politische Organisationsgrad ist aber gestiegen, und die Wirkung im kommunalen Raum ist erheblich angewachsen. (Vgl. WAGNER, 2002B: 2)⁷⁶

Die (Szenemitglieder, B. S.) sind zum großen Teil nicht in der Partei. Wenn die NPD aber sagt: so, da findet in Rostock oder Wittstock eine Demo statt, dann setzen die sich brav in den Bus und fahren mit. Das ist der Grossteil. Mario S. z. B., der hatte einen großen Einfluss auf nicht organisierte Rechte im Wittstocker Bereich. Wenn der was gesagt hat, dann haben die das gemacht. Matthias W. (NPD, Stadtparlament Wittstock) oder Sven K., das sind die grauen Eminenzen, die Kontakte in die Parteien haben aber auch großen Einfluss auf die nicht Organisierten und diese dann entsprechend zu Demos und anderen Sachen heranziehen. (F23)

Als radikalisierte Abspaltung der NPD ist im westlichen Nord-Brandenburg die *Bewegung Neue Ordnung BNO* aktiv und verbindet über einzelne exponierte Personen die diffus gewaltbereite Szene von Belzig bis Wittstock mit organisierter politischer Agitation und Mobilisierung.

Ob Parteien, lokale Szenen, Cliques, Kameradschaften, „*all diese Ausprägungen bilden eine Wissens- und Wertegemeinschaft. Sie müssen als Ganzes und in ihrem Zusammenwirken verstanden werden.*“ (ERB,1999: 3)⁷⁷

Die zunächst plan- und ziellose Gewalt der Szenemitglieder schadet zwar dem inzwischen angestrebten bürgerlichen Image Rechtsextremer mit parlamentarischen Ambitionen, sie ist aber für diese höchst funktional. Die Gewalt der Szene setzt die von Parteien wie der NPD angestrebte kulturelle Hegemonie, die so genannte ‚National befreite Zone‘ physisch durch, die dann den Boden für die politische Hegemonie bereiten soll und tatsächlich eine gute Voraussetzung dafür ist.⁷⁸

Der Kampf um Hegemonie ist auch ein Kampf um die Raumhoheit. Mittels Gewalt werden für Mitglieder der erklärten Feindgruppen *no-go-areas* geschaffen:

Wiederholte Angriffe werden von dem Opfer und seinem sozialen Umfeld als Angriff auf die gesamte Gruppe wahrgenommen. Die Gruppe der Betroffenen lebt in Angst, dass sich der Angriff wiederholen könnte. Potenziell Betroffene bewegen sich nur noch in Gruppen und zu bestimmten Zeiten durch die Stadt. Es erfolgt eine schrittweise Verdrängung aus dem öffentlichen Raum.⁷⁹

⁷⁶ WAGNER, BERND (2002B): *Des Bürgers braune Kleider. Kommunen und Rechtsextremismus*. In: Zentrum demokratische Kultur (Hrsg.): *Alternative Kommunalpolitik*, Nr.5/1998, S. 36-38. Siehe auch: www.kommunale-info.de/Themen/Antifa/antifa035.htm

⁷⁷ ERB, RAINER (1999): *Rechtsextremistische Jugendszene in Brandenburg*. In: www.aktionsbuendnis.brandenburg.de/sixcms/detail.php/67576

⁷⁸ Der Begriff der *National befreiten Zonen* taucht erstmals 1991 in einem Strategiepapier des NPD-nahen *Nationalen Hochschulbundes* 1991 auf. Der Begriff *Befreiung* ist hier wie viele andere Begriffe auch aus dem linken Sprachgebrauch übernommen, meint hier aber nicht Emanzipation, sondern Vertreibung von ‚Unarischen‘ und Übernahme der Sanktionsmacht.

⁷⁹ JOHN, DOMINIQUE; BECK, MARTIN (2003): *Beraten, informieren, intervenieren*. In: Koordinator der CIVITAS-geförderten Beratungsstellen für Opfer rechtsextremer Straf- und Gewalttaten (Hrsg.). Berlin

Die Raumhoheit wird mit einem hohen Drohpotenzial aufrechterhalten. Dabei spielen neonazistische Symbole, ob als Zeichen oder Kleidungsstücke, eine wichtige Rolle. Potenziellen Opfern zeigen sie die Anwesenheit Rechtsradikaler an, markieren den Raum und sollen einschüchtern. Gleichgesinnten vermitteln sie Sicherheits- und Dominanzgefühle. (KORGEL/BORSTEL, 2002: 220ff.)⁸⁰

In diesem Kontext sind die Anschläge auf Asia- und Döner-Imbisse angesiedelt. Jedes an einen Wagen gemalte Hakenkreuz, jede eingeschlagene Fensterscheibe markieren den Betrieb als angreifbaren Ort, als vernichtungswürdiges Objekt, unterstreichen seinen Charakter als Fremdkörper. Jede Gewalttat ist ein Schritt hin zur angestrebten Hegemonie, zur Durchsetzung der völkischen Utopie und ein *Kick* für die Szene. So hat diese rassistische und fremdenfeindliche Gewalt nicht nur die Verletzung, Demütigung, Vertreibung oder Vernichtung des Opfers zum Ziel, sondern darüber hinaus eine wesentliche Funktion für die Aufrechterhaltung der Szene und der ‚nationalen Bewegung‘, unabhängig vom politischen Bewusstseinsgrad der Täter.

Die oft gehörte Feststellung, „die haben ja nichts im Kopf,“ ist keine Entlastung oder Beruhigung, eher das Gegenteil, denn sie zeigt, dass die Bewegung auch mit einem auf primitive Slogans verkümmerten Weltbild aufrecht erhalten werden kann. (ERB, 1999: 5)

4.3 Kommunale Probleme und Handlungsmöglichkeiten

Ein großes Problem im kommunalen Leben ist es, die reale Situation, die tatsächliche Struktur und Wirkungsmacht der rechtsextremen ‚Bewegung‘ vor Ort zu erkennen. (WAGNER, 1998: 3)

Die Situation für die Kommunen ist in mehrfacher Hinsicht ausgesprochen schwierig. Das Phänomen *Rechtsextremismus* lässt sich weder räumlich eingrenzen, noch auf eine bestimmte soziale Gruppe beschränken. Die Kommunen sind außerdem stark abhängig von politischen Entscheidungen auf Landes- und Bundesebene, die sich auf den kommunalen Raum auswirken, dort aber nur begrenzt beeinflussbar sind. In unseren Befragungen wurden aber nicht nur verallgemeinerbare Probleme deutlich, sondern auch Handlungsperspektiven, die im Folgenden vorgestellt werden sollen.

⁸⁰ KORGEL, LORENZ; BORSTEL, DIRK (2002): *Rechtsextreme Symbolik und Kleidung im öffentlichen Raum: Bestandsaufnahmen und Handlungsstrategien*. In: GRUMKE, THOMAS; WAGNER, BERND (HRSG.): *Handbuch Rechtsradikalismus. Personen – Organisationen – Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft*. Opladen, S. 220ff.

Räumliche Eingrenzung

In den meisten Kommunen besteht die Tendenz oder auch der erklärte Wille, den Blick auf die eigene Ortschaft, die eigene Stadt zu begrenzen. Gehen rechtsextreme Aktivitäten von Nicht-Ortsansässigen aus, so fühlen sich die Kommunen und Gemeinden oft nicht zum Handeln verpflichtet. Werden Ortsansässige außerhalb aktiv, so gibt es auch keinen Anlass zum Handeln, denn der Vorfall fand außerhalb der kommunalen Zuständigkeit statt. Ein Befragter beschreibt das Phänomen am Beispiel der Stadt A und der Nachbarstadt N:

Die aus N sagen, die, die hier sind, kommen aus A und umgekehrt. Jeder möchte ja schließlich - das ist gerade bei den Stadtvätern sehr verbreitet -, dass seine Stadt sauber ist, und wenn was passiert, dass das dann Fremde gewesen sind. (F6)

Die Orte sind austauschbar, das Phänomen weit verbreitet. So entsteht ein großer Raum politischer Reaktionslosigkeit, die der Strategie von Rechtsextremen entgegenkommt, wie folgende Beschreibung von SzenebeobachterInnen exemplarisch am Beispiel Nord-Brandenburg zeigt:

Die rechtsextrem eingestellten Menschen in Neustadt/Dosse zum Beispiel fahren jetzt nicht mehr ins Umland, sondern versuchen, in Neustadt präsent zu sein, und werden dabei von den Wittstickern unterstützt. Bei dem Sommerfest in Neustadt gab es Auseinandersetzungen zwischen dem BGS und Rechtsextremen. Sie zeigen sich jetzt auch auf dem Bahnhofsvorplatz, was es bisher nicht gab. Das ist immer deren Strategie: austesten, ob man sich in einem Ort am Bahnhof halten kann, um dann die öffentlichen Plätze zu besetzen. Bei den jüngsten Vorfällen in Neuruppin hat man mit der Reaktion gewartet, weil man der Meinung war, dass die rechten Schläger von außerhalb kamen. Das ist auch oft so. Tankstellen, Dorffeste sind immer ein beliebter Treffpunkt für die Rechten der Region. In Rheinsberg war es dem Bürgermeister bei den Übergriffen in den 90ern egal, wo die herkamen. Der ist ganz offensiv dagegen vorgegangen, und das ist erfahrungsgemäß auch die beste Strategie. (F30)

Eine große, gebietsübergreifende Mobilisierungskraft haben oft einzelne Personen und Treffpunkte wie zum Beispiel der Jugendclub *Bunker* in Neuruppin oder die Diskothek *Schlachthof* in Frankfurt/Oder bis zu ihrer Schließung. Polizeiliche Maßnahmen haben nur begrenzte Wirkungsmöglichkeiten. Hier können Kommunen tätig werden zum Beispiel durch den Entzug von Schanklizenzen bei wiederholten fremdenfeindlichen Übergriffen oder anderen Gewalttätigkeiten. Im Rahmen einer *Versagungsprüfung* nach §4 Abs. 1 Ziffer 2 und 3 des Gaststättengesetzes ist es möglich, einem gastronomischen Betrieb die Genehmigung für den Unterhalt einer Gaststätte oder Diskothek zu entziehen. (F29)

Wichtig wäre auch ein Austausch zwischen den Kommunen, die mit der gleichen Szene oder den gleichen, überregional agierenden Personen konfrontiert sind, zumal Polizei und Staatsschutz ihre Erkenntnisse nur eingeschränkt an kommunale AkteurInnen weitergeben.⁸¹

Soziale Eingrenzung

Das Problem *Rechtsextremismus* wird im kommunalen Alltag häufig auf das Problem Gewalt bzw. Jugendgewalt in Verbindung mit bestimmten Kleidungsstilen und subkulturellen Erscheinungsformen reduziert. Taucht eines dieser Merkmale nicht auf, so wird das Problem oft gar nicht erkannt. Dieses Klischee vom Rechtsextremismus trifft inzwischen nicht einmal mehr auf Jugendszenen zu. Hier mischen sich seit längerem verschiedene Stilformen, und Ideologiefragmente des rechtsextremen Weltbildes haben sich vielerorts szenübergreifend als *mainstream* durchgesetzt.⁸² Informationsdefizite können zu einem ernsthaften Problem werden, wie ein *TOMEG* Mitarbeiter bestätigt:

Wenn jemand mit der ganzen Sache nicht befasst ist, und ich frag den, wie stellst du dir denn einen Rechtsradikalen vor, dann sagt der: ‚Den erkenn ich, weil der hat `ne Bomberjacke an, der trägt Springerstiefel, der hat `nen Baseballschläger in der Hand und hat `ne Glatze.‘ Wenn ich dem dann erkläre, dass man das gar nicht immer am Äußeren erkennt, sondern dass ganz normal Aussehende solche Vorstellungen haben können, dann gucken sie mich komisch an und können sich das gar nicht vorstellen. Da gehen sie in den Medien oft nicht sehr verantwortlich mit um. (F25)

Entsprechend der Eingrenzung des Problems auf Jugend und Gewalt wird die Bekämpfung des Rechtsextremismus vor allem an Sicherheitsorgane und an die Jugendarbeit delegiert.⁸³

⁸¹ Bei unseren Befragungen ergab sich das Bild eines in mehrere Richtungen gehemmten Informationsflusses: Ein Mitarbeiter des Verfassungsschutzes teilte uns mit, alle Ergebnisse würden weitergeleitet, nur die Quellen blieben unter Verschluss. Von einem Staatsanwalt erfuhren wir: „*Ich glaube aber nicht, da stimme ich mit der Polizei überein, dass Polizei und Justiz alle Informationen zur Verfügung gestellt werden, die der Verfassungsschutz hat. Punkt. Und da das nicht so ist und die Polizei nur sehr wenig eigene V-Leute hat, kommt man in die Strukturen nur sehr, sehr schwer rein, und so lange das so ist, können wir in unseren Ermittlungen nicht genügend vordringen.*“ (F23) Der Informationsfluss von der Polizei in die kommunalen Strukturen ist ebenfalls eingeschränkt, wie folgender Ausschnitt aus einem Gespräch mit einem Mitarbeiter eines Präventionsrates zeigt: „*Ich hatte anfangs natürlich mal die Frage gestellt nach dieser organisierten Szene, weil das ist ja das Entscheidende, was mich am meisten interessiert, aber da ist das Brett wohl auch am dicksten zu bohren. Der Polizeichef hier, der zuckte mit den Schultern und sagte: ‚Da kann so was sein, aber dazu könne er eben nichts sagen, das sei eine Aufgabe des Staatsschutzes.‘ Also da wird getrennt und unterschieden, und wenn es da um organisierte politische Dinge geht, da ist eben die Polizei aus seiner Sicht nicht mehr zuständig.*“ - „*Aber das ist ja erstaunlich, weil das für einen Präventionsrat auch ganz sinnvoll wäre zu wissen, wer im Ort aktiv ist.*“ (B. S.) - „*Ja, hatte ich auch so gesehen. Ich weiß jetzt nicht, aus welchem Beweggrund heraus uns das nicht mitgeteilt wird.*“ (F6)

⁸² Abnahme von rechter Kleidung im öffentlichen Erscheinungsbild bedeutet nicht unbedingt, rechte Dominanz sei zurückgedrängt. Vgl. KORGEL/BORSTEL (2002), S. 214 u. 219

⁸³ Sind Jugendliche Opfer rechtsextremer Gewalt, so wird der Konflikt oft als einer zwischen rivalisierenden Jugendcliquen verstanden und vereinfacht im Rechts-Links-Schema interpretiert. *Hipp Hopper, Skater, Raver, Hippies, Gruffies* oder *Punks*, alle diese Spielarten von Jugendkultur werden im öffentlichen Sprechen in das Links-Rechts-Klischee eingepasst. So wird unbeabsichtigt das Bild der Rechten übernommen, dass alle, die nicht sind wie sie, auf die andere Seite gehören. Die Gewalttätigkeit zwischen Jugendlichen wird in diesem Kontext

Bereits 1993 kritisierte der damalige Leiter des Bundeskriminalamtes diese Betrachtungsweise und ihre Unterstützung durch Lagebeschreibungen des Verfassungsschutzes. Er verwies darauf, dass die Gewalt „aus der Mitte der Gesellschaft“ komme und sich nicht auf polizeilich kontrollierbare Gruppen beschränken lasse.⁸⁴

In der Mitte der Gesellschaft, so Bernd Wagner, hat die ausländerfeindliche Haltung, die Dimension einer „sozio-ideologischen Grundströmung“ angenommen. (WAGNER, 2002: 107) Außerdem sind nicht nur, aber vor allem in den neuen Bundesländern die Ordnungsvorstellungen der Bevölkerungsmehrheit zu Themen wie Kriminalität und Arbeitslosigkeit Anknüpfungspunkte für rechte Ideologen. So begründeten auch auffallend viele unserer GesprächspartnerInnen ihre Einschätzung von der relativen Harmlosigkeit jugendlicher Rechtsextremer mit der viel größeren Gefahr, die sie in weit verbreiteten Sympathien für rechtsextreme Positionen bei der Durchschnittsbevölkerung sehen:

Ich würde garantieren, wenn einer da wäre, der wirklich von den Leuten anerkannt würde, und der schreit das, was die Nazis jetzt schreien, da ist die Straße voll. Da sind die Montagsdemos, die wir jetzt haben, ein Dreck gegen. Das könnte ich wetten. Auch wenn jetzt alle die Tragweite nicht sehen. (F1)

Auf diesem Hintergrund ist es ausgesprochen wichtig, wie sich kommunale Eliten und Verantwortliche nach rechtsextremen bzw. fremdenfeindlichen Übergriffen verhalten, und zwar nicht nur für die Opfer, deren verletzte Würde durch die Solidarität öffentlicher Persönlichkeiten wieder hergestellt werden kann. (FUNKE, 2002: 280FF.)⁸⁵ Auch für die Ermutigung zivilgesellschaftlicher und demokratischer Kräfte in der Kommune hat das Verhalten der Stadtoberen Signalwirkung, und nicht zuletzt wird das Verhalten von hierarchisch hoch stehenden Persönlichkeiten gerade von den mit dem Rechtsextremismus sympathisierenden Bevölkerungsteilen als normsetzend akzeptiert. Eine kompromisslose, klare, öffentliche Positionierung wie in unseren Fallbeispielen ist außerdem eine Möglichkeit, dem schlechten Ruf als ‚rechte‘ Stadt, der oft als Folge von Medienberichten befürchtet wird, entgegen zu wirken.

Rechtsextrem Orientierte werden durch Demonstrationen wie in Fallbeispiel A und B nicht von ihrer Gesinnung abgebracht, aber die Hemmschwelle für Gewalttaten wird erhöht. Die

gründlich missverstanden, weil die Kämpfe um Territorien tatsächlich an Auseinandersetzungen zwischen Jugendgangs erinnern. Es handelt sich aber in der Regel um den Kampf rechtsextremer Jugendlicher um Hegemonie und, falls sich nicht-rechte Jugendliche wehren, um Abwehrkämpfe gegen diesen Hegemonieanspruch. Eine fehlende Solidarisierung mit den Opfern stärkt die Täter, führt zur zunehmenden Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Opfer und schließlich zu ihrer Abwanderung. Ist dieser Zustand erst einmal erreicht, so kommt der rechtsextrem orientierten Jugendkultur eine Sozialisationsmacht zu, die auch die folgende Generation prägt.

⁸⁴ Süddeutsche Zeitung vom 16.06. 1993, zitiert in FUNK, ALBRECHT (1994: 345)

⁸⁵ FUNKE, HAJO (2002): *Paranoia und Politik*. Berlin

Atmosphäre in einer Stadt hat großen Einfluss auf die Gewaltbereitschaft. Rechtsextreme Gewalttäter fühlen sich ermutigt, wenn sie glauben, im Sinne der Allgemeinheit zu handeln, wenn sie sich als ‚Vollstrecker des Volkswillens‘ sehen können. (vgl. BUNTENBACH, 1999: 27)

Es wird in allen Orten zu viel verharmlost. Man muss sofort, wenn es anfängt, ein Gegengewicht bilden. Wenn man das nicht sichtbar macht, dann gibt man denen freies Geleit. (F2)

Normative Herausforderung⁸⁶

Ein erfolgreiches Zurückdrängen des Rechtsextremismus in seinen verschiedenen Erscheinungsformen hängt davon ab, ob es gelingt, einen Gegenentwurf zu den rechtsextremen Wertvorstellungen glaubwürdig zu vertreten. Davon sind die großen Parteien weit entfernt. Die bundesrepublikanische Wirklichkeit steht zurzeit nicht für die demokratischen Werte einer solidarischen, emanzipatorischen und integrativen Gesellschaft, sondern sie wird von vielen Menschen als kalt, ausgrenzend und konkurrent erlebt. Zu dieser Glaubwürdigkeitskrise kommt die Strategie der großen Parteien, die Positionen der extremen Rechten in ihre Programmatik zu integrieren. (BUNTENBACH, 1999: 30FF.)

Die Asyldebatte Anfang der 90er Jahre mit den populistischen Slogans von der ‚überfremdeten‘ Gesellschaft und dem ‚vollen Boot‘ hat die pogromartigen Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen und Hoyerswerda nachweislich gefördert, wenn nicht sogar hervorgebracht. Hajo Funke weist in diesem Zusammenhang auf den negativen Vorbildcharakter des staatlichen Umgangs mit Asylbewerbern hin, auf

... die Alltagsdiskriminierung in Zusammenhang mit Chipkarten, die Isolierung und Gettoisierung von Asylbewerbern in abgelegenen Waldzonen, die sonst in Europa kaum so vorhandene Einschränkung der Bewegungs-, Ausbildungs- und Arbeitsspielräume. (FUNKE 2002: 283)

Die rassistische Vorstellung Rechtsradikaler, es handele sich bei ‚Ausländern‘ um ‚Menschen zweiter Klasse‘, für die Menschenrechte nur eingeschränkt gelten, wird durch diese staatliche Politik unterstützt.⁸⁷ Gerade in Bundesländern, die keine gewachsene Einwandererstruktur haben und in denen der größte Teil der Zugewanderten AsylbewerberInnen sind, prägt deren Situation das Verhältnis der Bevölkerung zu ‚Ausländern‘ nachhaltig und grundsätzlich.

Ein Polizeibeamter, der lange Zeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen gearbeitet hat, bestätigt aus seiner Erfahrung:

⁸⁶ FUNKE, HAJO (2002: 280)

⁸⁷ Die Landkreise und Kommunen sind der Bundespolitik in diesem Punkt aber nicht vollständig ausgeliefert. Die Landkreise haben gesetzlich große Spielräume, sowohl was die Unterbringung der AsylbewerberInnen in Wohnungen anbetrifft, als auch dbei der Auszahlung von Bargeld statt Gutscheinen oder Chipkarten, die bei jedem Einkauf die zahlende Person öffentlich als Teil einer ausgegrenzten Gruppe stigmatisiert.

Was nicht förderlich ist, ist dass Asylbewerber in Zentralunterkünften untergebracht sind, die meistens irgendwo abseits sind. Meine persönliche Meinung ist, die Leute haben keine Möglichkeit, zueinander zu kommen. Ich würde das für förderlicher halten, wenn man die in den Sozialräumen, selbst in kleinen Wohngruppen unterbringt. Bei den Übersiedlern hatten wir das auch, dass sie alle in einem Stadtteil untergebracht wurden, und dadurch, dass sie kaum die Möglichkeit hatten, andere Leute kennen zu lernen, sind sie nur unter sich geblieben und haben auch nur russisch geredet. Wenn man das anders machen würde, dann müssten die Leute lernen, miteinander umzugehen, die einen, dass sie lernen mit ausländischen Staatsbürgern umzugehen, und die anderen lernen die deutsche Sprache, die unheimlich wichtig ist, die Erfahrung haben wir auch gemacht. Beide Seiten sollten gezwungen werden, miteinander umzugehen und Vorurteile abzubauen. (F25)

Problematisch ist in diesem Zusammenhang auch die Selbstverständlichkeit, mit der davon ausgegangen wird, dass Rassismus und Rechtsextremismus Folgen von Arbeitslosigkeit seien. Davon waren ausnahmslos alle Befragten überzeugt. Wissenschaftliche Studien belegen dagegen, dass weder das Bildungsniveau, noch der soziale Status ausschlaggebend sind für rechtsextreme Einstellungen.⁸⁸ Die Verbindung von Arbeitslosigkeit mit Gewalttätigkeit gegenüber Minderheiten wird im öffentlichen Diskurs zu einem Automatismus, der weder historisch noch im internationalen Vergleich zutrifft. So kann Arbeitslosigkeit die weit verbreitete Fremdenfeindlichkeit, rassistische Einstellungen und Rechtsradikalismus nur sehr bedingt erklären. Die Tatsache, dass ein größerer Teil der Bevölkerung auf bereits „*relativ schwache ökonomische Krisenerscheinungen*“ (PFAHL-TRAUGHBER, 1999: 107) mit rechtsextremen Orientierungen reagiert, ist selbst erklärungsbedürftig und verweist auf nie überwundene, latente Restbestände rechtsextremer Ideologie und deren leichte Mobilisierbarkeit.

Die Vorstellung, rassistische Gewalt und rechtsextreme Einstellungen seien nur durch Arbeitsplätze einzudämmen, bleibt ungewollt in der rechtspopulistischen Kopplung von Arbeitslosigkeit und Immigration verhaftet, nicht selten mit dem entlastenden Unterton ‚*man kann es ja verstehen*‘.

Gegen die Aufweichung von Tabus und die moralische Uneindeutigkeit, die in dieser Art Erklärungsversuch unbeabsichtigt transportiert wird, setzte die Initiative *Gesicht Zeigen* im Demonstrationsaufruf von Fallbeispiel A die klare Position, dass die wirtschaftlichen Probleme der Region nicht als Begründung für Fremdenfeindlichkeit und Gewalt herhalten dürfen.

⁸⁸ Vgl.: PFAHL-TRAUGHBER (1999: 103); WILLEMS, HELMUT (2002): „*Rechtsextremistische, antisemitische und fremdenfeindliche Straftaten in Deutschland: Entwicklung, Strukturen, Hintergründe*“ in: GRUMKE, THOMAS; WAGNER, BERND (HRSG.): *Handbuch Rechtsradikalismus. Personen – Organisationen – Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft*. Opladen, S. 151ff., sowie: ERB, RAINER (1999: 5)

Der Stärkung der Zivilgesellschaft, des bürgerschaftlichen Engagements und der demokratischen Partizipation kommt eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zu. Ein öffentlicher Verständigungsprozess über Normvorstellungen ist dafür unerlässlich und kann zu einer belebenden Dynamik in einer Kommune führen, wie die folgenden Beispiele zeigen:

Es verändern sich durch die Initiative die Berührungspunkte zwischen den Generationen. Es hat z. B. eine sehr ehrliche und engagierte Diskussion über Ordnungs- und Sauberkeitsvorstellungen gegeben. Das hat selbst den Menschen von der Zeitung beeindruckt, wie da miteinander geredet wurde. Der war erst sehr skeptisch. (F4)

Der Gewaltbegriff ohne Zuordnung birgt die Gefahr, dass man hier Dinge gleich setzt, die nicht gleich sind. Wenn hier die Linken rumlungern und etwas unappetitlich aussehen, mal wohin spucken oder mal 'ne Bierflasche kaputt schmeißen, das wird dann oft in die Nähe von Rechten gerückt und gesagt, das ist alles das gleiche. Das ist eine laufende Auseinandersetzung, dass man sagen muss, es ist schon was anderes, wenn Leute massiv gegen einen Imbiss vorgehen, als wenn Leute in der Ecke rumlummeln. (F5)

... und da habe ich gesagt, wissen Sie was, bei den Dingen, die Sie hier erzählt haben, da fehlt Solidarität, da fehlt Hilfsbereitschaft, da fehlt Zusammenrücken, wie wollen Sie denn solche Vorfälle verhindern, wenn Sie als Schule nicht Position beziehen? (F18)

Die Stärkung der Zivilgesellschaft könnte für Kommunen angesichts leerer Kassen eine politische Überlebensfrage werden. Das *Mobile Beratungsteam* macht darauf aufmerksam, dass organisierte Rechtsextreme und Neonazis bestrebt sind, als Vereine die sozialen Dienstleistungen, die die Kommunen nicht mehr finanzieren können, zu übernehmen und sich so im Gemeinwesen, speziell in der Jugendarbeit zu verankern und ihren Einfluss auszudehnen. Die aktive Einbindung demokratisch engagierter BürgerInnen in die kommunalen Aufgabenbereiche könnte dem entgegenwirken.

Schwächung der Täter durch Stärkung der Opfer

Gewalt lässt keine Neutralität zu, sondern fordert Parteilichkeit. Findet keine eindeutige Positionierung statt, so werden stillschweigend die Taten toleriert und die Täter moralisch gestärkt. Eine unbedingte Solidarisierung mit den Opfern wie in den drei Fallbeispielen schwächt die Täterseite und kann vor weiterer Gewalt schützen.

Die gesellschaftliche und auch die wissenschaftliche Diskussion haben sich bisher hauptsächlich auf die Täter, deren Motive und soziale Situation konzentriert, auf repressive Abschreckung oder Ausstiegsangebote. Die Opfer tauchen in der Regel nur als Objekte der Gewalt auf bzw. im Weiteren als Objekte der Hilfsbereitschaft und der guten Absichten. Die

Perspektive von Menschen, die per Definition von rechtsextremer Gewalt bedroht sind, ist in der Regel weder in der politischen Diskussion noch im kommunalen Bewusstsein präsent.⁸⁹

Gleichzeitig birgt die Betrachtung von MigrantInnen als potenzielle Opfer die Gefahr, dass sie auf diesen Opferstatus reduziert werden. Sowieso werden MigrantInnen meistens erst dann im öffentlichen Leben der Kommunen wahrgenommen, wenn es Probleme gibt.

Wie in den vorangegangenen Kapiteln beschrieben, hängt rechtsextreme Gewaltausübung eng mit einer schwachen sozialen Position der potenziellen Opfer zusammen. Eine positive Wahrnehmung und Anerkennung als Mitglied der Kommune und – wie im Fall der BetreiberInnen der Imbisse - als UnternehmerInnen mit Einladung in die entsprechenden Gremien und zu sozialen Ereignissen findet selten statt.

Hier sieht Herr Dr. Mohammed Hamdali von der *Selbsthilfe-Organisationsberatung für Migrantinnen und Migranten* bei der Landesausländerbeauftragten in Potsdam, den wir zur Situation von MigrantInnen in Brandenburg befragten, den größten Handlungsbedarf:

Integration hängt in starkem Maß ab von der Bereitschaft der Aufnahmegesellschaft, und da gibt es in Brandenburg andere Probleme als in Berlin oder den alten Bundesländern. Der Prozess hat gerade erst angefangen. Integration heißt Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Das heißt, Migranten müssen ernst genommen werden. Es geht um das Gespräch auf gleicher Augenhöhe. Ausländer und Zugewanderte werden meistens nur als Objekt der Hilfeleistung betrachtet. Wichtig ist, sie als Subjekte und Akteure wahrzunehmen. Nur so kann Vertrauen in die Aufnahmegesellschaft entstehen. Die deutschen Initiativen müssen sich öffnen. Sie müssen wegkommen von der defizitären Betrachtungsweise hin zu einer ressourcenorientierten. Man kann nicht immer sagen, das scheitert alles an der Sprache. Sprache ist tatsächlich die Eintrittskarte in die Gesellschaft, aber es gibt auch jenseits davon Ressourcen und Kompetenzen. Man muss das ganz strategisch sehen: Wir brauchen Zuwanderung. (F28)

Im Resümee von Kapitel 1 wiesen wir darauf hin, dass es in keinem der Fallbeispiele intensivere Bemühungen gab, die Opfer der Brandanschläge über die konkreten Solidarisierungsaktionen hinaus in Institutionen oder Initiativen einzubinden. In Hintergrundgesprächen stellten wir fest, dass diese Feststellung auch für Initiativen in anderen Städten gilt. Nach längerem Suchen fanden wir eine Initiative in Belgig, der es gelungen ist, über einen längeren Zeitraum eine interkulturelle Gruppe aufzubauen. Wir führten ein Gespräch, das im Folgenden dokumentiert wird.

⁸⁹ Kleine Aktivitäten, wie die Aufkleber der *Aktion Noteingang* an Amtsgebäuden und Geschäften können bereits die Aufmerksamkeit in diese Richtung lenken. Mit dem Versuch, eine Stadt, ihre Plätze und die Orte des sozialen Lebens aus der Perspektive bedrohter Menschen zu betrachten, können Nicht-Betroffene außerdem einen tiefen Einblick in die Situation vor Ort gewinnen. Als sehr sensibilisierend beschrieben Mitglieder der Initiative *Gesicht Zeigen* den Orts-Rundgang mit der Künstlerin Irmela Schramm, die nazistische Symbole, rassistische und rechte Parolen und Sprüche fotografiert und anschließend beseitigt. Ihnen sei vorher nicht klar gewesen, wo sich diese Zeichen alle finden lassen. Im Alltag nähmen sie nur die sehr plakativen wahr.

Exkurs: Zivilgesellschaftliches Engagement. Das Infocafé *Der Winkel* in Belgien

Das Belziger Infocafé liegt in einem der wenigen nicht rekonstruierten Altbauten der Altstadt. Was zuerst wie ein leer stehendes, verfallendes Gebäude wirkt, erweist sich beim näheren Betrachten als Treffpunkt von Friedens- und antifaschistischen AktivistInnen. Es fällt allerdings gleich ins Auge, dass in den Scheiben des zur Straße hin liegenden Ladenlokals mehrere mittlerweile überklebte Löcher prangen. Dem Infocafé *Der Winkel* ist auch in seinen Innenräumen die dürftige finanzielle Ausstattung des Projektes anzusehen, altes Mobiliar, ein selbstgebautes Tresen. An der Wand verweist etwas Lektüre in Regalen auf den Charakter eines nicht kommerziellen Treffpunktes.

1998 wurde der Verein *Belziger Forum* gegründet, „*nachdem es eine Reihe von schweren, gewaltsamen Übergriffen auf Asylbewerber hier gegeben hat*“. Es ist ein loser und wenig institutionalisierter Zusammenhang, der immer dann aktiviert wird, „*wenn etwas passiert*“, dann berufe der Bürgermeister das Forum ein. Aus dieser Bürgerversammlung haben sich im Laufe der Jahre verschiedene Arbeitskreise entwickelt. Als die beiden derzeit wichtigsten Arbeitsgruppen werden uns eine *AG Zukunftswerkstatt* und als der aktivste und stabilste der *Arbeitskreis Infocafé* vorgestellt. (F14)

Im Café treffen sich Menschen mit unterschiedlichsten Biographien, sozialen und kulturellen Hintergründen. Bei einem Treffen der *Arbeitsgruppe Infocafé* waren beispielsweise mehrere afrikanische Flüchtlinge, Menschen aus der ehemaligen Sowjetunion, ein aus den Niederlanden noch zu DDR-Zeiten eingewanderter Friedensaktivist, eine aus Süddeutschland zugezogene Kommunardin eines am Ort bestehenden Wohnprojektes, ein emeritierter Geschichtsprofessor, ein lokaler Antifaschist und andere um den Sitzungstisch diskutierend versammelt; kurz: eine völlig untypische, interkulturelle, sozial- und altersheterogene Zusammenkunft, eine Art Notgemeinschaft zivilgesellschaftlich engagierter Menschen.

Die um den Tisch Versammelten betonten denn auch den grundsätzlich offenen Charakter des Cafés, vor allem aber seine Bedeutung als Treffpunkt, Kommunikations- und Beratungsstelle für Menschen mit Migrationshintergrund. Immerhin sei ein wichtiger Anlass zur Gründung des *Belziger Forums* und des Infocafés gewesen, dass sich damals im Jahr 1998 gewalttätige Angriffe auf AsylbewerberInnen gehäuft hatten. Ein Mitglied des Infocafés beschreibt dies folgendermaßen:

Eine von unseren Hauptaktionsgruppen sind Asylbewerber und Ausländer. Wir haben alle möglichen thematischen Veranstaltungen in dem Zusammenhang gemacht, wir haben hier das Infocafé aufgebaut als eine Anlaufstelle, als geschützten Bereich, wo man Infos und Beratung kriegen konnte. Wir haben die Asylbewerber begleitet zu den Ämtern, wir haben sie abends eingeladen zu Partys, als noch die verschiedenen Heime

hier waren.⁹⁰ Wir haben Straßenfeste organisiert, wo wir andere Vereine mit einbezogen haben. Von daher haben wir sehr gute Kontakte zu allen Ausländergruppen und Asylbewerbern, die hier in der Gegend sind. (F14)

Eine der jüngsten Initiativen war die Errichtung eines Gedenksteines für den an den Folgen eines rechtsradikalen Übergriffes gestorbenen marokkanischen Flüchtling Belaid Baylal.

Nicht unumstritten ist in der Gruppe des Infocafés der Umgang mit rechtsradikalen Jugendlichen:

Wir haben auch am Anfang so eine Linie gefahren, wo wir gesagt haben, wir wollen auch mit den rechten Jugendlichen in Kontakt kommen bis hin zu dem Ansatz von akzeptierender Sozialarbeit. Diese Richtung haben wir über die Zeit nicht weiter verfolgt. (F14)

Heute ist der Umgang so, dass Jugendliche, die sich in der rechten Szene bewegen zwar Zugang zu dem Café haben, aber

in dem Augenblick, wo die Leute, für die wir das in erster Linie hier gegründet haben und betreiben, nicht mehr kommen, weil solche (Rechte) kommen und sie sich nicht mehr hertrauen, da ist dann die Trennungslinie. (F14)

Das Verhältnis der Bevölkerung zum Infocafé scheint uneindeutig. Bemerkenswert ist die Unterstützung von städtischer Seite, auch wenn sich diese meist auf Immaterielles zu konzentrieren scheint. Die Miete des Cafés wurde freundlicherweise von einem Potsdamer Geschäftsmann übernommen. Besonders mit Belziger Vereinen gäbe es

ein breites Bündnis, wir sind einfach etabliert in Belzig, wir haben ganz viele Aktionen im Frauenzentrum gemacht, wir haben viele Kontakte in die Schulen, Kirchen, in den Arbeitslosenverband bis in die Feuerwehr. (F14)

Pessimistischer fasst das ein anderer Aktivist zusammen: „Die schweigende Hälfte der Bevölkerung von Belzig hat nichts fürs Infocafé übrig.“ (F 14)

4.4 Resümee

Die Brandanschläge auf Asia- und Döner-Imbisse sind nicht isoliert von anderen fremdenfeindlichen und rechtsextremen Übergriffen zu sehen. Das gesamte Ausmaß wird allerdings in keiner der existierenden Dokumentationen oder polizeilichen Erfassungssysteme vollständig abgebildet. Informationszurückhaltung durch Ermittler, Erfassungsfehler, Verkennen der Motivation und die hohe Dunkelziffer sind die Gründe hierfür. Bei den aufgeklärten Brandstiftungen handelte es sich in allen Fällen um Täter aus rechtsradikalen

⁹⁰ Mittlerweile gibt es nur noch ein Flüchtlingswohnheim in Belzig, zwei ländlich gelegene Heime, z. B. auch das im Ort Verlorenenwasser, wurden aufgelöst.

Szenen und deren Umfeld. Als Ergebnis einer Archivrecherche bei der *Märkischen Allgemeinen Zeitung* ist festzuhalten, dass sich Vandalismusfälle auf Asia- und Dönerimbisse konzentrieren. Von einer fremdenfeindlichen Motivation ist demnach auszugehen.

Der Prototyp der rechtsradikalen Gewalttat entspricht nicht der traditionellen Vorstellung von organisierter, politisch motivierter Kriminalität. In der Regel handelt es sich um Spontantaten, so auch bei der Mehrzahl der aufgeklärten Brandanschläge. Die Täter (90 % sind Männer) sind in ein loses Netz überregional agierender, rechtsextremer Strukturen eingebunden. Die Gewalt ist politisch funktional für die Durchsetzung einer kulturellen Hegemonie durch die Vertreibung ‚Unarischer‘, in erster Linie linke Jugendliche und ‚Ausländer‘.

Das Problem *Rechtsextremismus* lässt sich weder sozial noch räumlich eingrenzen. Dieser Umstand stellt für Kommunen eine große Herausforderung dar. Es gilt über die administrativen Grenzen hinaus aktiv zu werden, sich mit Nachbarkommunen auszutauschen und Konzepte zu entwickeln, weil sowohl Szenen als auch organisierte Gruppierungen ihre Aktivitäten nicht auf ihren Wohnort beschränken, sondern überregional agieren.

Rechtsextreme Einstellungen lassen sich nicht nur bei Jugendlichen und Arbeitslosen finden. Sie sind auch in der Mitte der Gesellschaft weit verbreitet. Das Verhalten von kommunalen Verantwortlichen und ihre Positionierung hat auf diesem Hintergrund einen wichtigen, Norm setzenden Vorbildcharakter und eine Signalwirkung. Eine besondere Bedeutung kommt dabei der sozialen Position potenzieller Opfer zu. Die diskriminierende Behandlung z. B. von AsylbewerberInnen unterstützt die negative Einstellung zu Zugewanderten allgemein und ihre Einstufung als ‚Menschen zweiter Klasse‘

Wie in Kapitel 3 beschrieben ist rechtsextreme Gewalt eng verbunden mit einer schwachen sozialen Position der potenziellen Opfer. Diese Position gilt es zu stärken durch die Integration von Zugewanderten in Vereine und Verbände, denn Integration heißt Teilhabe am sozialen Leben.

5 Institutionen, Beratungsstellen, Versicherungsschutz, juristische Möglichkeiten

Im vorherigen Kapitel wurden die Probleme und Handlungsmöglichkeiten auf der kommunalen Ebene beschrieben. Neben der Stärkung der sozialen Position der ImbissbetreiberInnen standen Maßnahmen gegen rechtsradikale Strukturen im Mittelpunkt der Überlegungen.

Im Folgenden werden Probleme der Imbissbetreibenden mit der Bürokratie und mit Versicherungen beschrieben sowie die juristischen Möglichkeiten nach einem Brandanschlag. Anschließend werden Beratungs- und Unterstützungsangebote vorgestellt und Vorschläge zur Verbesserung der Situation entwickelt.

5.1 Behörden

Von den 29 befragten ImbissbetreiberInnen berichteten nur vier über ihre Erfahrungen mit Behörden, und das in sehr allgemeinen Äußerungen wie: *„Als Ausländer hat man immer Schwierigkeiten mit den Behörden. Ganz selten gibt es gute Leute. Meistens sind sie ein bisschen hart.“* (I 2) Eklatant waren dagegen die geschilderten Fälle, in denen - den Vorschriften folgend, aber der Situation unangemessen - von den Geschädigten die Entsorgung von Wracks, Beseitigung von Vandalismusfolgen oder der Ersatz beschädigten kommunalen Eigentums verlangt wurde. Wie in Fallbeispiel A beschrieben kann hier eine erste Unterstützung ansetzen.

Andere Äußerungen bezogen sich allgemein auf die Fallstricke der Bürokratie. Bereits die Existenzgründung erfordert die Überwindung einer Fülle institutioneller Hürden. Dies soll exemplarisch am Verlauf eines Genehmigungsverfahrens illustriert werden.⁹¹ Vor dem Gang zu den diversen Ämtern muss der potenzielle Betreiber die Bewilligung eines Pacht- oder Mietvertrages vom Eigentümer eines Stellplatzes vorweisen können. Das heißt, es müssen zunächst günstige Stellplätze erkannt und die Eigentümer derselben ausfindig gemacht und angesprochen werden, um ein Mietverhältnis für diesen Raumausschnitt vorzuschlagen.

Das anschließende Genehmigungsverfahren umfasst einen Antrag auf die Erlaubnis zum Betrieb eines Gewerbes beim Gewerbeamt (eine Aufenthaltserlaubnis wird vorausgesetzt). Dazu kommt die Antragstellung zur Erteilung einer Erlaubnis zum Betreiben einer Schank- und Speisewirtschaft (Gebühren: von 102,50 Euro bis zu 10.226,-- Euro). Voraussetzung ist u. a., dass der frei stehende Imbiss-Verkaufsstand mindestens 24 Stunden an einem Ort steht, sonst gilt der Betrieb als Reisegewerbe und ist nicht über das Gaststättengesetz zu behandeln.

⁹¹ Quellen: Gewerbeamt Brück, Ordnungsamt Frankfurt/Oder - Abt. Gastronomie

Baurechtlich darf er dort allerdings nur drei Tage stehen, danach bedarf er einer baurechtlichen Genehmigung. Das Bauordnungsamt der Kreisverwaltung muss die Erfüllung der örtlichen, das Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt des Landkreises die der lebensmittelrechtlichen Voraussetzungen bestätigen.

Selbst bei guten deutschen Sprachkenntnissen und einem unverkrampften Verhältnis zu Behörden und bürokratischen Abläufen stellt dieser hier bereits vereinfacht dargestellte Anforderungskatalog eine beträchtliche Schwelle für eine Betriebsgründung dar. Die Aufgaben, die für den laufenden Betrieb bewältigt werden müssen, vom Abschluss eines Versicherungsvertrages über die Erstellung eines Hygienekonzeptes nach der Lebensmittelhygiene-Verordnung bis hin zur Steuererklärung, sind ebenfalls beträchtlich. Für zugewanderte Gewerbetreibende sind dies oft schwer überwindbare Hindernisse auf dem Weg zu einer Existenzgründung bzw. für die Betriebsführung.

5.2 Versicherungsunternehmen

Spätestens nach einem Brandanschlag kann der Umstand, ausreichend bzw. überhaupt versichert gewesen zu sein, über die weitere Existenz des Betriebes entscheiden und den Betroffenen zudem ein Gefühl von Sicherheit, Legitimität und Würde zurückgeben. In allen Fällen, in denen uns von Brandanschlägen auf Imbisswagen berichtet wurde, waren diese nicht versichert, bis auf die Teilkaskoversicherung eines Betreibers, dem die verrußte Inneneinrichtung erstattet wurde.

Bei unserer Befragung wurde deutlich, dass es kein Problem ist, Bistros zu versichern. Schwieriger wird es bei Containern. Hier sind die Prämien sehr hoch, und es ist nach Aussage der Befragten schwer, eine Versicherung zu finden.

Der Container war nicht versichert, weil es der Versicherung zu riskant war. So was machen die nicht so leicht. Ich habe mich damals erkundigt, was sie haben wollten, es war das Zehnfache wie das, was ich jetzt (für ein Bistro) bezahle. (I 3)

Die eindeutig prekärsten Betriebe unter Versicherungsaspekten stellen die Imbissbuden dar. Das Risiko von Schäden wird von den Versicherern sehr hoch eingeschätzt.⁹²

Ein effektiver Schutz vor Einbruch oder Brandstiftung wird bei einem freistehenden Imbisswagen als nahezu unmöglich angesehen.⁹³

⁹² Brief des Versicherungsmaklers Herr H., siehe Anhang

⁹³ Unsere Informationen haben wir von einem Makler eines Berliner Büros sowie einem Versicherungsagenten des *Deutschen Ringes* erhalten. Des weiteren führten wir ein Gespräch mit einer ehemaligen Versicherungsangestellten, die im mittleren Management verschiedener großer Versicherungsunternehmen, davon 11 Jahre in ostdeutschen Städten, gearbeitet hat. Fragen aus dem Bereich der Risikozonen stellten wir telefonisch an einen leitenden Mitarbeiter der *Allianz* in Berlin sowie an einen Vertreter der

Neben der baulichen Beschaffenheit der Imbissbetriebe hat die Lage einen großen Einfluss auf die Versicherungsbedingungen. Die Höhe der Prämien ist davon abhängig, wie gefährlich der Ort eingeschätzt wird, in dem der Betrieb liegt.⁹⁴

Die folgenden Angaben beruhen auf den Zonierungslisten von fünf Versicherungsunternehmen. Sie unterscheiden im Bereich Einbruch/Diebstahl in vier (*Feuersozietät Berlin/Brandenburg, Thuringia-Generali*) bzw. fünf (*Allianz, Die Continentale, VHV*) Risikozonen. Die Steigerung erfolgt von Zone 1 (am günstigsten) bis hin zu Zone 4 oder 5 (am teuersten). Einige Beispiele:

Ort	Continentale (5 Zonen)	Allianz (5 Zonen)	VHV (5 Zonen)	Feuersozietät (4 Zonen)	Thuringia (4 Zonen)
14822 - Brück (Ernst-Thälmann Straße, Ortsmitte)	Zone 5	Zone 5	Zone 5	Zone 4	Zone 4
14547 - Beelitz Berliner Straße, (Ortsmitte)	Zone 5	Zone 5	Zone 5	Zone 4	Zone 4
16515 - Oranienburg	Zone 5	Zone 5	Zone 5	Zone 4	Zone 4
16831 - Rheinsberg	Zone 5	Zone 4	Zone 5	Zone 4	Zone 4
16816 - Neuruppin	Zone 5	Zone 4	Zone 5	Zone 4	Zone 4
16833 - Fehrbellin	Zone 5	Zone 4	Zone 5	Zone 4	Zone 4
16909 - Wittstock	Zone 5	Zone 4	Zone 4	Zone 4	Zone 4
16928 - Pritzwalk	Zone 4	Zone 4	Zone 4	Zone 4	Zone 4
15711 - Königs- Wusterhausen	Zone 4	Zone 4	Zone 4	Zone 4	Zone 4
15344 - Strausberg	Zone 4	Zone 4	Zone 4	Zone 4	Zone 4
15890 - Eisenhüttenstadt bis 15898 - Neuzelle	Zone 3	Zone 3	Zone 3	Zone 4	Zone 4
15566 - Schöneiche bis 15569 - Woltersdorf	Zone 3	Zone 3	Zone 3	Zone 4	Zone 4
16278 - Angermünde bis 16307 - Gartz	Zone 3	Zone 3	Zone 3	Zone 4	Zone 4

Continentale-Versicherung in Dortmund. Leider waren die Bemühungen, mit einem Mitarbeiter des *Gesamtverbandes der Versicherungswirtschaft* zu sprechen, erfolglos. Aussagen zu Risikozonierungen und dem Zustandekommen der statistischen Bemessungsgrundlagen waren hier nicht erhältlich.

⁹⁴ Quelle: Brief von Herrn H. vom 08.07.2004

14913 - Jüterbog bis 14929 - Treuenbrietzen	Zone 5	Zone 4 (Jüterbog) Zone 5 (Treuenbrietzen)	Zone 5	Zone 3	Zone 3
--	--------	--	--------	---------------	---------------

Zunächst wäre anzumerken, dass in den Listen der Risikozonen die Unternehmen *Thuringia-Generali* und die *Feuersozietät Berlin/Brandenburg* die Postleitzahlen 10115 bis 19417, und damit fast ganz Brandenburg, in die teuerste Tarifzone eingruppierten. Eine Ausnahme bilden lediglich die Postleitzahl-Bezirke 14913 bis 14929 (Jüterbog bis Treuenbrietzen), die von beiden Unternehmen als Risikozone 3 angesehen werden. Dies ist umso auffälliger, als die anderen Versicherungen diese in der höchsten Preisklasse (Ausnahme *Allianz*) einstufen. Hier werden die größten Unterschiede dieser Zonierungspraxis deutlich.

Bei genauerer Betrachtung der Prämienklassen in der Tabelle ist außerdem auffällig, dass die Orte Brück, Beelitz und Oranienburg in die höchste Kategorie eingestuft wurden. Sie werden von allen Versicherungsunternehmen offensichtlich als die gefährlichsten Orte innerhalb dieser Aufstellung angesehen.

Anhand dieser wenigen Beispiele wird deutlich, dass es zum Teil erhebliche Unterschiede in der Einstufungspraxis der Unternehmen gibt.⁹⁵ Die sich daraus ergebenden Preisunterschiede können von Laien nur mit der Unterstützung von fachlich qualifizierten ExpertInnen erkannt und genutzt werden.

Die Situation stellt sich im Ergebnis folgendermaßen dar:

Imbisse müssen sich versichern, gerade weil sie so oft geschädigt werden. Dies können sie aber nur bedingt, weil die Beiträge wegen dieser Gefährdung so hoch sind. Bei Nichtversicherung trägt der/die BetreiberIn allein das finanzielle Risiko. Wenn ein Versicherungsvertrag überhaupt möglich ist, mindern hohe Beitragszahlungen den ökonomischen Erfolg und mitunter die Überlebensdauer des Betriebes. Mangels finanzieller Mittel können die baulichen Maßnahmen nicht durchgeführt werden, die besser vor Anschlägen schützen und geringere Beiträge ermöglichen würden. Dies macht die Imbisse wiederum zu verwundbareren Zielen von Vandalismus, Einbrüchen und Brandanschlägen.

⁹⁵ Nicht eindeutig geklärt werden konnte, auf welcher Grundlage die Abstufungen zustande kommen. So wurde einerseits betont, dass „jede Gesellschaft das für sich intern“ festlege (F30), andererseits wurde aber auch auf die dafür maßgeblichen Leitlinien des *Gesamtverbandes der Versicherungswirtschaft GDV* verwiesen (telefonische Auskunft von Herrn A., *Die Continentale*). Dieser erarbeite auf der Grundlage der Schadensstatistiken von 120 bundesdeutschen Versicherungsunternehmen eine Einstufung in Risikozonen. Diese werde als Empfehlung, d. h. nicht bindend an die einzelnen Versicherungsunternehmen weitergegeben. Die Unternehmen würden daraufhin eigene Risikoeinstufungen vornehmen. Leider war hierzu in der Informationsstelle der *GDV* keine Auskunft zu erhalten, eine per E-mail zugesandte Anfrage wurde bislang ebenfalls nicht beantwortet.

Keine der von uns befragten MitarbeiterInnen verschiedener Versicherungsunternehmen konnte oder wollte bestätigen, dass ein weiteres Kriterium bei der (Nicht-)Versicherung eines Imbissstandes die Nationalität des zu Versichernden ist. Allerdings betonte Frau B., die heute nicht mehr in dem Bereich tätig ist, aber jahrelang bei verschiedenen Versicherungsunternehmen beschäftigt war, dass es durchaus üblich sei, Risikogruppen nach Nationalitäten zu bilden. So sei z. B. eine japanische Herkunft „überhaupt kein Problem, aber zum Beispiel Russen, Osteuropa oder so ist schon wieder schwierig, die zu versichern. Und in dem gewerblichen Bereich wie Einbruchsdiebstahl-Versicherung sind es fast immer eigentlich Türken, wo sie wirklich noch mal prüfen.“ (F30) Demnach würden zugewanderte ImbissbetreiberInnen bei den Versicherungen nach einem institutionalisierten, abgestuften Rassismusmodell eingruppiert. Nachweisbar wäre dies allerdings nur über einen umfangreichen Vergleich von Versicherungsprämien.

In Anbetracht der Häufung fremdenfeindlich und rechtsextrem motivierter Gewalt gegen Imbissbetriebe mutet es zynisch an, dass die Opfer dieser Gewalt für die skandalösen politischen und sozialen Zustände und für ihr hohes persönliches Risiko einen doppelten Preis bezahlen müssen. Indirekt fördert dies die Durchsetzung rechtsextremer Vertreibungsabsichten.

5.3 Juristische Möglichkeiten, Schadensersatz⁹⁶

Besonders bei fehlendem Versicherungsschutz kommt der Möglichkeit, Schadensersatz zu erhalten, eine große, oft existenzielle Bedeutung zu. Die Möglichkeiten hierfür sind allerdings begrenzt. Der Fonds der Bundesanwaltschaft für Opfer rechter Gewalttaten wurde ausschließlich für Opfer von Körperverletzungen eingerichtet. Das gleiche gilt für das Opferentschädigungsgesetz. Schadensersatz bei Sachbeschädigungen wird darin nicht geregelt. Den geschädigten ImbissbetreiberInnen bleibt im Rahmen der Justiz für die Kompensation der materiellen Schäden nur die Zivilklage. Die Klage auf Schadensersatz im Zivilprozess ist allerdings mit dem Risiko verbunden, den Schaden durch zusätzliche Kosten noch zu vergrößern.

Im Zivilprozess muss das klagende Opfer die Schadensverursachung beweisen, und zwar so, dass bei einer gemeinschaftlich begangenen Tat unterschieden werden kann, welche Schäden die einzelnen TäterInnen zu verantworten und dementsprechend zu kompensieren haben. Hat es bereits eine Verurteilung in einem Strafverfahren gegeben, so bleibt der Nachweis einer

⁹⁶ Die folgenden Informationen wurden gewonnen in Gesprächen mit den Rechtsanwältinnen Regina Götz und Christina Clemm, oder sie stammen aus einem Interview mit dem Rechtsanwalt Klaus Piegler über Grenzen und Möglichkeiten der Zivilklage, das uns der Journalist Michael Beck freundlicherweise zur Verfügung stellte.

quantifizierbaren individuellen Tatbeteiligung, denn die Tatbeteiligung wird im Strafverfahren nach anderen Kriterien bewertet als im Zivilprozess gefordert. Das Opfer muss auch die Höhe des entstandenen Schadens durch Quittungen und Rechnungen belegen. Sind keine Belege vorhanden, so gilt es, ein Sachverständigengutachten einzuholen. Anspruch besteht nur auf den Ersatz des Zeitwertes, dessen Ermittlung kompliziert ist und in der Regel ebenfalls durch Sachverständige vorgenommen werden muss. Am Ende eines erfolgreichen Zivilprozesses hat das Opfer aber nur einen Vollstreckungstitel erreicht. Ob die Täter zahlungsfähig sind und die Zahlung durchgesetzt werden kann, ist dann immer noch fraglich. Wenn nicht vollstreckt werden kann, müssen die Kosten für anwaltliche Vertretung, Sachverständigengutachten und ggf. Zeugengebühren vom Opfer getragen werden.

Eine besondere Form der Zivilklage ist das Adhäsionsverfahren. Mit diesem Verfahren wird im Strafprozess der zivilrechtliche Schadensersatzanspruch ermittelt und festgesetzt. Ausgenommen sind hier alle Verfahren nach dem Jugendstrafrecht. Damit fällt ein Teil der für die Brandanschläge infrage kommenden Tätergruppe bereits aus. Der Vorteil des Adhäsionsverfahrens besteht darin, dass nicht das Opfer die Tatbeteiligung nachweisen muss. Ansonsten bestehen jedoch alle Risiken, die auch mit einer Zivilklage verbunden sind.⁹⁷

Entschädigungszahlungen können auch als Bewährungsaufgabe verhängt werden. Davon wird bei Schmerzensgeld eher Gebrauch gemacht als bei Sachbeschädigung, weil es so aufwendig ist, die Schadenssumme zu ermitteln. „*Man könnte jedoch daran denken, von einem Mindestbetrag auszugehen und ihn mit einer Bewährungsaufgabe zu verbinden,*“ so der Rechtsanwalt Klaus Piegler. „*Das wäre sinnvoll, denn eine solche Bewährungsaufgabe ist für die Täter ein wesentlich höhere Motivation, für den Schaden aufzukommen als ein zivilrechtlicher Titel.*“

Abschließend sei hier noch die Nebenklage im Strafprozess erwähnt, gerade weil sie in den Brandstiftungsfällen nur in Ausnahmen infrage kommt. Nebenklagen sind nur bei Delikten möglich, die die Integrität der Person besonders berühren. Dazu gehören Körperverletzung, Delikte gegen die sexuelle Selbstbestimmung, Vergehen gegen die Ehre. In allen Fällen gilt auch die versuchte Tat als nebenklagefähig. Im Fallbeispiel A und C waren die Geschädigten wegen des Anklagepunktes *Versuchter Mord* nebenklagefähig.

⁹⁷ Die Strafgerichte nehmen Adhäsionsverfahren ausgesprochen ungern an, obwohl diese nach der letzten Novellierung des Opferschutzgesetzes als Regelfall vorgesehen sind. Nach Aussage eines befragten Staatsanwaltes bedeutet das Adhäsionsverfahren durch die genaue Ermittlung der individuellen Tatbeteiligung einen enormen Mehraufwand, der bei der chronischen personellen Unterbesetzung der Gerichte nicht zu leisten sei. Andere sehen die Gründe für die geringe Bereitschaft der Strafgerichte zu Adhäsionsverfahren eher in der fehlenden Kompetenz der Strafgerichte für zivilrechtliche Fragen begründet. In jedem Fall wäre hier auf Seiten der Behörden ein Handlungsbedarf, um bessere Voraussetzungen für Adhäsionsverfahren zu schaffen.

Ohne Nebenklage ist die geschädigte Person, die bereits Objekt der Gewalttätigkeit wurde, wieder nur Objekt, diesmal des Strafverfahrens. Sie tritt nur als Zeuge auf. Die Nebenklage ermöglicht dem Opfer von Gewalttaten, aus dem Objektstatus herauszutreten und sich aktiv am Strafprozess zu beteiligen. Durch das Recht auf Akteneinsicht und darauf, Fragen und Anträge stellen zu können, kann das Opfer aktiv Einfluss auf den Prozess nehmen. Das ist von besonderer Wichtigkeit bei rassistischen Taten, die zum Ziel haben, durch Demütigung die Würde des Opfers zu verletzen und gesellschaftliche Teilhabe streitig zu machen. Durch die Beobachtung der Prozesse in den Fallbeispielen A und C kann aus eigener Anschauung bestätigt werden, dass die Anwesenheit eines Nebenklägers (Fall C) die Atmosphäre im Gerichtssaal entscheidend beeinflusst und sowohl die Täter als auch die (Presse-) Öffentlichkeit mit dem Opfer als Person konfrontiert.

In allen Fällen ist die juristische Vertretung der Opferinteressen mit Kosten verbunden. Grundsätzlich gibt es auch für Selbstständige die Möglichkeit, Prozesskostenbeihilfe zu beantragen. Die Feststellung der Berechtigung ist allerdings schwierig, wenn keine regelmäßige Buchführung existiert, wie das bei Kleingewerben oft der Fall ist, und betriebswirtschaftliche Auswertungen, die von den Gerichten verlangt werden, erst erstellt werden müssen.

5.4 Unterstützende und beratende Institutionen und Organisationen

Interessenverbände und Unternehmensberatung

Bis auf einen Betreiber, der Mitglied in der *Türkisch-Deutschen Unternehmervereinigung Berlin-Brandenburg TDU* ist, war keiner der von uns Befragten Mitglied in einem Interessenverband. (Einen entsprechenden Unternehmerverband für vietnamesische Gewerbetreibende gibt es nicht.) Eine Mitgliedschaft bei der *Industrie- und Handelskammer* ist nur für Betriebe ab zwei Angestellten möglich. Es fallen also nur die allerwenigsten Imbissbetriebe in diesen Zuständigkeitsbereich.

Als Fachverband für Imbissbetriebe kommt auf Landesebene der *Hotel- und Gaststättenverband Brandenburg HOGA* in Frage. Im *HOGA* sind laut Auskunft der Verwaltung nur wenige ausländische GastronomInnen Mitglied. Aktive Integrationsbemühungen und spezialisierte Beratungsangebote hat es bisher nicht gegeben.

Auf Bundesebene gibt es den *Bundesverband Schnellgastronomie und Imbissbetriebe BVI* mit Sitz in Köln. Der *BVI* bietet eine umfangreiche fachspezifische Beratung von Imbissbetrieben an: steuerliche Gestaltungsmöglichkeiten, Überprüfung von Versicherungsverträgen und

Unterstützung beim Abschluss von Versicherungen, Hilfe bei der Erstellung eines Hygienekonzeptes nach der Lebensmittelhygiene-Verordnung, Lebensmittel- und Vertragsrecht, Umgang mit Behörden und Energieberatung. In dem Verband sind Döner- und Asia-Imbissbetriebe mit einer relevanten Zahl vertreten, wenn auch, nach Einschätzung des Geschäftsführers, im Verhältnis zur Anzahl der Betriebe unterrepräsentiert. Ein auf die speziellen Bedürfnisse des migrantischen Klientels ausgerichtetes Beratungsangebot gibt es auch hier nicht. In Brandenburg hat der Verband Mitglieder, die Beratung wird allerdings von Köln aus telefonisch geleistet. Leider wird diese Beratung nicht mehrsprachig angeboten. Telefonische Kommunikation stellt an Zugewanderte, für die Deutsch die Zweitsprache ist, wesentlich höhere Anforderungen als die Kommunikation im direkten Kontakt.

Seit März 2004 gibt es die Beratungsstelle *Lotsendienst für Migranten – Beratung und Begleitung von Existenzgründungen*. Der Träger ist die gemeinnützige Bildungseinrichtung *Berlin-Brandenburgische Auslandsgesellschaft BBAG e. V.* Sachmittel und eine Personalstelle werden vom Land Brandenburg und dem *Europäischen Sozialfond ESF* finanziert. Zielgruppe sind Personen mit Migrationshintergrund, die in Brandenburg investieren bzw. ein Gewerbe eröffnen wollen. Der *Lotsendienst* bietet kostenlose, individuelle Beratung unter Berücksichtigung interkultureller Aspekte. Aufgrund der russischen Sprachkenntnisse der Beraterin Julia Lexow wird das Angebot nicht nur aber hauptsächlich von AussiedlerInnen in Anspruch genommen. Die fehlende Infrastruktur unter MigrantInnen in Brandenburg, so Julia Lexow, erschwere den Informationsfluss und die Einführung eines neuen Beratungsangebotes. Trotzdem haben sich in nur sechs Monaten bereits 90 Personen an das Projekt gewandt. Mit 28 laufenden Beratungsfällen seien die Kapazitäten bereits annähernd ausgelastet. Dies bestätigt die hohe Gründungsbereitschaft unter MigrantInnen und den Bedarf an spezialisierter Beratung.

Beratung und Unterstützung von MigrantInnen

Die Situation in Brandenburg wie auch in den anderen neuen Bundesländern ist entscheidend anders als in den alten Bundesländern. Die große Mehrheit der MigrantInnen sind AsylbewerberInnen und AussiedlerInnen, und damit den Orten, in denen sie leben, zugewiesen. Es gibt keine über Jahre gewachsene Ansiedlung und dementsprechend nur vereinzelt Interessenvertretungen, Kulturvereine oder Religionsgemeinschaften.

Auch eine Beratungsstruktur in Brandenburg fehlt (Angebote für AussiedlerInnen ausgenommen), und so werden mit großem Aufwand Beratungsangebote in Berlin in Anspruch genommen wie z. B. das des Vereins *Reistrommel e. V.*

Der Verein wurde im Juni 1990 zur Unterstützung ehemaliger VertragsarbeiterInnen aus Vietnam gegründet. Für die Beratungsarbeit gibt es drei Stellen (davon zwei SAM-Stellen). Zwei der Beraterinnen beherrschen beide Sprachen. Heute werden hauptsächlich vietnamesische AsylbewerberInnen beraten und unterstützt. Die Zuständigkeit bezieht sich auf Berlin. Die Beratungsstelle wird aber auch mangels Alternativen von Brandenburg aus in Anspruch genommen. Zurzeit fahren die MitarbeiterInnen von *Reistrommel e. V.* zusätzlich zu ihrer Tätigkeit in Berlin, ehrenamtlich und auf eigene Kosten ins brandenburgische Umland und betreuen dort Gewaltopfer oder leisten andere Unterstützungsarbeit, die ihnen aufgrund der Situation der Betroffenen unerlässlich erscheint. Dies sei aber nicht mehr lange tragbar. Tamara Hentschel, Gründungsmitglied des Vereins, kritisierte bei unserer Befragung, dass es in Brandenburg keine Beratungsstruktur und kein spezifisches, zweisprachiges Angebot gäbe. Es fehle vor allem ein Angebot vor Ort. Sinnvoll wäre eine mobile Beratungsstelle mit einer deutschen und einer vietnamesischen Fachkraft, die ähnlich den Bussen der Stadtbücherei, die es in manchen ländlichen Gegenden gibt, in regelmäßigen Abständen zu festen Terminen in die einzelnen Orte fährt.

Unsere Recherche bestätigt, dass es außerhalb der großen Städte keine Stellen gibt, an die sich MigrantInnen wenden können, wenn sie mit Rassismus und Diskriminierung konfrontiert sind, es sei denn sie erstatten Anzeige bei der Polizei. Die Stellen der Ausländerbeauftragten, die hier eine wichtige Funktion übernehmen könnten, werden seit 2002 nur noch für Städte ab 30.000 Einwohner finanziert. So verbleiben bis auf wenige Ausnahmen nur die Kreisausländerbeauftragten in den Kreisstädten. In den Landkreisen der Fallbeispiele fragten wir sie danach, wie ihre Arbeit in Anspruch genommen wird, und es ergab sich folgendes Bild: Es kommen hauptsächlich AsylbewerberInnen mit einem hohen Beratungsbedarf. Sie nehmen die Ausländerbeauftragten als VermittlerInnen oder Vertretung gegenüber dem Staat und seinen Institutionen wahr. Gewerbetreibende suchen die Stellen nur in Zusammenhang mit aufenthaltsrechtlichen Fragen auf. Sie kommen aus der Kreisstadt selbst oder maximal 20 km entfernten Ortschaften. Bei anderen Problemen wie Beleidigung, Diskriminierung, Bedrohung und Gewalterfahrung wird die Funktion nicht bzw. kaum in Anspruch genommen. Hier müsste eine aufsuchende Tätigkeit einsetzen. Eine aufsuchende Kontaktaufnahme könnte auch die soziale Position der ImbissbetreiberInnen in der Gemeinde und ihr Vertrauen in die Aufnahmegesellschaft stärken.

Opferberatung

In Brandenburg gibt es ein Netz von Opferberatungsstellen, die parteilich, auf Wunsch anonym, kostenlos und ggf. mit DolmetscherIn beraten. Dazu gehören die Beratungsstellen des Vereins *Opferhilfe Land Brandenburg e. V.* in Cottbus, Senftenberg, Brandenburg, Frankfurt/Oder, Neuruppin und Potsdam, die aus Landesmitteln finanziert werden. Die Beratungsstellen müssen aufgesucht werden und bieten für alle Deliktbereiche Fachberatung an.

Eine aufsuchende Beratung speziell für Opfer rechtsextremer Straf- und Gewalttaten bietet der in Potsdam ansässige Verein *Opferperspektive e. V.* an. Die Arbeit des Vereins wird zum größten Teil aus dem Bundesprogramm CIVITAS finanziert. Dieses Programm wurde 2001 aufgelegt und fördert Initiativen und Projekte in den ostdeutschen Bundesländern, die sich aktiv gegen Rechtsextremismus und Rassismus einsetzen. Inzwischen beteiligt sich auch das Justizministerium Brandenburg an der Finanzierung des Vereins. Der Kontakt zu den Betroffenen entsteht durch Zeitungsrecherchen, Vermittlung durch kommunale Stellen, ortsansässige Initiativen, KooperationspartnerInnen oder die Polizei.

Die *Opferperspektive e. V.* arbeitet eng zusammen mit vier weiteren Projekten: Dies sind die *Anlaufstelle für Opfer rechtsextremer Gewalt – Südbrandenburg* in Cottbus, die *Beratungsgruppe für Opfer rechter Gewalt* in Strausberg, die *Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt* in Frankfurt/Oder und die *Kontakt- und Beratungsstelle für Opfer rechtsextremer Gewalt* in Bernau. Diese Projekte arbeiten ehrenamtlich, ihr Aktionsgebiet ist lokal begrenzt. Gemeinsam mit der *Opferperspektive e. V.*, die landesweit tätig ist, bilden sie das *Netzwerk für Opfer rechter Gewalt NORG*.

Der *Weißer Ring e. V.* bietet in Brandenburg wie im übrigen Bundesgebiet eine allgemeine Beratung für Opfer von Straftaten an. Beraten wird ehrenamtlich und aufsuchend. MitarbeiterInnen des *Weißer Rings* werden in der Regel von der Polizei oder kommunalen Stellen informiert, oder es werden die Opfer auf den *Weißer Ring* aufmerksam gemacht. Von uns befragte Mitarbeitende des *Weißer Rings* klagten über große Überbelastung. Im Radius von etwa 200 km sind sie die Einzigen, die außer der landesweit agierenden *Opferperspektive e. V.* eine aufsuchende Opferberatung anbieten.

Bei der Polizei gibt es seit der Polizeistrukturereform im November 2003 die sog. Opferschutzbeauftragten OSB. Aufgabenbereiche sind sowohl der direkte Kontakt zu den Opfern als auch Beratung, Weiterbildung und fachliche Qualifizierung ihrer Polizeikollegen sowie die Organisation des Kontaktes zu Beratungsgruppen und anderen Institutionen wie

z. B. Frauenhäusern. Der Schwerpunkt der Arbeit liegt derzeit bei häuslicher Gewalt, Misshandlung und sexuellem Missbrauch.

Wir befragten die zuständigen Opferschutzbeauftragten in den Fallbeispielen, ob sie bisher mit Opfern von rassistisch oder fremdenfeindlich motivierter Gewalt konfrontiert gewesen seien. Bei allen drei Befragten war das nicht der Fall. Die Gründe dafür wurden sehr unterschiedlich gesehen. Ein Beamter war der Meinung, dass diese Art Delikte in seinem Zuständigkeitsbereich nicht vorkämen, wünschte sich aber trotzdem eine Opferberatungsstelle vor Ort, mit der er in einem solchen Fall Kontakt aufnehmen könnte. Seine Kollegin im benachbarten Landkreis sah die mangelnde Inanspruchnahme in der Schwellenangst, die viele AusländerInnen wegen schlechter Erfahrungen mit der Polizei in ihren Heimatländern hätten. Weitere Faktoren seien fehlende Aufklärung über die Rechte von Opfern und ein insgesamt zu geringer Bekanntheitsgrad von Möglichkeiten der Beratung. Erschwerend kämen in dieser Situation noch die jeweiligen Sprachdefizite hinzu, sodass oft DolmetscherInnen herangezogen werden müssten, woraus sich dann allerdings wieder ein Vertrauensproblem ergäbe.

Alle drei Befragten hatten keinerlei Fortbildung in interkultureller Kompetenz, zu Auswirkungen von Traumatisierung durch rechtsextreme Gewalt bzw. allgemein psychischen Auswirkungen von Rassismus. Ein Befragter war sichtlich erstaunt über die Fragen. ‚Ausländer‘ waren in seiner Erfahrungswelt und Vorstellung eher als Kriminelle denn als Kriminalitätsoffer relevant für die Polizeiarbeit.

Die Befragung dieser drei Beamten kann nur ein Hinweis auf einen Mangel in der Qualifizierung und Sensibilisierung von *Opferschutzbeauftragten* sein und zu einer repräsentativen Untersuchung anregen. Interessant könnte auch eine Dokumentation der Erfahrungen von MigrantInnen, positiven wie negativen, mit der Polizei sein.

5.5 Empfehlungen zur Verbesserung der Situation

Wie in der Studie gezeigt, sind die sozialen und ökonomischen Rahmenbedingungen für zugewanderte ImbissbetreiberInnen in Brandenburg sehr verschieden von denen in Berlin. Auch im Vergleich zu anderen brandenburgischen Gewerbetreibenden sind Problem- und Interessenlagen sehr spezifisch. Verbände und Institutionen werden diesem Umstand nicht gerecht. Es gibt bisher keine Bestrebungen, dieses spezifische Segment zu integrieren und zu vertreten. Damit stehen auch Beratungsangebote, die normalerweise von Verbänden und Kammern bereitgestellt werden, nicht zur Verfügung.

Als Unternehmens- und Existenzgründungsberatungsstelle mit interkultureller Kompetenz gibt es unseres Wissens nur den *Lotsendienst e. V.* Hier gibt es auch kein mehrsprachiges Angebot, wohl aber eine Kommunikationskompetenz, die Menschen mit geringeren Sprachkenntnissen einschließt.

In Berlin sind migrantische Unternehmen in den 1980er Jahren, ähnlich wie heute in Brandenburg, eine ökonomische Randerscheinung gewesen. Inzwischen sind 25 % aller Gewerbetreibenden MigrantInnen, so Ahmed Ersöz, Pressesprecher des *TDU*, Mitarbeiter des *Europäischen Migrationszentrums* und langjähriger Berater für türkischstämmige UnternehmerInnen. Im Rahmen der Befragung zu dieser Studie wies er darauf hin, dass die Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit, die allgemein für Unternehmen wichtig ist, für sozial marginalisierte einen besonders hohen Stellenwert hat. Diese Aufgabe könne von speziellen Unternehmensberatungsstellen übernommen werden, die beraten und gleichzeitig Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit betreiben. Es gehe nicht nur im Interesse der einzelnen Betriebe darum, die Rahmenbedingungen zu verbessern, sondern auch im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung der Region.

In Kombination mit den Empfehlungen von Tamara Hentschel, die sie aus ihrer langjährigen Erfahrung beim Verein *Reistrommel e. V.* formulierte, schlagen wir unter Berücksichtigung aller vorgetragenen Fakten die Einrichtung einer niedrigschwelligen mobilen Beratungsstelle für zugewanderte Gewerbetreibende vor, mit den Aufgabenbereichen: Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit, betriebswirtschaftliche, versicherungs- und verwaltungsrechtliche Beratung in türkischer und vietnamesischer Sprache mit Sensibilität für die alltäglichen Ebenen von Diskriminierung und mit Erfahrung im Umgang mit rassistischen Szenarien.

Neben der Verbesserung der Situation der Imbiss- und Kleingewerbetreibenden durch qualifizierte Beratung geht es darum, die Situation nach Gewalttaten wie z. B. einem Brandanschlag zu verbessern. Für den Schadensersatz bei Sachbeschädigung gibt es keinen Fonds der Öffentlichen Hand, der in Anspruch genommen werden könnte. „*Angesichts des Ausmaßes,*“ so der Rechtsanwalt Klaus Piegler, „*den diese Anschläge angenommen haben, und gerade angesichts ihres rechtsradikalen Hintergrundes wäre die Einrichtung eines solchen Fonds aber sicherlich sinnvoll.*“ Wünschenswert wäre auch die Ausdehnung der Nebenklagefähigkeit auf Sachbeschädigungen, die darauf abzielen, die ökonomische Existenz eines Menschen aus fremdenfeindlichen oder rassistischen Motiven gewalttätig zu zerstören.

Ein weiterer zentraler Punkt ist die Versicherungssituation. Der Zustand, dass ausgerechnet die BetreiberInnen der hochgradig gefährdeten Imbisswagen keine Versicherung finden oder für die bauliche Form der Container die höchsten Versicherungsbeiträge zahlen müssen, ist

unhaltbar aber privatwirtschaftlich nicht aufzulösen. Als Anregung für ein Versicherungskonzept durch die öffentliche Hand könnte der als Hermes-Risikobürgschaft bekannte staatlich gestützte Fonds dienen. Mit *Hermes-Bürgschaften* wird Exporteuren, die Waren oder Leistungen aus der Bundesrepublik Deutschland ausführen, die Möglichkeit gegeben, sich u. a. gegen politische Risiken abzusichern: „*Die deutschen Exporteure hätten ohne Hermes einen entscheidenden Nachteil im internationalen Wettbewerb. Die Hermes-Bürgschaften dienen insbesondere zur Erschließung von Märkten für deutsche Unternehmen. Gerade auch mittelständische Unternehmen profitieren im besonderen Maße von den Vorteilen dieses Instrumentariums.*“⁹⁸ In diesem Rahmen wurden beispielsweise im Jahr 2003 von der Bundesrepublik die „*Gewährleistung für Auftragswerte in Höhe von 16 Mrd. € übernommen*“⁹⁹. Im Falle der gefährdeten Imbissbetriebe könnten mit einem ähnlichen Konzept Investitionen von Zugewanderten in einer für sie gefährlichen Region Deutschlands abgesichert werden. Mit der Abwicklung der *Hermes*-Finanzgeschäfte ist ein Tochterunternehmen der *Allianz*-Firmengruppe betraut.¹⁰⁰ Man könnte sich also bei einem solchen Konzept auf ein im inländischen Versicherungsgeschäft erfahrenes Unternehmen stützen.

⁹⁸ <http://www.agaportal.de>, 28.05.2004

⁹⁹ ebd.

¹⁰⁰ Quelle und weitere Informationen zu Hermes Bürgschaften u. a.: <http://www.agaportal.de>, oder die NGO *WEED*

6 Fazit

Organisierte Täter wie die Mitglieder der Gruppe *Freikorps* stellen eine Ausnahme dar. Dieser Gruppe werden zwar viele Anschläge zur Last gelegt, trotzdem stammt die Mehrheit der TäterInnen, die identifiziert werden konnten, aus einer rechtsradikalen Szene, die zwar auf vielfältige Weise mit den organisierten Strukturen verbunden ist, in der Regel aber spontan und unorganisiert handelt.

Die Erfahrungen der befragten ImbissbetreiberInnen zeigen außerdem, dass spektakuläre Gewalttaten nur ein Teil von alltäglich erfahrenen Übergriffen sind. Auch BetreiberInnen, die nicht Opfer eines Brandanschlages wurden, stehen oft durch rassistische Beschimpfungen und Bedrohungen massiv unter Druck.

Die Situation der ImbissbetreiberInnen in Brandenburg unterscheidet sich gravierend von der in Berlin und in den westdeutschen Zuwanderungsregionen. Alle Vorannahmen, die dem sozialwissenschaftlichen Konzept der *Ethnischen Ökonomie* zugrunde liegen, treffen hier nicht zu. Bei einer Ausländerquote von unter einem Prozent in der Mehrzahl der brandenburgischen Kommunen sind die ImbissbetreiberInnen oft die einzigen sichtbaren ‚Ausländer‘.

Wie wir in der Auswertung unserer Befragung gezeigt haben, stehen die gewalttätigen Übergriffe in direktem Zusammenhang mit der schwachen sozialen Position, die die BetreiberInnen haben. Sie haben keine schützende *community* vor Ort und sind in die lokalen sozialen Netzwerke der Geschäftsleute oder Nachbarschaften wenig oder gar nicht integriert. In einer mehrheitlich fremdenfeindlichen Atmosphäre sind sie Zielscheibe xenophober und rechtsextremer Gewalt - eine Situation, die durch rechtsradikale Vertreibungsbestrebungen zugespitzt wird, aber nicht darauf zu beschränken ist.

Auch bei den geschilderten Viktimisierungserfahrungen der Imbissbetreibenden lässt sich feststellen, dass sie sich in einer sehr spezifischen Situation befinden. Während Willems und Steigleder bei ihrer Untersuchung von fremdenfeindlicher Gewalt in Nordrhein-Westfalen mehrheitlich ein anonymes Täter-Opfer-Verhältnis feststellen, spielen sich Beleidigungen und Gewalttätigkeiten bei den hier Befragten in einem engen sozialen Raum ab. Zu einem großen Teil entstehen fremdenfeindliche Auseinandersetzungen unmittelbar aus der ambivalenten Beziehung der Gäste zu den BetreiberInnen. Andere Gewalttätigkeiten finden nachts nach Geschäftsschluss statt und sind einem politisch motivierten Täterkreis zuzuordnen. Auch in diesen Fällen bewegten sich die Täter mehrheitlich im gleichen sozialen Raum wie die Opfer.

Vor diesem Hintergrund kommt den Döner- und Asia-Imbissen eine besondere Bedeutung in der Aushandlung von Gesellschaftsvorstellungen auf kommunaler Ebene zu. Diese Bedeutung ist all jenen bewusst, die sich, wie in den Fallbeispielen beschrieben, nach Anschlägen öffentlich solidarisieren und mit betroffen fühlen. Leider gibt es nur sehr wenige Fälle, in denen daraus eine dauerhafte soziale Einbeziehung entsteht. Die BetreiberInnen werden selten als Geschäftsleute gesehen, als willkommene InvestorInnen, deren hohe Risikobereitschaft auch andere Geschäfte nach sich ziehen kann, und auch nicht als TrägerInnen eines Gesellschaftsmodells der Toleranz und der kulturellen Vielfalt.

Bei der Suche nach bereits existierenden Beratungsstellen fiel uns auf, dass die Konzepte und Programme gegen rechtsextreme Gewalt zurzeit in einem Monolog der Mehrheitsgesellschaft mit sich selbst verharren. Bis auf wenige Ausnahmen werden MigrantInnen erst wahrgenommen, wenn sie zu Opfern geworden sind. Um Viktimisierung zu vermeiden, erscheint es uns neben den Programmen gegen rechtsextreme Gewalt und denen zur Stärkung demokratischer Strukturen und der Zivilgesellschaft wichtig, Anstrengungen zu unternehmen, die soziale Position der MigrantInnen zu stärken.

Ein Vorschlag wäre die Einrichtung einer mobilen Beratungsstelle für zugewanderte Gewerbetreibende, wie sie im vorangegangenen Kapitel vorgestellt wurde. Über die konkrete sachkompetente Unterstützung hinaus sollte zur Verbesserung der sozialen Rahmenbedingungen auch Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit für zugewanderte Kleingewerbetreibende geleistet werden.

Auf kommunaler Ebene gibt es außerdem eine große Bandbreite an Möglichkeiten, die Imbissbetreibenden aktiv ins soziale Leben zu integrieren, nicht nur mit dem Ziel, die soziale Position der Zugewanderten zu stärken, sondern vor allem auch zur Förderung der interkulturellen Kompetenz der Aufnahmegesellschaft.

In Anbetracht der Schwierigkeit, Imbissbuden zu versichern und im Schadensfall durch Zivilklagen Schadensersatz zu erhalten, ist es angezeigt, dass die Öffentliche Hand die Risiken mitträgt und einen Fonds zur Entschädigung der Opfer von Brandanschlägen mit fremdenfeindlichem Hintergrund bereitstellt.

7 Literatur

- Buntenbach, A. (1999):** Gesellschaft gegen rechts? Zum politischen Umgang mit dem Rechtsextremismus. In: Mecklenburg, J. (Hrsg.): Was tun gegen rechts? Berlin
- Enders, L. (1997):** Historisches Ortslexikon für Brandenburg. Bd. 1. Weimar
- Erb, R. (1999):** Rechtsextremistische Jugendszene in Brandenburg. In: www.aktionsbuendnis.brandenburg.de/sixcms/detail.php/67576
- Flick, U.; von Kardoff, E. [Hrsg.] (2000):** Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Reinbek b. Hamburg
- Flint, C. [Hrsg.] (2004):** Spaces of Hate. Geographies of Discrimination and Intolerance in the U.S.A. New York/London: Routledge
- Funk, A. (1994):** Der erkenntnisarme Verfassungsschutz. Strukturelle Grenzen bei der Erfassung des Rechtsextremismus. In: Heitmeyer, W.(Hrsg.): Das Gewalt-Dilemma. Gesellschaftliche Reaktionen auf fremdenfeindliche Gewalt und Rechtsextremismus. Frankfurt am Main
- Funke, H. (2002):** Paranoia und Politik. Berlin
- Grumke, T. (2002):** Einleitung. In: Grumke, T.; Wagner, B. (Hrsg.): Handbuch Rechtsradikalismus. Personen - Organisationen - Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft. Opladen
- Hantke, N. (2004):** Stichwort Nazi. Wie ich den deutschen Sozialwissenschaftsbetrieb rettete und nebenbei erfuhr, dass Ausländer beim kiffen stören - Feldforschung in Oranienburg zwischen KZ-Gedenkstätte und Bowlingcenter. In: Die Tageszeitung vom 24.07.2004, S. I-III
- Heitmeyer, W. [Hrsg.] (1987):** Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation. Weinheim/München: Juventa
- Heitmeyer, W. [Hrsg.] (1994):** Das Gewalt-Dilemma. Gesellschaftliche Reaktionen auf fremdenfeindliche Gewalt und Rechtsextremismus. Frankfurt am Main
- Heitmeyer, W.; Soeffner, H.-G. [Hrsg.] (2004):** Gewalt. Entwicklungen, Strukturen, Analyseprobleme. Frankfurt am Main
- Hillman, F. (1998):** Türkische Unternehmerinnen und Beschäftigte im Berliner Ethnischen Gewerbe. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
- Holdingshausen, H. (2004):** Entfesselte Gewalt. In: Die Tageszeitung vom 15.03.2004, S. 22
- Jäger, M.; Jäger, S. [Hrsg.] (1991):** Zu den Ursachen von Rechtsextremismus und Rassismus in Europa. Duisburg: Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung
- Ködderitsch, P. (1992):** Rechtsextremismus in der DDR. In: Jäger, M.; Jäger, S. (Hrsg.): Rechtsextremismus und Rassismus in Rußland und in der ehemaligen DDR. Duisburg: Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung
- Korgel, L.; Borstel, D. (2002):** Rechtsextreme Symbolik und Kleidung im öffentlichen Raum: Bestandsaufnahmen und Handlungsstrategien. In: Grumke, T.; Wagner, B. (Hrsg.): Handbuch Rechtsradikalismus. Personen - Organisationen - Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft. Opladen
- Lexow, J. (2004):** "Startbahn Brandenburg" - Lotsendienst für Migranten – Beratung und Begleitung von Existenzgründungen. In: Berlin-Brandenburgische Auslandsgesellschaft e..V. (Hrsg.): Partner. Journal für Mitglieder und Freunde der BBAG. Heft 15 (2004), S. 31
- Luzar, C. (2002):** Fallstudie Henningsdorf: Eine Analyse rechtsextremer Gewalt aus der Opferperspektive. Unveröffentlichte Diplomarbeit am Otto-Suhr-Inst. der FU-Berlin

- Mackensen, R. [Hrsg.] (2000):** Handlung und Umwelt. Beiträge zu einer soziologischen Handlungstheorie. Opladen
- Maegerle, A. (2002):** Rechtsextreme Gewalt und Terror. In: Grumke, T.; Wagner, B. (Hrsg.): Handbuch Rechtsradikalismus. Personen - Organisationen - Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft. Opladen
- Ministerium des Inneren des Landes Brandenburg (2004):** Verfassungsschutzbericht Brandenburg 2003. Potsdam
- Neugebauer, G. (2000):** Extremismus - Rechtsextremismus - Linksextremismus. Berlin: Bundeszentrale für politische Bildung
- Nunner-Winkler, G. (2004):** Überlegungen zum Gewaltbegriff. In: Heitmeyer, W.; Soeffler, H.-G. (Hrsg.): Gewalt. Entwicklungen, Strukturen, Analyseprobleme. Frankfurt am Main
- Otto, H.-U.; Mertenb, R. [Hrsg.] (1993):** Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland. Jugend im gesellschaftlichen Umbruch. Berlin: Bundeszentrale für politische Bildung
- Pfahl-Traugher, A. (1999):** Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. München
- Poyner, B. (1983):** Design against Crime. Beyond Defensible Space. London
- Ryan, W. (1971):** Blaming the Victim. New York: Vintage Books
- Schneider, H. J. (1975):** Viktimologie. Wissenschaft vom Verbrechenopfer. Tübingen
- Schubarth, W.; Stöss, R. [Hrsg.] (2000):** Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung, Bd. 368. Opladen: Leske & Budrich und Bundeszentrale für politische Bildung
- Strobl, R.; Böttger, A. [Hrsg.] (1996):** Wahre Geschichten? Zu Theorie und Praxis qualitativer Interviews. Baden-Baden
- Strobl, R. (1998):** Soziale Folgen der Opfererfahrung ethnischer Minderheiten. Baden-Baden
- Strobl, R.; Lobermeier, O.; Böttger, A. (2003):** Verunsicherung und Vertrauensverlust bei Minderheiten durch stellvertretende und kollektive Viktimisierung. In: Journal für Konflikt- und Gewaltforschung, Nr. 1/2003, S. 29- 48
- telegraph (1998):** brauner osten. In: telegraph-Doppelheft Nr. 3/4. Berlin
- von Wetzlar, J. (2003):** Urbane Anarchisten - Die Kultur der Imbissbude. Berlin
- Wagner, B. (1994):** Handbuch Rechtsextremismus. Netzwerke, Parteien, Organisationen, Ideologiezentren, Medien. Reinbek b. Hamburg
- Wagner, B. (2002a):** Die Szene rechtsextremer Gewalt in den neuen Bundesländern. In: Benz, W. (Hrsg.). Auf dem Weg zum Bürgerkrieg? Frankfurt am Main
- Wagner, B. (2002b):** Des Bürgers braune Kleider. Kommunen und Rechtsextremismus. In: Zentrum demokratische Kultur - Alternative Kommunalpolitik. Nr., S. 36-38. www.kommunale-info.de/Themen/Antifa/antifa035.htm
- Wagner, B. (2002c):** Kulturelle Subversion von rechts in Ost- und Westdeutschland: Zu rechtsextremen Entwicklungen und Strategien. In: Grumke, T.; Wagner, B. (Hrsg.): Handbuch Rechtsradikalismus. Personen - Organisationen - Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft. Opladen
- Wendel, K. (2003):** Opfererfahrungen von Migranten und Flüchtlingen in Brandenburg. In: Journal für Konflikt- und Gewaltforschung, Nr. 1/2003, S. 70-87
- Willems, H.; Steigleder, S. (2003):** Jugendkonflikt oder hate crime? Täter-Opfer-Konstellationen bei fremdenfeindlicher Gewalt. In: Journal für Konflikt- und Gewaltforschung, Nr. 1/2003, S. 5-28.
- Willems, H. (2002):** Rechtsextremistische, antisemitische und fremdenfeindliche Straftaten in Deutschland: Entwicklung, Strukturen, Hintergründe . In: Grumke, T.; Wagner, B. (Hrsg.): Handbuch Rechtsradikalismus. Personen - Organisationen - Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft. Opladen

- Winkler, J. R. (2000):** Rechtsextremismus: Gegenstand - Erklärungsansätze - Grundprobleme. In: Schubarth, W.; Stöss, R. (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Opladen
- Yumusak, A.; Hunger, L. (2003):** Türkische Unternehmer in Deutschland. Erfolgsgeschichten die Mut machen. Berlin